Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (29. Juli 2003)

Sand im Getriebe 24

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter *www.attac.de/rundbriefe* • ***html-Version unter*** *www.attac-austria.org/sig/sig.php*
***email an die Redaktion*: sig@attac.de**

Für den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherung

Michel Husson:	Holen wir die Wettbewerbsfähigkeit von ihrem Sockel	Seite 2
Stephan Lindner	Die Agenda 2010 und die Strategie von Lissabon	4
Aufruf von über 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Deutschlands	Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen	11
Attac Deutschland	begrüßt Diskussion um Bürgerversicherung - und warnt: "Richtigen Gedanken nicht in Propagandatrick verkehren" Pressemitteilung, 29.7.	12
Nicoletta Pirotta	Weltmarsch der Frauen gegen Krieg, Gewalt und Armut	13
Chris Phillipson	Wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen der Globalisierung auf die Zukunft der Senioren	15
ATTAC Österreich:	Zukunft der Pensionen	16
Bernard Bovay:	Gute oder schlechte Pensionskassen: Die falsche Diskussion	17
Jean Marie Harribey	Renten : Achtung, Ablenkungsmanöver!	20

Debatten in der Friedensbewegung

Riccardo Bellofiore:	Wirtschaft: Ein Krieg hilft, wenn er „unendlich“ ist	22
Thomas I. Steinberg	Die Ratte im Kornspeicher	27
David Cortright	Was ist jetzt zu tun? Ein Friedensplan (Diskussion in den USA)	27
João Pedro Stédile	Brasilien: Die Gefahr der genmanipulierten Lebensmittel, die Interessen der Multis und die Manipulation der Medien	32

Wir danken coorditrad und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.
Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac-Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österrreich), Karin Vogt, Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)
Druckversion, mdv

Holen wir die Wettbewerbsfähigkeit von ihrem Sockel

Michel Husson

„Wir bekommen zur Antwort: Wenn die Arbeitgeberbeiträge steigen, wenn man das Kapital und Finanzerträge besteuert, dann erhöht man die Kosten für Arbeit und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, denen nichts anderes übrig bleibt, als Arbeitsplätze zu zerstören oder den Standort zu wechseln (die Globalisierung der Wirtschaft lasse keine andere Wahl!). Was soll man dem entgegensetzen? Wie lassen sich die zukünftigen Renten finanzieren, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden und die Unternehmen ins Ausland zu treiben?“ [1]

Das Problem mit dem Argument der Wettbewerbsfähigkeit ist zunächst einmal, dass es sich unendlich fortsetzen lässt. Jedes Zugeständnis an diesen „ökonomischen Imperativ“ zieht ein anderes nach sich, das den Kapitaleignern den Zugriff auf einen immer größeren Teil des produzierten Reichtums erlaubt. Doch die Verteilung des Einkommens unterliegt nicht unantastbaren Wirtschaftsgesetzen, sondern der Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen. Wenn die früheren Generationen so argumentiert hätten, wären wir immer noch bei den Arbeitsbedingungen des 19. Jahrhunderts.

Die Argumente, die man heute hört, sind doch genauso alt wie der Kapitalismus. Bereits im Jahr 1770 erklärte der anonyme Autor eines in London veröffentlichten Essays über „Trade and Commerce“, dass man mehr arbeiten müsse: „Die Genesung wird nicht vollständig gelingen, solange sich unsere armen Industriearbeiter nicht dazu entschließen können, sechs Tage die Woche für das gleiche Geld wie jetzt zu arbeiten.“ Ein wenig später, im Jahr 1850, klagte der Autor der „Sophismen über den freien Handel“: „Die Schwierigkeit, zu vernünftigen Preisen Arbeiter zu bekommen, wird wirklich unerträglich.“ 1865, immer noch in London, gab die Kommission zur Kinderarbeit an: „Unsere Einwürfe gegen die Nichtanwendung von Jungen unter 18 Jahren zur Nachtarbeit würden gemacht werden von wegen Vermehrung der Auslage, aber dies ist auch der einzige Grund. Wir glauben, dass diese Vermehrung größer wäre, als das Geschäft mit schuldiger Rücksicht auf seine erfolgreiche Ausführung billigerweise tragen könnte. Arbeit ist hier rar und könnte unzureichend werden unter einer solchen Regulation“ Ein Leitartikler der Times vom 3. September 1873, die man für die gestrige halten könnte, warnte die Verantwortlichen: „Wenn China ein großes Manufakturland wird, sehe ich nicht, wie die Industriebevölkerung in Europa im Kampf bestehen sollte, ohne auf das Niveau seiner Konkurrenten zu sinken.“ [2]

Heute besteht der Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit darin, zu sagen, dass die Senkung der Arbeitskosten (Löhne und Gehälter selbst und „Nebenkosten“) Wirtschaft und Beschäftigung ankurbelt:

- Sie erlaubt es, die Preise zu senken und damit Marktanteile im Ausland zu gewinnen oder sie im Binnenmarkt zu schützen.
- Sie bringt wieder die alten Gewinnspannen und damit Investitionen in Gang. Dadurch wird die preisunabhängige Wettbewerbsfähigkeit verbessert, die vor allem über die Qualität läuft.
- Sie vermeidet die Standortverlagerung in Niedriglohnländer.
- Sie ist attraktiv für das Kapital, das anderenfalls woanders hingeht.

Umgekehrt sei eine ungerechtfertigte Steigerung der Arbeitskosten folglich schädlich für die Beschäftigung.

Diesen Aussagen lässt sich eine doppelte Kritik entgegensetzen: Einerseits funktionieren die Dinge in der Praxis nicht so; andererseits hat die Senkung der Arbeitskosten negative Folgen für die Beschäftigung, die mögliche positive Effekte vereiteln.

1. Der Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit funktioniert nicht

Seit ungefähr 20 Jahren kann man fast überall in Europa eine Senkung des Lohnanteils feststellen. Das heißt, dass die Reallöhne weniger schnell gestiegen sind als die Produktivität der Arbeit. Die Lohnkosten in der Union sind also gesunken und die „Kosten-Wettbewerbsfähigkeit“ ist gestiegen. Aber diese Steigerung diente nur zum Teil zur Erhöhung der tatsächlichen Wettbewerbsfähigkeit, denn die Preise sanken nicht im gleichen Verhältnis. Das heißt letzten Endes, dass die Gewinnspanne der Unternehmen gestiegen ist. Mit anderen Worten: Die Senkung der Lohnkosten hat nicht zu einer Preissenkung geführt, sondern zu einer Profitsteigerung.

Diese Steigerung der Profite hat auch nicht zu einer Erhöhung der Investitionsrate geführt. Das ist ein sehr bemerkenswertes Phänomen unserer Zeit und ein guter Maßstab für die Verselbstständigung des Finanzmarktes: Das Bremsen der Lohnkosten hat zu einer Erhöhung der Profite geführt, die zur Finanzspekulation und nicht zu Investitionen verwendet wurden.

Die Konkurrenz der Niedriglohnländer macht sich tatsächlich in einigen Bereichen, wie Textilien und Elektrogeräte, stark bemerkbar, spielt aber bei der Gesamtproduktion nur eine unter--geordnete Rolle. Die Verlagerung der Arbeitsplätze wird übrigens teilweise auch durch Exportsteigerungen in die Billiglohnländer (vor allem von Investitionsgütern) kompensiert, auch wenn es in der Summe nicht so viel ist wie die Verlagerung von Arbeitsplätzen.

Was die Attraktivität für das Kapital betrifft, so darf man die Globalisierung nicht vergessen, und man muss eine Gesamtbilanz ziehen. Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich eine starke Dynamik zur transnationalen Integration des Kapitals feststellen: Die französischen Investitionen im Ausland einerseits und die ausländischen Investitionen in Frankreich andererseits steigen deutlich schneller als die Investitionen im eigenen Land. Die Behauptung, dass die Attraktivität des

[1] Frage, die ein Nutzer des Portals „Vive la répart!“ (http://reparti.free.fr) gestellt hat.

[2] Diese kundigen Zitate bedurften keiner langen Recherche, denn sie wurden im 8. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals unter dem Titel „Ein Arbeitstag“ zusammengetragen.

Standorts Frankreichs gesunken sei, gehört also ins Reich der Märchen. Was die französischen Investitionen ins Ausland betrifft, so fließt nur ein schwindend geringer Teil in Billiglohnländer.

2. Die unerwünschten Nebenwirkungen der Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis

Die Lohnsenkung birgt nicht nur Tugenden. Der Kapitalismus braucht in der Tat hohe Profite, aber auch Nachfrage. Die Bemühungen, durch Lohnsenkungen wettbewerbsfähig zu werden, schwächen die Nachfrage. Und dieser Effekt vervielfacht sich, wenn alle Länder einer integrierten Wirtschaftszone, wie Europa, geschlossen diese Politik verfolgen.

Das beste Beispiel – es handelt sich vielmehr um ein Gegenbeispiel – für diese Behauptung ist die Periode des Aufschwungs 1997-2000, als in der Europäischen Union 10 Millionen Stellen geschaffen wurden. Diese Schaffung von Arbeitsplätzen (die der langen Periode der Stagnation und steigenden Arbeitslosigkeit ein Ende setzte) ist nicht das Ergebnis einer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit, sondern vielmehr eines gewissen Abweichens von den neoliberalen Lehrsätzen.

Sicher nahm die Wettbewerbsfähigkeit stellenweise zu, doch das lag ausschließlich am gegenüber den europäischen Währungen gestiegenen Dollarkurs. Bis dahin sah es dagegen so aus, als ob die Lohnblockade die Politik der überhöhten Währungskurse kompensieren sollte, die zwar der Wettbewerbsfähigkeit nicht sehr förderlich ist, aber dafür äusserst wirksam als Disziplinarmaßnahme für die Löhne.

In Wirklichkeit wurde der Aufschwung von einer endlich ungefähr parallelen Entwicklung von Löhnen und BIP unterstützt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen förderte diese Dynamik und stopfte nebenbei einige Sozialversicherungs- und Haushaltslöcher. Zur glücklichen Verbindung kam auch noch die Arbeitszeitverkürzung in Frankreich, aufgrund derer man eine Rekordziffer von zwei Millionen neu geschaffener Arbeitsplätze innerhalb von vier oder fünf Jahren notierte.

Die auf europäischer Ebene immer stärker gemeinsam abgestimmte neoliberale Politik hat zu einem Konjunkturrückgang geführt und de facto zu einem neuen Lohnstillstand. Das fortwährende Streben nach Wettbewerbsfähigkeit sondert in regelmäßigen Abständen Rezessionen ab, denn die blockierten Löhne der einen sind die Auftragsbücher der anderen. Alle sind wettbewerbsfähig, aber alle befinden sich in einer Rezession...

Schließlich ist das frenetische Bemühen um Wettbewerbsfähigkeit aufgrund niedriger Löhne eine Illusion: Auf diesem Gebiet wird man in der Tat niemals mit den Niedriglohnländern konkurrieren können. Dafür läuft eine solche Zielsetzung einer Wettbewerbsfähigkeit zuwider, die auf anderen Faktoren als dem Preis beruht, also Qualifikation der Arbeit, Qualität und Integration neuer Technologien. Man muss sich entscheiden zwischen einer Wissenswirtschaft und einer Wettbewerbswirtschaft.

Vor allem darf man sich nicht durch die Berufung auf vermeintliche Wirtschaftsgesetze beeindrucken lassen. Wenn die Neoliberalen diese wirklich beherrschten, würde man das schon irgendwann merken. Nach zwei Jahrzehnten kräftiger „Mäßigung“ bei den Tariferhöhungen hätten schon längst haufenweise Arbeitsplätze entstehen müssen und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung müsste sich abzeichnen. Aber wer glaubt, dass das wirklich das angestrebte Ziel sei, irrt. Es geht ganz einfach darum, die Vorteile einer Einkommens--verteilung beizubehalten, die den Rentiers (=Bezieher von Kapitaleinkommen) sehr entgegen kommt.

Es gäbe ein sehr einfaches Mittel, um die berühmte Wett--bewerbsfähigkeit zu steigern: Die Finanzprofite reduzieren und sie wieder für Löhne und Altersrenten zu verwenden. Das ist nicht nur sozial gerechter, sondern auch wirtschaftlich effizienter (unterstützt die Nachfrage), vorausgesetzt, man betrachtet Beschäftigung als Kriterium für Effizienz.

3. Der Bluff mit der Flucht des Kapitals (und der Köpfe)

Eine zu hohe Besteuerung jagt angeblich Kapital und Köpfe in die Flucht. Wenn dieses Bild die aktuelle Realität darstellen soll, handelt es sich um reine Augenwischerei. Frankreich ist nicht so abschreckend, wie die Anwälte der Null-Besteuerung tun. Das bestätigt – nach vielen anderen Studien – ein ganz neuer Bericht zu diesem Thema.[3]

Aber es geht nicht nur um einen Bluff, denn was auf dem Spiel steht, ist die Verteidigung der Gewinnrechte an dem geschaffenen Wert. Jede einigermaßen ernsthafte Infragestellung dieser Vorteile ruft selbstverständlich Vergeltungsakte hervor in Form von Standortwechsel, Kapital- oder Steuerflucht. Diese durch die Deregulierung fein organisierte Mobilität ist der größte Vorteil des Kapitals gegenüber der Arbeit. Trotz allem sind diesen Repressalien objektive Grenzen gesetzt: Ein Land verlassen heißt auch, einen Markt zu verlieren; man kann (mehr oder weniger leicht) Kapital ausführen, aber man kann nicht so einfach die wirklichen Produktivkräfte hin- und herschieben: die Menschen, das Know-how, die Maschinen, die Kontakte usw.

Damit Maßnahmen wie zum Beispiel die Tobin-Steuer greifen, müssen neue Einkommensverteilungsmuster europaweit ausgedehnt werden. Aber es bleibt ein gewisses Problem, da die technische Vorrichtungen zur Kontrolle von Devisen---geschäften und Kapitalbewegungen zwar eindämmen, aber niemals ganz beseitigen können. Das gilt umso mehr, als dass der Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit keine Selbstbeschränkung kennt und jedes Entgegenkommen neuen Gegendruck fördert. Im Fall der Altersrenten geht es im Grunde um die Frage, ob der Rentenanteil mit der Anzahl der Rentner steigen wird oder ob die Bezieher von Kapitaleinkommen einen gleich bleibenden Betrag durchsetzen, anders ausgedrückt, ob die Altersrenten sinken. Eine vom Conseil d'orientation des retraites (COR) (dt. etwa: Rentenberatungsstelle) bei einem unabhängigen Wirtschaftsunternehmen, OFCE, in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass eine Erhöhung des Lohnanteils, die durch eine Senkung der Kapitaleinkünfte kompensiert wird, in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung neutral ist. Die politische Machbarkeit dieser Operation ist freilich ein anderes Problem, das aber sicher nicht durch wirtschaftlichen Bluff gelöst werden kann.

Übersetzung: Hildegard Tischer
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

[3] Michèle Debonneuil und Lionel Fontagné, Compétivité, Rapport au Conseil d'analyse économique, La documentation française, 2003

Die Agenda 2010 und die Strategie von Lissabon

Stephan Lindner, Gründungsmitglied der deutschen bundesweiten attac EU-AG

Lissabon im März 2000. Die Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Mitgliedsstaaten treffen sich in der portugiesischen Hauptstadt, um die strategischen Ziele der EU für die nächsten Jahre festzulegen. Während ihrer zweitägigen Beratungen einigen sie sich schließlich auf *das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen*. Als Termin setzten sie sich das Jahr 2010. Mit ihrem Beschluss verabschieden sie, um es mit den Worten der EU-Kommission auszudrücken, *eine Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas*, die seither fester Bezugspunkt aller EU-Politiken ist. In den Folgejahren werden in vielen Mitgliedsstaaten „Reformen" auf den Weg gebracht, die den größten Sozialabbau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zum Ergebnis haben.

Die deutsche Bundesregierung steht fest hinter der Strategie von Lissabon, die sie selbst mit beschlossen und auf allen nachfolgenden EU-Gipfeln unermüdlich bekräftigt hat. Ungeachtet des 1998 erfolgten Regierungswechsels ist sie in Europa traditionell einer der Hauptfürsprecher jener neoliberalen Wirtschaftspolitik, deren konkrete Umsetzung in Deutschland mittlerweile mit Namen wie Riester, Hartz und Rürup verbunden ist. Ein wichtiger Grundpfeiler, auf dem die Strategie von Lissabon und die damit in Deutschland verbundenen Reformvorhaben aufbauen, ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der ohne massiven Druck aus Deutschland wahrscheinlich so nie verabschiedet worden wäre.

Beschäftigt man sich mit den neoliberalen Politikkonzepten, wie sie derzeit von der EU vertreten werden, so lesen sie sich wie eine Blaupause für das, was von der Regierung Schröder zur Zeit als „Reformvorhaben" in Deutschland durchgeboxt wird. Es ist daher höchste Zeit, den derzeit stattfindenden Sozialabbau in seinen europäischen Kontext einzuordnen und über die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen zu diskutieren.

Was verbirgt sich hinter der Strategie von Lissabon?

Mit ihr hat sich die EU, wie bereits erwähnt, das Ziel gesetzt, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Dazu sah man sich Anfang 2000, kurz vor dem Platzen der New-Economy-Blase an den Börsen, in einer hervorragenden Ausgangsposition. Durch den Übergang in eine digitale, wissensbasierte Gesellschaft würden starke Impulse für Wachstum und Beschäftigung ausgelöst. Vorher müsse man sich jedoch dem Paradigmenwechsel stellen, der durch die Globalisierung und die neue wissensbasierte Gesellschaft ausgelöst werde und der sich auf alle Lebensbereiche auswirke und eine radikale Umgestaltung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft erfordere.

Breiten Raum nimmt eine *e*-Europe-Initiative ein, mit der die EU die Verbreitung und Kommerzialisierung des Internets fördern will. Die Hoffnungen, die die EU damals in diese Initiative setzte, sind mittlerweile einer gewissen Ernüchterung gewichen. Dafür beschäftigt sich die EU um so mehr mit den anderen Vorhaben, die in der Strategie von Lissabon aufgelistet sind. Dazu gehört das ganze Instrumentarium neoliberaler, angebotsorientierter Politik. Man möchte einen Europäischen Raum der Forschung und Innovation sowie ein günstiges Umfeld für die Gründung und Entwicklung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen schaffen. Außerdem solle der europäische Binnenmarkt vollendet werden, wozu insbesondere die Liberalisierung bei Gas, Strom, Postdiensten und Beförderung beschleunigt werden solle und Hemmnisse im Dienstleistungsbereich beseitigt werden müssten.
Damit sich auch genügend Kapital findet, das in diese Märkte investiert, brauche man effiziente und integrierte Finanzmärkte. Ausdrücklich erwähnt wird dabei, dass Hindernisse in die Anlage von Pensionsfonds zu beseitigen seien. Betont wird auch die Bedeutung makroökonomischer Politik, bei der neben der Haushaltskonsolidierung der Strukturpolitik eine bedeutende Rolle zukomme.

Bezeichnend, dass der Mensch erst nach Internet, Güter- und Kapitalmärkten kommt, auch wenn man sich sogleich beeilt zu beteuern: „Die Menschen sind Europas wichtigstes Gut und müssen im Zentrum der Politik der Union stehen." In diesem Zentrum möchte man dann vor allem die Humankapitalinvestitionen und die Mobilität innerhalb der EU erhöhen. Durch Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Reduzierung von Qualifikationsdefiziten und einer verbesserten europaweiten Arbeitsvermittlung möchte man die Beschäftigungsquote von 61% auf 70% erhöhen. Damit das anvisierte Ziel auch wirklich erreicht werden kann, strebt man eine „Modernisierung des sozialen Schutzes" an. Dazu heißt es in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates: „Diese Systeme müssen jedoch als Teile eines aktiven Wohlfahrtsstaates angepasst werden, um sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und das die Systeme angesichts der alternden Bevölkerung auch langfristig aufrechterhalten werden können." Welch menschenverachtende Denkweise hinter dieser Politik steht, wird im Beitrag der EU-Kommission zur Tagung des Europäischen Rats besonders gut deutlich: „Die Kommission schätzt die unzureichende Nutzung vorhandener Arbeitskräfte und die zusätzlichen Kosten dieser Vergeudung in der Wirtschaft (Krankheit, Kriminalität und damit verbundene Kosten) auf jährlich ein- bis zweitausend Milliarden Euro (12 – 20 % des BIP). Das sind Krebsgeschwüre im Herzen der europäischen Gesellschaft – eine Verschwendung von Ressourcen, die förmlich auf eine produktivere Verwendung warten." Der Mensch wird auf einen Buchungswert in einer Konzernbilanz reduziert.

Abgesehen vom Ziel, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, beinhaltet die Strategie von Lissabon eigentlich nicht viel Neues. Ihr Wert liegt vor allem darin, ein Bekenntnis dafür abzulegen, die in der EU bereits bestehenden politischen Prozesse weiterzuführen und besser aufeinander abzustimmen. In der Strategie von Lissabon werden dazu die *Grundzüge der*

Wirtschaftspolitik, sowie der *Luxemburg-*, der *Cardiff-* und der *Köln-Prozess* erwähnt. Die zuletzt genannten drei Prozesse werden auch zusammenfassend als *Europäischer Beschäftigungspakt* bezeichnet. Eine erfolgreichere Umsetzung erhofft man sich insbesondere von der „Anwendung eines neuen *offenen Koordinierungsverfahrens*". Nicht erwähnt, weil eigentlich selbstverständlich, ist der EU-Vertrag, in dem u.a. das festgelegt ist, was gemeinhin als *Stabilitäts- und Wachstumspakt* bezeichnet wird. Im folgenden beleuchte ich, was sich hinter diesen Pakten und Verfahren verbirgt.

Die Einführung des Euro und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist eng verknüpft mit der Einführung des Euro. Er kam vor allem auf Druck der deutschen Regierung zu Stande, die befürchtete, mit der Einführung des Euro könne es zu höheren Inflationsraten kommen als man das in Deutschland von der Mark gewohnt war. Um dies zu verhindern, sind alle EU-Staaten, die den Euro bei sich einführen wollen, dazu verpflichtet, gewisse Obergrenzen bei der Staatsverschuldung einzuhalten. Pro Jahr darf die Netto-Neuverschuldung nicht mehr als 3 % und die Gesamtverschuldung nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsproduktes betragen. Verfehlt ein Land diese Obergrenzen bei der Staatsverschuldung, können empfindliche Strafen verhängt werden.
Die Europäische Zentralbank, die über die Stabilität des Euro wacht, wurde nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank eingerichtet, d.h. unabhängig von Weisungen von Regierungen. Es ist sicher kein Zufall, dass sie ihren Sitz in Deutschland hat. Einziges Ziel ihrer Geldpolitik ist eine Obergrenze der Inflationsrate von maximal 2 %. Andere Zielvorgaben, wie z.B. ein hohes Beschäftigungsniveau, fehlen.
Um zu verhindern, dass Länder, die diese harten Kriterien nicht erfüllen können, in die Währungsunion aufgenommen werden, müssen sie nicht nur die Obergrenzen bei der Staatsverschuldung erfüllen, sondern auch mindestens zwei Jahre lang vorher einen stabilen Wechselkurs gegenüber dem Euro aufweisen.

Betrachtet man den Stabilitäts- und Wachstumspakt im Kontext der übrigen EU-Wirtschaftspolitik, so wird deutlich, dass hinter diesem Pakt weit mehr als bestimmte Obergrenzen bei der Staatsverschuldung stehen. Hier verbirgt sich die ganze Ideologie einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Es wird davon ausgegangen, man müsse dem Kapital nur attraktive Verwertungsbedingungen bieten und schon führe das zu vielen neuen Arbeitsplätzen. Damit folge dann Wohlstand für alle auf dem Fuße.
Von Jahr zu Jahr wird deutlicher, dass zwischen dieser Theorie und der zu beobachtenden Realität eine immer größere Lücke klafft. Immer mehr Staaten, darunter vor allem die großen EU-Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich, entfernen sich immer weiter davon, die Obergrenzen der Staatsverschuldung einhalten zu können. Seit einiger Zeit plädiert auch die deutsche Regierung öffentlich für eine flexible Auslegung des Paktes, der einiges an Hintertüren offen hält, wenn die EU eine schwere wirtschaftliche Notlage feststellt. Unter immer mehr Experten gilt der Pakt bereits weithin als gescheitert.

Wer allerdings meint, mit einer Aufweichung oder Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstums-Paktes würde auch der neoliberale Politikansatz als gescheitert gelten, der unterliegt wahrscheinlich einem großen Irrtum. Die Apologeten des Neoliberalismus haben sich längst auf eine Erklärung geeinigt, warum die wunderbaren Verheißungen eines Wohlstands für alle noch nicht über uns gekommen sind. Hauptursache ist demnach nicht die immer ungleicher werdende Verteilung von Vermögen und der damit einhergehende Schwund an Massenkaufkraft, sondern die arbeitsfähige Bevölkerung, die von angeblich viel zu üppigen sozialen Sicherungssystemen davon abgehalten wird, endlich wieder in die Hände zu spucken und das Bruttosozialprodukt zu steigern. Obendrein führe das zu viel zu hohen Lohnnebenkosten, die Arbeitgeber davon abhalten würden, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Um diesem Missstand zu begegnen, wurde in der EU eine Reihe von Konzepten ersonnen, durch deren Umsetzung hier Abhilfe geschaffen werden soll. Eines davon ist der *Europäische Beschäftigungspakt*.

Der Europäische Beschäftigungspakt

Auch hier stößt man wieder auf der Wirken der deutschen Bundesregierung. Frisch im Amt hatte sie im ersten Halbjahr 1999 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Sie nutze dies, um die Initiative für einen *Europäischen Beschäftigungspakt* zu ergreifen, der auf dem Treffen der Europäischen Staats- und Regierungschefs in Köln im Juni 1999 verabschiedet wurde. Diesem Pakt liegt der Leitgedanke zu Grunde, dass die gesamtwirtschaftlichen Ansätze, wie sie im EU-Vertrag u.a. mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschrieben sind, die Arbeitslosigkeit nur wirksam bekämpfen könnten, wenn sie durch Strukturreformen sinnvoll ergänzt würden und sich dann gegenseitig verstärken könnten. Dazu sollen im Beschäftigungspakt die bereits beschlossenen EU-Politiken des *Cardiff-* und *Luxemburg-Prozesses* in Bezug auf die europäische Beschäftigungspolitik besser aufeinander abgestimmt werden und zusätzlich durch den *Köln-Prozess* ergänzt werden. Hinter dem Begriff *Prozess* verbergen sich jeweils größere politische Vorhaben der EU, die nach der Stadt benannt werden, in der das Gipfeltreffen stattfindet, dass dieses Vorhaben verabschiedet. Während es beim 1998 auf den Weg gebrachten *Cardiff-Prozess* um Strukturreformen in den Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten geht, die meist eine größere Liberalisierung zum Ziel haben, beschäftigt sich der ein Jahr ältere Luxemburg-Prozess mit der Beschäftigungspolitik. Damit in Europa hinterher jeder weiß, wo der Hammer hängt, wurde mit dem *Köln-Prozess* zusätzlich ein Gesprächskreis initiiert, der stark an das vor einiger Zeit in Deutschland ergebnislos abgebrochene Bündnis für Arbeit erinnert. An ihm nehmen neben Vertretern der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Rats der Finanzminister auch Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden teil.

Rechtsgrundlage für das Wirken der EU im Bereich der Beschäftigungspolitik ist vor allem der Art 128, der seit dem Amsterdamer Vertrag im EG-Vertrag steht. Damit wird ein Berichts- und Überwachungsverfahren im Hinblick auf die Einhaltung der einmal jährlich im Rahmen des Luxemburg-Prozesses verabschiedeten *beschäftigungspolitischen Leitlinien* eingeführt.

Diese Grundlage hat für die EU nur leider einen entscheidenden Haken. Mit ihr kann die EU den einzelnen Mitgliedsstaaten lediglich Empfehlungen geben, wie sie ihre nationalen Beschäftigungspolitiken auf die allgemeine EU-Wirtschaftspolitik abstimmen sollen und deren Umsetzung überwachen. Hält sich ein Staat aber nicht an diese Empfehlungen, gibt es keinerlei Sanktionsmöglichkeit, diese auch tatsächlich durchzusetzen. Um ihren Vorstellungen den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, hat sich die EU deshalb die *Methode der offenen Koordinierung* ersonnen.

Die Methode der offenen Koordinierung

Diese Methode wurde von der EU erstmals im Rahmen des Luxemburg-Prozesses auf die engere Arbeitsmarktpolitik angewandt. Mit der Strategie von Lissabon wurde dieses Verfahren erheblich ausgeweitet und seitdem auch auf viele andere Politikbereiche der Union übertragen.

Die offene Koordinierung besteht aus einem vierstufigen Verfahren:

- Zunächst einigen sich alle Mitgliedsstaaten auf gemeinsame Leitlinien mit festen Zeitvorgaben für ihre europaweite Verwirklichung.
- Gegebenenfalls werden Indikatoren und Benchmarks entwickelt, mit denen der erreichte Fortschritt mit anderen als vorbildlich eingestuften Ländern verglichen wird. Besonders beliebt sind Vergleiche mit den USA und Japan, in denen die EU ihre Hauptkonkurrenten sieht.
- Anschließend werden die Mitgliedsländer aufgefordert, die gemeinsam beschlossenen Leitlinien in ihren Nationalstaaten umzusetzen.
- Die Fortschritte, die die EU insgesamt und die einzelnen Länder bei der Umsetzung dieser Leitlinien machen, werden von der EU in regelmäßigen Abständen an Hand vorher vereinbarter Indikatoren evaluiert. Dazu sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, regelmäßige Berichte an die EU-Kommission zu schicken, in denen sie die von ihnen ergriffenen Maßnahmen beschreiben und über ihre Wirkung berichten. Durch das so erfolgende Bench-Marking soll es den Mitgliedsstaaten ermöglicht werden, ihren eigenen Fortschritt mit dem der anderen Staaten zu vergleichen. Auf diese Weise soll es möglich sein, von den erfolgreichsten zu lernen. Um diesen Prozess zu unterstützen, veröffentlicht die EU regelmäßig die Ergebnisse ihrer Evaluierungen und gibt für die einzelnen Mitgliedsstaaten Empfehlungen ab, wie sie ihre erreichten Ergebnisse weiter verbessern können.

Problematisch ist, dass die EU mit diesem Verfahren in immer mehr Politikbereiche eindringt, für die sie eigentlich laut EU-Vertrag gar keine Zuständigkeiten hat. Zwar sind die ausgesprochenen Politikempfehlungen rein juristisch unverbindlich, das Verfahren erzielt aber eine nicht zu unterschätzende Wirkung durch die Veröffentlichung der Rankings über das Abschneiden der einzelnen Staaten. Eine Regierung, die z.B. bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur im hinteren Drittel rangiert, steht sofort als Versager dar.

Hinzu kommt, dass keine ausreichende öffentliche Diskussion über die Politikkonzepte stattfindet, die den Leitlinien und Indikatoren der verwendeten Modelle zu Grunde liegen, die fast durchgängig neoliberalen Politikvorstellungen folgen. Die Anwendung der Methode der offenen Koordinierung wird allein vom Europäischen Rat beschlossen, der die Kommission mit der Umsetzung betraut. Zwar wird immer wieder betont, dass es während der Umsetzung zahlreiche Konsultationen mit anderen wichtigen Akteuren gibt, die auch tatsächlich stattfinden, ein wirklicher Einfluss aber ist damit nicht verbunden. Auf diese Weise untergräbt die EU die parlamentarischen Demokratien in den Mitgliedsstaaten.

Die Politikempfehlungen an Deutschland

Eine der wichtigsten Prozeduren im Rahmen der offenen Koordinierung sind die *Grundzüge der Wirtschaftspolitik*. Mit ihnen möchte die EU die Wirtschaftspolitiken der einzelnen Mitgliedsstaaten darauf hin koordinieren, die geplanten Ziele der Lissabonner Strategie umzusetzen. Dieses Jahr wurden sie erstmals gleichzeitig mit den *beschäftigungspolitischen Leitlinien* erarbeitet und veröffentlicht, um eine noch bessere Abstimmung der beiden Papiere aufeinander zu erreichen.

Nachdem Deutschland im letzten Jahr die Obergrenze von 3 % bei der staatlichen Neuverschuldung verfehlt hatte, stand es in Brüssel massiv am Pranger. Statt die verfehlten Grundprämissen einer falschen Wirtschaftsideologie für die immer größer werdenden Probleme verantwortlich zu machen, sieht man die Ursache im mangelnden Willen zu strukturellen Reformen.

Bereits letztes Jahr wurde in den *Grundzügen der Wirtschaftspolitik* Deutschland empfohlen, angeblich notwendige Reformen im Gesundheitswesen umzusetzen, um den Ausgabendruck zu vermindern. Außerdem empfahl man, dass Deutschland seine Abgaben- und Leistungssysteme reformiere, damit Arbeit sich lohne, die Arbeitsmarktprogramme effizienter zu gestalten und für eine flexiblere Arbeitsorganisation zu sorgen. Ferner soll Deutschland einen effizienten Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt gewährleisten.
Als die Kommission im Rahmen der offenen Koordinierung Mitte Januar ihren Bericht über die Implementierung der *Grundzüge der Wirtschaftspolitik* des letzten Jahres abgab, bekam die deutsche Regierung einen deutlichen Rüffel. Neben Österreich war Deutschland das einzige Land, dem die Kommission attestierte, in den Bereichen *Öffentliche Finanzen* und *Arbeitsmarkt* kaum Fortschritte gemacht zu haben.

Als Anfang des Jahres klar wurde, dass in Deutschland die Neuverschuldung im letzten Jahr um mehr als 3% gestiegen war, machte ECOFIN, der Rat der europäischen Finanzminister, klar, was er von Deutschland erwartet: „Der Rat stellt fest, dass der Anstieg des nominalen Defizits von 2001 auf 2002 nicht mehr mit der unerwarteten Wachstumsverlangsamung zu erklären ist und dass es wiederum zu Ausgabenüberschreitungen im Gesundheitswesen gekommen ist, die zu einer Verschlechterung des strukturellen Saldos geführt haben." Weiter hinten heißt es: „Der Rat hält es für unverzichtbar, die Haushaltskonsolidierung durch weit reichende Reformen zur Erhöhung des sehr geringen Wachstumspotenzials in

Deutschland abzustützen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. [...] Der Rat [...] weist jedoch erneut darauf hin, dass es nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch bei den Sozialversicherungs- und ganz allgemein den Leistungssystemen dringender Reformen bedarf und dass die regulatorische Belastung der Wirtschaft verringert werden muss." Bislang sind dies allerdings rechtlich unverbindliche Empfehlungen, da es die deutsche Regierung bisher verhindern konnte, dass ein offizielles Defizitverfahren gegen Deutschland eröffnet wurde. Obwohl mittlerweile alles dafür spricht, dass auch dieses Jahr die offizielle Defizitgrenze überschritten wird, stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass dies auch so bleiben wird, da es mittlerweile eine große Diskussion über den Pakt gibt.

Im April legte die Kommission ihren Entwurf für die *Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003* vor, die dann auf dem EU-Gipfel im Juni in Thessaloniki von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet wurde. Darin wird Deutschland u.a. empfohlen

- die Abgaben- und Sozialleistungssysteme weiter zu reformieren, wobei man sich explizit Sorgen um die Tragfähigkeit des Gesundheits- und Rentensystems macht,
- zu gewährleisten, dass sich die Produktivitätsunterschiede in den verschiedenen Berufen und geographischen Gebieten besser in den Löhnen widerspiegeln und
- durch Schaffung eines mehr wettbewerbsbetonten unternehmerischen Umfelds und weiterer Reduzierung des regulatorischen und bürokratischen Aufwands, u.a. durch Verringerung des tatsächlichen Kündigungsschutzniveaus, den Unternehmen mehr Wachstums- und Investitionsanreize zu bieten.

Eine vollständige Auflistung aller Empfehlungen steht in der Tabelle des nächsten Kapitels.

Gleichzeitig wird lobend die Rede von Bundeskanzler Schröder am 14. März vor dem deutschen Bundestag erwähnt, „die wichtige Schritte zur Lösung der Strukturprobleme in Deutschland darstelle." Hier hatte Schröder erstmals die Agenda 2010 verkündet.

Die deutsche Agenda 2010 und die Strategie von Lissabon

Schröder hörte dieses Lob sicher gerne. In seiner Regierungserklärung, die er kurz vor Ausbruch des Irak-Kriegs hielt, stellt er die angekündigten Reformen explizit in einen europäischen Zusammenhang. Er sagte:

„*Wir werden sowohl unsere Verantwortung als auch unsere mitgestaltende Rolle in einer multipolaren Weltordnung des Friedens und des Rechts nur dann umfassend wahrnehmen können, wenn wir das auf der Basis eines starken und geeinten Europas tun. Es geht um die Rolle Europas in der internationalen Politik. Aber es geht auch um die Unabhängigkeit unserer Entscheidungen in der Welt von morgen. Beides - auch das ist Gegenstand dieser Debatte - werden wir nur erhalten können, wenn wir wirtschafts- und sozialpolitisch beweglicher und solidarischer werden, und zwar in Deutschland als dem größten Land in Europa, was die Wirtschaftskraft angeht, und damit natürlich auch in Europa.*
Diesen Zusammenhang zwischen unseren wirtschaftlichen und damit auch unseren sozialen
Möglichkeiten einerseits und unserer eigenen Rolle in Europa und Europas Rolle in der Welt
andererseits darf man nicht aus den Augen verlieren; denn er ist für uns und unsere Gesellschaft genauso wichtig wie für unsere Partner in Europa."

Auch in seiner jüngsten Regierungserklärung vom 3. Juli 2003 stellte er die europäische Dimension der geplanten Maßnahmen deutlich heraus:
„*Die Fragen, die wir heute und in den kommenden Tagen und Wochen diskutieren, beschäftigen nicht nur die Menschen in Deutschland; sie beschäftigen auch und gerade Europa. Das hat Gründe. Unsere Volkswirtschaft, die deutsche Volkswirtschaft, ist ungeachtet all dessen, was wir zu verbessern haben, die stärkste Europas. Etwa 30 Prozent der Wertschöpfung in Gesamteuropa werden von der deutschen Volkswirtschaft und damit von den Menschen in Deutschland erwirtschaftet.*
Dies bedeutet, dass wir gewiss für das verantwortlich sind, was in unserem Land geschieht, dass wir aber darüber hinaus auch eine besondere Verantwortung für die europäische Entwicklung tragen. Dieser Verantwortung wollen wir uns stellen; denn ohne ein starkes Deutschland ist Europa schwächer, als es sein müsste.
Ich füge hinzu: Es gilt auch, dass Deutschland ohne einen europäischen Binnenmarkt und ohne die europäische Integration weit weniger Chancen hätte, im globalen Wettbewerb zu bestehen. Das gilt ökonomisch, das gilt aber auch politisch. Es gilt übrigens auch für unser Sozialmodell der Teilhabe und der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb stellen wir uns unserer Verantwortung für Deutschland und Europa im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse, weil das eine ohne das andere nicht mehr geht.
Vor diesem Hintergrund stimmen wir unsere strukturellen und konjunkturellen Maßnahmen aufeinander ab und übernehmen auf der Basis des europäischen Paktes für Stabilität und Wachstum die Verantwortung für genau dies: Stabilität und Wachstum. Deshalb haben wir in einem für Deutschland bisher beispiellosen Kraftakt Entscheidungen getroffen, die für mehr Dynamik, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung sorgen. Deshalb sind wir in der Lage, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die mittelständischen Unternehmer ab Anfang nächsten Jahres dramatisch von Steuern zu entlasten."
Betrachtet man die angekündigten Maßnahmen im einzelnen, so sind sie in fast allen Punkten 1:1 die Umsetzung der aus Brüssel geforderten Maßnahmen. Die folgende Tabelle verdeutlicht dies, indem sie die 9 Empfehlungen der EU-Kommission Zitaten aus der Regierungserklärung von Schröder gegenüberstellt, die am 3. Juli, wenige Tage nach Annahme der *Grundzüge der Wirtschaftspolitik* auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki, vor dem deutschen Bundestag hielt.

Empfehlungen der EU an Deutschland in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik	Zitate aus der Regierungserklärung vom 3. Juli 2003. „Deutschland bewegt sich – Mehr Dynamik für Wachstum und Beschäftigung“
1. das Abgaben- und Sozialleistungssystem zu reformieren, indem u.a. sichergestellt wird, dass die Aufnahme einer Arbeit oder der Übergang in eine höhere Einkommensgruppe in allen Einkommensstufen zu Nettogewinnen führt, und indem der Leistungsbezug an eine aktive Arbeitssuche geknüpft wird;	Ab dem 1. Januar nächsten Jahres werden die Bürgerinnen und Bürger im Durchschnitt 10 Prozent weniger Steuern zahlen müssen. Wir senken den Eingangssteuersatz auf 15 Prozent. Ich will daran erinnern, dass vor fünf Jahren der Eingangssteuersatz noch bei 26 Prozent lag. Ich will dabei nur eines deutlich machen: Es geht mir darum, dazu beizutragen, dass in unserem Land die aktiv Beschäftigten, die das Einkommen für sich selbst und für ihre Familien durch Arbeit in den Dienstleistungszentren, in den Fabriken beziehen, der Maßstab für den Abbau von Subventionen sind. In den letzten Jahren wurden in Betrieben freiwillige Leistungen - das ist teilweise nachvollziehbar - abgebaut. Weil das so ist, darf unser Augenmerk nicht allein darauf gerichtet sein, die Transfereinkommen möglichst ungeschmälert zu erhalten. Dies wäre gegenüber denjenigen, die die Leistungsträger bei der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung sind, nicht gerecht.
2. Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass sich Produktivitätsunterschiede in den verschiedenen Berufen und geografischen Gebieten besser in den Löhnen widerspiegeln, und in diesem Zusammenhang das Günstigkeitsprinzip dergestalt reformieren, dass eine vorübergehende geringere Entlohnung von Berufsanfängern möglich wird;	Der Umschwung im Denken findet statt. Die Menschen in Deutschland sind bereit die Veränderungen mitzutragen. Hier beziehe ich die Gewerkschaften ausdrücklich ein, ohne die Deutschland - ich betone das gerade jetzt durchaus bewusst - nie so leistungsstark geworden wäre, wie es ist. In ihren eigenen Reihen haben die Gewerkschaften einen Klärungsprozess durchlaufen, der ganz gewiss zeigt: Auch die Gewerkschaftsmitglieder wollen Akteure des Wandels, nicht seine Opfer und erst recht nicht seine Bremser sein.
3. Verbesserung der Effizienz der aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, speziell der Unterstützung der Arbeitssuche. Die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kosten-Nutzen-Kriterien zu reformieren und sie besser auf die Bevölkerungsgruppen, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, ausrichten;	Auf dem Arbeitsmarkt haben wir durch die bereits umge-setzten so genannten Hartz-Reformen im Niedriglohnsektor und bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen so hohe Beschäftigungschancen erreicht wie nie zuvor. Durch die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen und die vertraglichen Regelungen zur Zeit- und Leiharbeit verschaffen wir nicht nur deutlich mehr Arbeitswilligen Zugang zum Arbeitsmarkt - und zwar zum ersten Arbeits-markt -, sondern haben wir auch den gesamten Bereich der Leiharbeit aus dem geholt, was man die "Schmuddelecke" nennt, in der sich die entsprechenden Angebote und die Nachfrage früher großenteils bewegt haben. Die Förderung der Selbstständigkeit durch die so genannten Ich-AGs und damit verwandte Maßnahmen sind ein Angebot, das schon jetzt sehr stark angenommen wird. Ich bin sicher: Schon im nächsten Jahr werden wir in Deutschland einen Arbeitsmarkt geschaffen haben, der weit offener und anpassungsfähiger ist, als es jahrzehntelang der Fall war.
4. durch Schaffung eines mehr wettbewerbsbetonten unternehmerischen Umfelds und weitere Reduzierung des regulatorischen und bürokratischen Aufwands, u.a. durch Verringerung des tatsächlichen Kündigungsschutzniveaus, den Unternehmen Investitions- und Wachstumsanreize zu bieten;	Novellierung der Handwerksordnung, Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, Förderung von Existenzgründern, Abbau von Bürokratie und Stärkung der Eigenkapitalbasis. Dazu kommt, wohlgemerkt, die Strategie zur Senkung der Lohnnebenkosten und Abgaben. Das heißt, wir geben dem Mittelstand die Möglichkeiten an die Hand, sein Engagement und seine Innovationskraft - also das, was unser Land so stark gemacht hat - aufs Neue vollständig zur Geltung zu bringen. Mittelständische Unternehmen müssen ab dem nächsten Jahr fast 10 Milliarden Euro weniger Steuern zahlen. Damit geben wir in einer wirtschaftlich schwierigen Situation ein klares Signal an die Wirtschaft: Weniger Steuern für mehr Investitionen und mehr Investitionen für mehr Beschäftigung!
5. weitere Reformen durchführen, so dass das Qualifikationsniveau verbessert und der anhaltende Mangel an qualifizierten Fachkräften behoben wird;	
6. im Jahr 2003 diskretionäre Maßnahmen im Umfang von 1% des BIP umzusetzen und der derzeitigen Lage eines übermäßigen Defizits bis spätestens 2004 abzuhelfen;	Viele Subventionen - seien es Finanzhilfen oder seien es steuerliche Subventionen -, an die wir uns aus rechtlichen Gründen langzeitig gebunden haben, könnten auch dann nicht sofort reduziert werden, wenn wir das aus Gründen gesamtwirtschaftlicher Vernunft tun wollten. Aber gerade weil wir durch die Agenda 2010 im Prozess der Strukturreformen vorankommen und weil wir mit dem Bundeshaushalt 2004 einen nachhaltigen Subventionsabbau betreiben, haben wir uns den Freiraum erarbeitet, durch vorgezogene Steuerentlastungen dieses

	wichtige Signal für Wachstum und damit für Beschäftigung zu geben.
7. das konjunkturbereinigte Defizit im Zeitraum zwischen Ende 2003 und 2005 um mindestens einen Prozentpunkt des BIP zu senken;	Bis 2010 können wir durch die strukturellen Reformen der Agenda 45 Milliarden Euro im Bundeshaushalt einsparen.
8. die Vorsorge mittels zusätzlicher Alterversorgungssysteme zu fördern, die Anreize für einen späteren Eintritt in den Ruhestand zu stärken sowie eine bessere Beziehung zwischen individuellen Zahlungen und erworbenen Ansprüchen in der gesetzlichen Alterssicherung herzustellen;	Ich will noch einmal an Folgendes erinnern: Wir haben mit der Rentenreform in der letzten Legislaturperiode die Säule der Kapitaldeckung neben die der Umlagefinanzierung gestellt. Damit haben wir in Deutschland bereits in großen Teilen das umgesetzt, was Partner- und Nachbarländer noch vor sich haben. Aber wir haben damals noch zu sehr auf die konjunkturelle Entwicklung vertraut. Deswegen und wegen der dramatischen Veränderungen in der Demographie werden wir in dieser Frage strukturell noch einmal nacharbeiten müssen. Das Ziel bleibt: Die Rentner müssen einen guten Lebensstandard haben. Die arbeitenden Generationen dürfen nur mit einem Beitrag belastet werden, den sie auch tragen können. Deshalb wollen wir erreichen, dass der Beitragssatz in diesem Jahr bei 19,5 Prozent bleibt. Wir wollen und müssen den weiteren Anstieg der Lohnnebenkosten begrenzen.
9. die Effizienz des Gesundheitssektors durch Einführung wirtschaftlicher Anreize für die Erbringer und Empfänger von Gesundheitsleistungen - wie beispielsweise Kostenteilung – zu verbessern.	Im Gesundheitswesen beispielsweise brauchen wir mehr Marktwirtschaft, mehr Wettbewerb und mehr Transparenz.

Liest man die Tabelle aufmerksam, so fallen auch einige Punkte auf, bei denen der Kanzler noch keinen vollständigen Vollzug melden kann.

- Einer dieser Punkte ist die geforderte Flexibilisierung der Löhne. Dazu ist die Mitarbeit der Gewerkschaften nötig, die von der Bundesregierung diesbezüglich heftig umworben werden. Das Scheitern des Metaller-Streiks zeigt, dass Bundesregierung und Wirtschaft hier bereits einige Erfolge vorweisen können. Weitere Angriffe, insbesondere auf die Flächentarifverträge, werden wahrscheinlich folgen.
- Auch beim Thema Renten blieb Schröder bisher eher nebulös, fing aber bereits an, die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit weiterer Reformen einzustimmen.
- Bei den Einsparungen im Bundeshaushalt ist wohl eher nicht zu erwarten, dass die angemahnten Größenordnungen erreicht werden. Dies dürfte allerdings auch nicht so tragisch sein, wird doch bereits überall über eine flexiblere Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes diskutiert.

Schlussfolgerungen

Der von der deutschen Regierung durchgeführte Angriff auf den Sozialstaat ist eingebettet in eine europaweite Kampagne, die sich anschickt, die Gesellschaftssysteme unseres Kontinents nachhaltig zu verändern. Die EU ist dabei einer der Hauptantriebsmotoren, mit denen sich die angestrebten Veränderungen auch immer leichter in Deutschland durchsetzen und als alternativlos darstellen lassen.
Die Schuldigen dafür allein in Brüssel zu suchen, wäre aber bestimmt zu einfach. Gerade die deutsche Regierung, die die wirtschaftlich stärkste Volkswirtschaft in Europa vertritt, ist einer der Hauptantriebsmotoren dieser Politik. Die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland hat, wenn sie ihrem Anspruch als internationalistische Bewegung ernst nimmt, hier eine große Verantwortung.

Für Kapital und Neoliberale hat sich der Umweg über Brüssel in den letzten Jahren immer mehr ausgezahlt. Die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland hat diesem Faktor bisher zu wenig Aufmerksamkeit zu teil werden lassen. In anderen Ländern, allem voran Frankreich, wo das Widerstandspotential gegen neoliberale Reformen schon wesentlich größer ist, ist das anders.
Die Bereitschaft, die neoliberalen Reformvorhaben als alternativlos anzusehen, hat sich in einem seit vielen Jahren andauernden Prozess in den Strukturen von staatlichen Bürokratien, Wissenschafts- und Medienzusammenhängen und nicht zuletzt den Köpfen vieler Menschen festgesetzt. Um diesen Prozess umzukehren, wird es eines langen Atems und großer Kraftanstrengungen bedürfen. Wichtig ist dabei vor allem, den an unterschiedlichen Orten, zu unterschiedlichen Zeiten und von unterschiedlichen Menschen geleisteten Protest in eine kontinuierliche Bewegung zu integrieren und auf ein gemeinsames Ziel auszurichten.
Das Kippen der Agenda von Lissabon ist dafür ein ideales Ziel. Über sie lässt sich der Widerstand verknüpfen. Wie ein roter Faden durchzieht sie alle wichtigen Politiken der EU der letzten Jahre. Sie ist außerdem so langfristig angelegt, dass nach dem erfolgreichen Durchboxen einer kleinen Teilreform nicht automatisch der erwachende Widerstand wieder erlahmen muss. Hinzu kommt, dass alle damit zusammenhängenden Dokumente von der EU in viele wichtige europäische Sprachen übersetzt im Internet vorhanden sind. Eine Verknüpfung zu dem Sozialabbau in den einzelnen Ländem herzustellen, fällt nicht schwer. Dabei sollte man sich auch damit auseinandersetzen, was die derzeitige Politik für den Rest der Welt bedeutet (Handelsfragen, Militarisierung).

Die neoliberale Ausrichtung der EU ist derzeit verwundbarer, als es auf den ersten Blick vielleicht scheinen mag.

- Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt steht ein Herzstück neoliberaler Wirtschaftspolitik kurz vor dem Scheitern.
- Gleichzeitig steht die Union mit der EU-Osterweiterung vor einer riesigen Herausforderung. Es gilt, diesen Prozess so zu gestalten, dass europaweit die Sozialstandards auf- und nicht abgebaut werden. Die derzeitige Politik ist dazu völlig ungeeignet.
- Außerdem steht nächstes Jahr die endgültige Verabschiedung einer europäischen Verfassung ganz oben auf der Agenda. Der derzeitige Verfassungsentwurf ist wieder einmal eine ungenutzte Chance, die EU umfassend zu demokratisieren und ein europäisches Sozialmodell zu entwickeln.
- Am 13. Juni 2004 werden die nächsten Europawahlen stattfinden.
- Wahrscheinlichen lassen sich auch in gewerkschaftlichen und rot-grün-nahen Arbeitszusammenhängen leichter Menschen mobilisieren, wenn es nicht direkt gegen „ihre" Regierung geht.

Ist erst mal der neoliberale Politikansatz in Brüssel diskreditiert, öffnen sich auch wieder Räume für alternative Politikkonzepte in den Mitgliedsstaaten. Es ist kein Naturgesetz, dass Europa nur für Kapital und Neoliberale eine Erfolgsstory sein muss.
Wenn eines Tages das Scheitern des neoliberalen Flexibilisierungs- und Liberalisierungswahns unübersehbar wird, sollten es linke, solidarische Politikkonzepte sein, die die Diskussion um Alternativen in Europa prägen. Andernfalls droht auch ein Rückfall in Faschismus, Nationalismus und Krieg, wie er die Geschichte Europas im letzten Jahrhundert nur allzu lang prägte.

Um dies zu verhindern, sollten zwei Fragen weiter diskutiert werden:

- Wie sieht eine europäische Struktur aus, in der in Zukunft alle wichtigen Fragen demokratisch und transparent von den betroffenen Menschen diskutiert und entschieden werden können?
- Wie sieht ein europäisches Gesellschaftsmodell aus, dass zu einer gerechten Verteilung bei Einkommen, Vermögen und Produktivitätsfortschritt für alle führt?

In diesem Sinne war das Europäische Sozialforum in Florenz schon ein guter Anfang. Diesen gilt es in St. Denis bei Paris fortzuführen. Eine andere Welt möglich – ein anderes Europa auch.

Links im Internet:

Offizielle EU-Seiten:

Offizielle Seite der EU zur Strategie von Lisabon:
http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/index_de.html
Eine Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas:
http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/lisbon_de.pdf
Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Lissabon) 23. und 24. März 2000:
http://ue.eu.int/newsroom/LoadDoc.asp?MAX=1&BID=76&DID=60941&LANG=4
Empfehlung der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005:
http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2003/comm2003_170de.pdf

Regierungserklärungen von Schröder:

14. März 2003:
http://www.spd.de/servlet/PB/show/1025523/Regierungserklaerung_Gerhard_Schroeder_2003_03_14.pdf
3. Juli 2003:
http://www.bundesregierung.de/-.413.497984/regierungserklaerung/Deutschland-bewegt-sich-Mehr-D.htm

Alternativen zur bestehenden EU-Politik:

attac EU-AG:http://www.attac.de/eu-ag
Euro-Memo-Gruppe:
http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm

Arbeiterkammer Wien:
http://www.akwien.at/881_1047.htm

Stephan Lindner ist Diplom-Politologe und lebt in Berlin; er ist Gründungsmitglied der bundesweiten attac EU-AG und zu erreichen unter stlindner@ipn.de .

Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen Aufruf von über 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland

Mit den in der „Agenda 2010“ angekündigten Maßnahmen will die rot-grüne Bundesregierung die Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts aus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise führen. Die Blockaden der letzten Jahre sollen überwunden, die Wirtschaft belebt und vor allem Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir bezweifeln aber, dass die Ansätze tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen. Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus. Der Opposition, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, vielen wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie weiten Teilen der Mediengehen diese Einschnitte noch nicht weit genug. Unter der Devise „Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung“ hat ein Wettlauf um den Abbau der Kernelemente des Sozialstaats eingesetzt. So wollen CDU/CSU in den anstehenden Verhandlungen mit der Regierung Eingriffe in Tarifvertragsgesetz und Tarifautonomie sowie die Absenkung der Sozialhilfe durchsetzen. Wir widersprechen dieser Politik, weil die angekündigten Maßnahmen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen werden. Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt, ist weder mutig noch reformorientiert. Die geplanten Einschnitte verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze. Wir widersprechen der These, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar und die Ursache von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei. Der eingeschlagene Weg führt in die falsche Richtung, weil der Politik eine falsche Krisendiagnose zu Grunde liegt.- Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht die Folgefehlender Arbeitsbereitschaft. Wer glaubt, die Arbeitsmarktkrise durch noch mehr Druck auf die Arbeitslosen zu lösen, bekämpft die Arbeitslosen, aber nicht die Arbeitslosigkeit. Die Kürzungen beider Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe führen zu gravierenden Einkommenseinbußen bei den Arbeitslosenhaushalten und verschärfen das ohnehin schon hohe Armutsrisiko der Betroffenen.- Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit „um jeden Preis“ anzunehmen, fördert die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland. Eine solche Entwicklung steht im Widerspruch zum dringend notwendigen Ausbau qualifizierter Dienstleistungen und führt zu problematischen Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt, nicht aber zu insgesamt mehr Beschäftigung. Besser bezahlte, gesicherte Arbeit wird durch schlechter bezahlte, prekäre Arbeit ersetzt. Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt werden gefährdet.- Die Aufweichung des Kündigungsschutzes wird das ohnehin reduzierte Schutzniveau in Kleinbetrieben noch weiter herabsetzen, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies zeigen die Erfahrungen der Jahre 1997 und 1998. Ein beliebiges Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen durch betriebliche Vereinbarungen würde die zentrale Funktion des Flächentarifvertrags außer Kraft setzen, Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen zu garantieren.- Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen nicht im sozialstaatlichen System und dessen vermeintlich zu üppigen Leistungen. Die Finanzierungsdefizite sind in erster Linie Folge der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sowie der chronischen Arbeitsmarktkrise. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu erhöhten Ausgaben und sinkenden Beitrags- und Steuereinnahmen. Zur Finanzkrise hat aber auch die Steuerpolitik der letzten Jahre beigetragen, die die Entlastungen auf die Unternehmen, hohen Einkommen und die Vermögensbesitzer konzentriert hat. Insbesondere die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommensteuer sind eingebrochen.- Die Finanzierungsprobleme und die steigenden Beitragsbelastungen in den Systemen der sozialen Sicherung werden durch Leistungsausgrenzungen (mit Verweis auf die private Vorsorge) oder verstärkte Zuzahlungen (Praxisgebühr, Arzneimittel usw.) nicht beseitigt. Es kommt dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Finanzierung zu Lasten der Versicherten und vor allem der Kranken. Hinzu kommt, dass sich die Beitragszahlungen bei Privatversicherungen nach dem individuellen Risiko richten – ohne Berücksichtigung der Einkommens- und Familienverhältnisse. Es käme zu Unterversorgungen gerade jener Gruppen der Gesellschaft, die wegen ihrer Arbeits-, Lebens- und Einkommensbedingungen besonders hohe Gesundheitsrisiken tragen. Auch die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Versicherten ändert nichts an der Ausgabenentwicklung im Gesundheitssystem, sie ist ausschließlich eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen und höhlt das Prinzip der paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus. Mit dem eingeschlagenen Weg werden das Sozialstaatsprinzip und die Grundlagen einer auf den sozialen Ausgleich gerichteten Gesellschaftsordnung gefährdet. Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Einschnitte „alternativlos“ sind. Ein hohes Beschäftigungsniveau und ein ausgebauter Sozialstaatmüssen – wie Beispiele aus europäischen Nachbarländern zeigen – keine Gegensätze sein. Um das zu erreichen, sind jedoch Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Arbeitsmarkt und Sozialpolitik notwendig, die den Namen „Reform“ tatsächlich verdienen. Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Sozialstaat zu sichern, ist eine Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingend erforderlich. Die öffentlichen Investitionen müssen ausgebaut statt

gekürzt werden. Durch ein öffentliches Investitionsprogramm können die überfällige Modernisierung von Infrastruktur und Umwelt sowie der Ausbau des Bildungssystems in Angriff genommen werden. Dies schafft kurzfristig Arbeitsplätze und sichert mittel- und langfristig die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Statt durch Sozialleistungskürzungen die Kaufkraft gerade in den unteren und mittleren Einkommensbereichen zu begrenzen, bedarf es einer Stabilisierung und Erhöhung des privaten Konsums.

- Ein ausgebauter Sozialstaat kann kein „billiger" Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Belastungen durch Steuern und Abgaben müssen sich aber nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Erforderlich ist deshalb eine Steuerreform, die sich am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert und Unternehmen sowie hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.
- Gerade in der Arbeitsmarktkrise bedarf es der Verstetigung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es ist notwendig aber nicht ausreichend, die Arbeitsverwaltung und Arbeitsvermittlung zu effektivieren. Der 2. Arbeitsmarkt und die Bildungsförderung dürfen nicht weggeschlagen, sondern müssen weiterentwickelt werden. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss ohne die angekündigten Leistungseinbußen geregelt werden.
- - Statt der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der angekündigten Heraufsetzung von Altersgrenzen und Rentenabschlägen bedarf es einer veränderten, altersgerechten Personalpolitik der Unternehmen. Wenn die Frühausgliederung gestoppt und Ältere länger im Arbeitsleben verbleiben sollen, dann sind dafür in den Betrieben und Verwaltungen zunächst die Voraussetzungen zu schaffen.
- - Allein durch Wachstum lässt sich die Arbeitslosigkeit nicht abbauen. Der gegenwärtige Stillstand in der Arbeitszeit-politik muss überwunden und durch unterschiedliche Formen individueller und all-gemeiner Arbeitszeitverkürzungen abgelöst werden. Ziel muss es sein, das begrenzte Erwerbsarbeitsvolumen auf mehr Menschen zu verteilen. Dazu gehört aber auch, die Nicht-Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern egalitär aufzuteilen.
- - Die Sicherung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems erfordert zum einen einsozial gerechtes Ausschöpfen der Rationalisierungsreserven. Qualität und Effizienz der Systeme müssen erhöht und die Risikoprävention gestärkt werden. Zum andern ist ein solidarisches Sicherungssystem auf Dauer nur tragfähig, wenn auch die gesamte Bevölkerung zu seiner Finanzierung beiträgt. Angesichts der Finanzierungsprobleme insbesondere bei der Renten- und Krankenversicherung muss der Weg in Richtung einer allgemeinen Erwerbstätigen-versicherung eingeschlagen werden, bei der das gesamte Einkommen Maßgröße für den Finanzierungsbeitrag ist.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 23. Mai 2003

Attac Deutschland begrüßt Diskussion um Bürgerversicherung - und warnt: "Richtigen Gedanken nicht in Propagandatrick verkehren" Pressemitteilung, 29. Juli 2003

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac sieht in der momentan diskutierten "Bürgerversicherung" einen Schritt in die richtige Richtung - allerdings nur, sofern die Arbeitgeber weiterhin paritätisch an der Finanzierung beteiligt werden und die Leistungen nicht eingeschränkt werden. "Wenn alle Einkommensarten und alle Erwerbstätigen in die Krankenversicherung einbezogen werden, bedeutet das mehr Solidarität", sagte Werner Rätz, Mitglied im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Entscheidend seien allerdings die Details der Umsetzung: "Wenn die paritätische Finanzierung wegfällt, die Einkommen nicht in voller Höhe einbezogen werden oder die Leistungen weiter eingeschränkt werden, würde der gute und richtige Gedanke der Bürgerversicherung in einen Propagandatrick verkehrt."

Als Alternative zum weltweiten Wettlauf um die niedrigsten Sozialstandards setzt sich Attac schon lange für einen gesetzlichen Versicherungsschutz ein, der alle Einkommen einbezieht, und zwar in ihrer vollen Höhe. Rätz: "Es ist nicht einzusehen, warum bei Geringverdienern das ganze Einkommen zählt, bei Besserverdienenden aber nur ein kleiner Teil." Darum sollte die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 3450 Euro erhöht und langfristig abgeschafft werden. Damit auch die Bezieher hoher Einkommen in der solidarischen, gesetzlichen Krankenversicherung integriert bleiben, sollte auch die Versicherungspflichtgrenze von derzeit 3825 Euro abgeschafft werden. Dies führt in der Konsequenz dazu, dass Privatversicherungen überflüssig werden.

Zur Wahrung der Parität sollten die Unternehmen nach Ansicht von Attac auch in Zukunft zu einer Leistung herangezogen werden, die in der Höhe dem Beitrag der Versicherten entspricht. Damit nicht weiterhin diejenigen Unternehmen durch niedrige Sozialabgaben belohnt werden, die Arbeitsplätze abbauen, sollte sich der Unternehmensbeitrag nicht mehr nur an der Beschäftigtenanzahl festmachen, sondern in Form einer "Wertschöpfungsabgabe" auch am Betriebsergebnis.

Zudem muss sichergestellt werden, dass die Bürgerversicherung alle medizinisch sinnvollen Leistungen abdeckt. Eingeschränkte Leistungskataloge mit der Notwenigkeit privater Zusatzversicherung sind keinesfalls akzeptabel. Genau das fürchtet Attac als Ergebnis der augenblicklichen politischen Debatte um eine Bürgerversicherung, bei der viele Details offen bleiben. Werner Rätz: "Weder die jetzige noch die frühere Regierung haben irgendwelchen Anlass zu der Annahme gegeben, sie wollten wirkliche Solidarität bei voller paritätischer Finanzierung in der Sozialversicherung herstellen."

Für Nachfragen: Werner Rätz, Tel. (0163) 2423 541

Weitere Informationen: www.attac.de/sozsich

Weltmarsch der Frauen gegen Krieg, Gewalt und Armut
Nicoletta Pirotta

Mailand, Mai/Juni 2003

Die neoliberale Globalisierung, die das derzeit vorherrschende ökonomische und soziale Modell mit dem Primat von Profit, Unternehmertum, Markt und individuellem Erfolg darstellt, zeigt einige Anzeichen einer Krise. Nachdem sich die Vorstellung, es sei in der Lage, Entwicklung und Wohlstand für alle zu erzeugen, als illusorisch herausgestellt hat, offenbaren sich seine materiellen Widersprüche, die Armut, Ausschluss, Gewalt und Krieg hervorbringen.
Insbesondere der Krieg, obwohl als Stütze und als Mittel zur Öffnung neuer Märkte schon immer ein strukturelles Element der liberalen Globalisierung, wird heute zum eigentlichen System, wie außer der breiteren Bewegung von Porto Alegre auch internationale Frauennetzwerke wie der „Weltmarsch der Frauen“ und „Frauen in Schwarz“ klar aufgezeigt haben.
Der Krieg wird zum System in dem Sinne, dass ein gesellschaftlicher Militarisierungsprozess stattfindet, der, neben der endgültigen Zerstörung sozialer Rechte, in gefährlicher Weise dazu neigt, zivile Rechte und Freiheiten abzubauen (Krieg und „Nachkrieg“ im Irak sind ein signifikantes Beispiel dafür).

Die Privatisierung von Gemeingütern (Wasser, Dienstleistungen …) sowie die auch dank dem instrumentellen Einsatz unterbezahlter Einwanderer ständig prekärer werdende Arbeitssituation - auch diese sind strukturelle Bestandteile der neoliberalen Globalisierung, deren vollständige Anwendung auf dem nächsten Welttreffen der WTO in Cancun diskutiert werden wird - kreuzen sich mit einem immer deutlicher werdenden Abbau der individuellen Freiheiten. In den USA hat der Kongress den „Patriot Act“ gebilligt, also ein Gesetz, das die Überwachung (mittels Nachforschungen darüber, was man liest, welche Filme man sieht, mit welchen Leuten man sich trifft …) von Personen ermöglicht, die als „gefährlich“ für das Land eingestuft werden: jeder, der den Verdacht der Behörden erregt, kann also in jedem Augenblick seines Privatlebens beobachtet und beurteilt erklärt werden!
In Peru hat die Regierung, um gegen die Streik- und Protestwellen vorzugehen, ein Gesetz verabschiedet, das sogar die Unverletzlichkeit der Privatwohnung aufhebt, d.h., es wird ermöglicht, ohne besondere Ermächtigung in die Wohnungen derjenigen einzudringen, die bei den Kämpfen in den vordersten Reihen stehen.
Diese zwei Beispiele scheinen mir bezeichnend für zwei beunruhigende Tendenzen zu sein:
? die fortwährende Suche nach Feinden, die sich von der internationalen Ebene auf die lokale verlagert und von den Staaten auf leibhaftige Personen
? die „militärische Lösung“ von Konflikten, von Konflikten jeder Art, also die substantielle Aushöhlung von Rechten und Freiheit: der präventive, andauernde und unendliche Krieg eben.

Der Krieg wird auch zum System dank klaren politischen Entscheidungen (an denen auch die Mitte-Links-Regierungen beteiligt waren), die die Militarisierung des Territoriums (wie zur Unterstützung der freien Initiative der Waffenproduktion und des Waffenhandels die kürzliche Revision von Gesetz 185, das ursprünglich wichtige Einschränkungen in diesem Bereich festlegte als ein bezeichnendes Beispiel für Italien; ebenso wie die Umdefinition der Rolle der NATO), die Bildung von Berufsarmeen und die exponentielle Erhöhung der Militärausgaben (zum Nachteil der sozialen) erlauben. Nur als Beispiel: In Italien sind die letzteren von 13 000 Milliarden € auf aktuell 20 Milliarden € angestiegen, dazu müssen noch die Kosten für internationale Missionen hinzugezählt werden, die ad hoc finanziert werden. So kostet z.B. die italienische Beteiligung in Afghanistan innerhalb der Operation „Enduring Freedom“ gut 75 Mio. € pro Monat!

Anlass zur Sorge geben Vorschläge, die Militärausgaben bei den Auflagen des Maastrichter Vertrags abzuziehen und die Zeichen für den Aufbau eines europäischen Heeres zur Verteidigung und zur Eindämmung der US-amerikanischen Übermacht.
Es ist notwendiger denn je, darauf mit dem Vorschlag zu einer generellen Entwaffnung, die von der Reduzierung der Militärausgaben, der Konversion der Kriegsproduktion (bei diesem Aspekt müssen die in diesem Bereich Beschäftigten und die Gewerkschaften miteinbezogen werden) ausgeht, und einer breiten Kampagne zur Friedenserziehung zu antworten.

Die Auswirkungen dieser Politik sind, wie ich schon sagte, Armut, Ausschluss und Gewalt für alle, betreffen insbesondere aber das Leben von Frauen.
Die unsicherer gewordenen Lebensbedingungen haben in allen Teilen der Welt zu einem Anstieg von Lohnarbeit mit immer weniger Rechten und Garantien geführt, welche in hohem Maß von Frauen verrichtet wird. (In Bangladesh sind 90% der Arbeitsplätze, die in den letzten zwanzig Jahren vor allem in der Fertigungs- und Elektronikindustrie entstanden sind, mit Frauen besetzt; in Südostasien ist die Frauenbeschäftigung von 25 auf 44% gestiegen, während in den postindustriellen Gesellschaften die Zunahme weiblicher Arbeitskräfte von dem Umstand bestimmt ist, dass diese im Grunde zu Gesellschaften von Dienstleistungen geworden sind (Telearbeit, Fast Food, Handel …), die traditionell von Frauen ausgeübt werden - 72% in den USA, 79% in Europa - …). Unter geschlechtsspezifischem Blickwinkel erscheint die neoliberale Globalisierung als widersprüchliches Phänomen: Insbesondere im Süden brechen die neuen Arbeitsmöglichkeiten mit althergebrachten Segregationen und Abhängigkeiten und aktivieren zahlreiche Frauen auf gewerkschaftlicher, sozialer und politischer Ebene, gleichzeitig jedoch bedeuten sie, unter den Bedingungen mit denen sie im Rahmen der Globalisierung durchgesetzt werden, fürchterliche Anstrengungen, Ausbeutung, Erpressung und das Fehlen von Rechten und sicheren Garantien. Im Norden sind zuerst die weiblichen Arbeitskräfte von den verschiedenen Formen unsicherer Arbeitsverhältnisse betroffen: Befristungen, Heim-, Leih-, Teilzeitarbeit (irrtümlich als „ideal“ für Frauen angesehen,

eine kürzlich Umfrage der italienischen Gewerkschafts-organisation CGIL in der Lombardei zeigte jedoch, dass mehr als zwei Drittel der weiblichen Arbeitskräfte diese nur wählen, weil sie dazu gezwungen sind).
Die Privatisierung von Dienstleistungen und damit der Umbau der öffentlichen Wohlfahrtssysteme, der auf der Seite der Staaten den Wegfall ihrer sozialen Funktion, nämlich Bereitstellung und Garantie von kollektiven Rechten bedeutet, führt zu einer ständigen Zunahme un- oder unterbezahlter Pflegearbeit. Diese wird an die Familie zurückverwiesen, die nicht zufällig als zentraler Bezugspunkt der Sozialpolitik wiederkehrt (definiert z.B. im Plan zum Gesundheitswesen der Region Lombardei, einem wichtigen Schauplatz der Umsetzung der neoliberalen und korporativen Rezepte, als „bevorzugter Sensor von Bedürfnissen und solidarische Produzentin von Ressourcen"). Überall auf der Welt sind es Frauen, die aufgrund der ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern die unbezahlte Pflegearbeit leisten (die auf 11 Billionen Dollar und damit auf fast die Hälfte der mit 23 Billionen Dollar angegebenen Weltgesamtproduktion geschätzt wird) und folglich sind vor allem die Frauen durch die Privatisierung der Dienstleistungen am schärfsten betroffen, weil sie zu noch mehr unbezahlter Arbeit gezwungen werden. Ebenso müssen Frauen, die auf ihre anstrengende Emanzipation nicht verzichten wollen, um sich diese leisten zu können, wiederum auf andere Frauen, in der Mehrzahl der Fälle Migrantinnen, zurückgreifen.

Auf dieser Ebene enthüllt sich ein anderes ideologisches System, das das neoliberale unterstützt und vervollständigt, nämlich das patriarchale, verstanden als Komplex aus Normen, Symbolen, Verhaltensweisen, die auf der Überzeugung von der historischen, politischen und sozialen Höherwertigkeit des männlichen Geschlechts beruhen.
Die Verflechtung beider Herrschaftssysteme bedingt eine hierarchische Pyramide, die nicht nur die staatsbürgerlichen Rechte in eklatanter Weise bedroht (eine Staatsbürgerschaft, die nur partiell gilt, da nach der Maßgabe des weißen, westlichen Mannes mit fester Arbeit konstruiert, während Frauen nur in bezug auf ihre familiäre Zugehörigkeit sichtbar sind und eine Bedeutung haben), sondern auch die Demokratie selbst auf bezeichnende Weise aushöhlt (auch wenn von der Tatsache ausgegangen wird, dass diese als „schwache Demokratie" bezeichnet werden kann, da sie auf Ausschluss oder geringer Partizipation bei der Schaffung und Kontrolle der Regeln basiert, die der Hälfte der Menschheit vorstehen, der Frauen nämlich).

Bis hierher die Analyse. Aber das reicht nicht aus, es ist an der Zeit, konkrete Arbeitsfelder zu bestimmen und aufzuteilen, um so die bestehenden Machtbeziehungen zu verändern.
Das Vorhandensein einer breiten, weltweiten Oppositions- und Alternativbewegung, die, entstanden im Inneren der vom patriarchalen Liberalismus erzeugten Widersprüche, sich als gemeinsame und Zustimmung findende Alternative zum System konsolidiert hat, ermöglicht das heutzutage, denn sie erlaubt es uns, eine positive soziale Konfliktfähigkeit wieder in Bewegung zu bringen und aus dem Käfig des einzigen, die letzten zwanzig Jahre das Bewusstsein lähmenden Gedanken auszubrechen.

Der „Weltmarsch der Frauen" gegen Krieg, Gewalt und Armut steht überzeugt und einflussreich innerhalb dieses Prozesses (nicht zufällig ist er eines der vier internationalen Netzwerke, die die verschiedenen Treffen in Porto Alegre organisiert haben und das nächste in Bombay vorbereiten).
Entstanden in Quebec, aber schon 1995 in Hairou/China angedacht, hat es der „Weltmarsch der Frauen" überall in der Welt und auch in Italien verstanden, zur Triebfeder für die Erneuerung der internationalen Frauenbewegung zu werden, in der Lage, die politische Szene in bewusster und kollektiver Art wieder zu besetzen.
Zwei Entscheidungen haben die Wirksamkeit der Aktion des Marsches bestimmt:
? Zum einen das Zusammensein verschiedener Frauen, die darin übereinstimmen, wo es möglich ist, und der Initiative von einzelnen Gruppen oder Personen das überlassen, worüber es keine Einigung gibt.
? Zum anderen die Zugehörigkeit zu einer gemischten Bewegung, die sich zwar bewusst ist, dass durch die Fortdauer patriarchaler Strukturen bedingte Grenzen ihre Wirksamkeit einschränken, aber auch die Überzeugung hat, dass eine Allianz mit dem zu Veränderungen bereiten Teil der Männer, für Frauen, die die Welt verändern wollen, politisch nützlich ist.

Für 2005 hat sich der Marsch auf dem vor kurzem in Neu Delhi abgehaltenen, 4.internationalen Treffen vorgenommen, eine feministische Menschheitscharta von unten zu erstellen, was mit Demonstrationen und Initiativen, die nach und nach Länder und Kontinente einbeziehen, belebt werden soll.
In Europa ist die Marschkoordination dabei, das „Frauen-Forum" zu organisieren, also das Ereignis, das im nächsten November das Europäische Sozialforum in Paris eröffnen wird und das um die Verteidigung und die Erweiterung der Rechte von Frauen zentriert sein wird. Außerdem soll eine generelle Präsenz während des gesamten Forums garantiert werden, sowohl in den speziellen Seminaren und Workshops (nicht nur vom Marsch organisierten), als auch in den gemischten.
In Italien hat das feministische Seminar (mit einer bedeutenden und kompetenten Präsenz jüngerer Frauen, endlich!) vom letzten Mai in Florenz den Willen eines sehr großen Teils des italienischen Feminismus bestätigt, kollektiv zu bestimmten Themen zu arbeiten (Arbeit/-Rechte/ Umwelt/ Demokratie, Frieden/ Krieg, Selbstbestimmung /individuelle Freiheit …) und das Forum in Paris (ESF), nicht nur das „Frauen-Forum", als wichtigen Termin für unser gemeinsames politisches Handeln zu betrachten. Alle Materialien und Dokumente, die während des Seminars in den Plenarsitzungen oder Arbeitsgruppen verfasst wurden, finden sich unter www.womenews.net/esf2003
Alle diese Verabredungen erlauben es uns, die nächsten konkreten Aktionen, bei denen wir uns gemeinsam einbringen wollen, näher festzulegen.
Nur so können wir eine mögliche Alternative entwickeln: einen Schritt nach dem anderen in dem Bewusstsein, dass sich nur indem man „läuft, ein Weg auftut".
Übersetzung : Carola KÖHLER, Christoph WIESE
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen der Globalisierung auf die Zukunft der Senioren

Chris Phillipson

(Auszug eines Artikels von Chris Phillipson, Zentrum für Sozialgerontologie, Keele, Großbritannien)

Die bedeutendste Veränderung seit 1982 ist das Gewicht der verschiedenen transnationalen Akteure in der Umstrukturierung der sozialen (nationalen) Institutionen, die sich mit Senioren befassen.
Die Globalisierung wirkt sich auf ungleiche, vielschichtige Weise auf das Leben der alten Menschen aus. In den entwickelten Ländern ist der Umfang der Ausgaben im Rahmen der Programme zugunsten der Senioren von solchem Ausmaß, dass diese die Kürzungen als Ersten zu spüren bekommen. Hinzu kommt, dass sie die ersten Nutznießer des Wohlfahrtsstaates waren. In den Entwicklungsländern haben die Senioren (vor allem die Frauen) an der Privatisierung des Gesundheitssystems und an der Last der Schuld, die an Weltbank und IWF abgezahlt werden muss, am meisten zu leiden. Es sei hinzugefügt, dass der Globalisierungsprozess die Flüchtlinge- und Migrantenflüsse sehr beschleunigt, was ebenfalls Veränderungen hervorrufen kann, die das Leben der alten Menschen destabilisieren. Nicht zu vergessen sei, dass sie fast ein Drittel der Flüchtlinge infolge von Konflikten oder Extremsituationen darstellen. (Im Jahr 2000 waren es weltweit schätzungsweise über 53 Millionen; diese Zahl ist seitdem bestimmt noch gestiegen.)

Aber betroffen werden diese Menschen auch durch die Art und Weise, in der die internationalen Organisationen sich mit diesem Thema befassen, vor allem im Rahmen der Rentenpolitik. Die Weltbank sowie der internationale Währungsfonds waren die größten Verfechter für die Entwicklung eines politischen Klimas , das zur Einschränkung des Wohlfahrtsstaates und zur Befürwortung privater und freiwilliger Initiativen führt. Der Bericht der Weltbank von 1994 « Zur Vermeidung der Alterskrise », hat die Entwicklung zugunsten unterschiedlicher Rentensysteme beeinflusst, und vor allem zur Schaffung eines zweiten Pfeilers, eines auf privaten, festgesetzten Beiträgen und nicht auf Umverteilung basierenden Rentendeckungssystems. Die Position der Weltbank, die den Staaten eine Minimalrolle zum Erhalten der Grundpension zuschreibt, hat sowohl die nationalen Regierungen als auch die internationalen Organisationen beeinflusst. Das gilt z.B. für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) , die sich in Anlehnung an die Position der Weltbank zum Verfechter einer sehr niedrigen Altersrente macht und dem individuellen, privaten Kapitaldeckungssystem eine größere Rolle zuschreiben möchte; das gilt ebenfalls für den Aufruf de OECD zur Verschiebung des Rentenalters.

Die Debatte beschränkt sich auf die Höhe der Renten und das Alter des Rentenbeginns, schließt aber jegliche Perspektive aus, die dem Staat eine wichtigere Rolle zubilligen würde, sowie jegliche Fragestellung nach der Verlässlichkeit und den Kosten der privaten Versicherungsvorhaben. „Die Investitionen auf den Finanzmärkten sind - so die ILO – unsicher und wechselhaft“. Hinzu kommt, dass die Verwaltungskosten für die privaten Versicherungen nicht so entscheidend erscheinen, wie die meisten internationalen Organisationen es gerne behaupten.

Während der Einfluss dieser Organisationen auf die Debatte über die Renten wohl bekannt ist, ist jedoch ihr Einfluss über das umfassende Gebiet der sozialen und medizinischen Dienstleistungen, vor allem denjenigen, die die Senioren betreffen, viel weniger bekannt. In zunehmender Weise werden heutzutage die sozialen Infrastrukturen der Wohlfahrtsstaaten als vorrangige Gelegenheiten für Investoren aus der ganzen Welt betrachtet. Die Weltbank ist der Ansicht, dass die Effizienz des staatlichen Sektors bei der Erbringung von Diensten im Rahmen der neuen Infrastrukturen zu wünschen lässt und dass es Zeit wird « den Privatunternehmen die Erbringung von früher staatlich erbrachten Dienstleistungen zu übertragen. »Dieser Standpunkt wurde von einer ganzen Reihe von Multinationalen verfochten, vor allem in ihren Beziehungen zur WTO im Rahmen der GATS-Verhandlungen. Zwei Autoren (Barlo und Clarks 2001) bemerken, » dass der aktuelle Zyklus der Verhandlungen mit der GATS « alle Sozialleistungen auf den Verhandlungstisch bringt und nur der erste ist von einer langen Serie, deren Endziel die vollständige Kommerzialisierung aller Dienstleistungen ist ». Die WTO hat in der Tat ihre Mitglieder dazu aufgefordert, die Reichweite ihres Engagements in gesundheitliche und soziale Dienstleistungen neu zu überprüfen. „Die neuen , von der WTO vorgeschlagenen Kriterien gefährden einige der wesentlichen Mechanismen, die es den Regierungen erlauben, ihren Bevölkerungen eine gesundheitliche Versorgung zu garantieren, insofern jene den Beweis erbringen müssen, dass die Fortführung ihrer Sozialpolitik weniger Einschränkungen und weniger Kosten für den Handel auferlegt“ (Pollock und Price, The Lancet 2000)

Während der neue globale Diskurs die Wohlfahrtsstaaten in den entwickelten Ländern umstrukturiert, hat er schon seine noch viel dramatischeren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer gezeigt. Dort leben die meisten alten Menschen (61 %, d.h. 355 Millionen). Dieser Prozentsatz wird bis 2025 auf fast 70 % steigen. Für viele dieser Länder hat das Altern ihrer Bevölkerung eine Reduzierung des Pro-Kopf-Einkommens und eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse mit sich gezogen. Zwischen 1950 und 1970 ist die Lebenserwartung in allen Entwicklungsländern um 10%, also etwa 15 Jahre angestiegen. (Epstein, Time of Indifference). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Lebenserwartung in mehr als 10 Entwicklungsländern unter der Schwelle der 50 Jahre geblieben und ist seit 1970 entweder gesunken oder ist in zahlreichen afrikanischen Ländern kaum angestiegen.(WHO 2000). Aids spielt hierin sicherlich eine ausschlaggebende Rolle, aber die Auflagen bei Entwicklungskrediten, wonach die Gesundheits-

versorgung zu privatisieren sei, haben auch verheerende Auswirkungen gehabt.

Help Age International hat 2000 hervorgehoben, dass « die Armut der alten Menschen nicht im Mittelpunkt der sozialen, wirtschaftlichen und ethischen Debatten unserer Zeit stehe. Ihr Recht auf Entwicklung wird systematisch verneint. Armut und sozialer Ausschluss bleiben weltweit Haupthindernisse zu der Verwirklichung der Menschenrechte der Senioren
Auch die Ungleichheit in der globalen Umverteilung der Reichtümer wirkt sich in verschiedener Weise auf die alten Menschen aus. Die Ungleichheit innerhalb oder zwischen Ländern und Regionen erhöht das Risiko der Armut, sie zerstört auch soziale Bindungen, insofern die Jüngeren die ländlichen Zonen zugunsten der Städte verlassen, oder gar noch weiter in reichere Regionen oder Länder auszuwandern versuchen. « Es ist bemerkenswert, wie wenig die Weltbank, der IWF oder andere internationale Organisationen sich über dieses Trend (andauernde Steigerung des Einkommensgefälles zwischen Reichen und Armen) Gedanken machen. Im Bericht der Weltbank von 2000 zur Entwicklung wird sogar behauptet, dass die steigende Ungleichheit der Einkünfte nicht als negativ angesehen werden sollte. Diese Organisationen dürfen kaum als "international" bezeichnet werden. Zwar werden dort fast alle Länder der Welt vertreten, aber die jeweiligen Länder ziehen in erster Linie ihre eigenen Interessen in Betracht und nicht die der gesamten Welt (Wade, « Gewinner und Verlierer », The Economist, April 2001).

Dieses Argument erregt starken Zweifel an der Fähigkeit der internationalen Institute, auf die Bedürfnisse der Senioren adäquate Antworten zu geben. Der den Globalisierungsprozess strukturierende neoliberale Konsens hat von vornherein viele soziale und wirtschaftliche Probleme der älteren und ältesten Menschen offensichtlich nicht behandelt. Der von den vorherrschenden Organisationen - so z.B. IWF und Weltbank - praktizierte Neoliberalismus hat meist die Schwierigkeiten dieser Menschen verschärft, z.B. durch den zugunsten einer Privatisierung der grundwichtigsten öffentlichen Dienste, Umstrukturierung des wirtschaftlichen Systems und Reduzierung des Altersrenten ausgeübten Druck.

Übersetzung: Anna Crames-Magdwick
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org
Kontakt für diesen Artikel Omc.marseille@attac.org .

ATTAC Österreich: Zukunft der Pensionen

Gegen die Privatisierung sozialer Risiken
Die Pensionen haben auf den Finanzmärkten nichts zu suchen
Für die Stärkung des Generationenvertrags durch Vollbeschäftigung anstatt aufgeblähter Finanzmärkte
Stürmische Zeiten stehen dem Wohlfahrtsstaat bevor. Allerorts blasen neoliberale Politiker zur Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme. EU, OECD und Weltbank drängen trotz zunehmenden Reichtums und Wirtschaftswachstums auf eine Beschränkung der öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherheit. Durch die Versicherung jedes einzelnen auf dem freien Markt soll die Abgabenquote gesenkt und der Generationenvertrag aufgelöst werden.
Das öffentliche Pensionssystem wird in den Medien zu Unrecht als nicht mehr finanzierbar dargestellt. Ein gigantischer Werbefeldzug der privaten Versicherungswirtschaft versucht die individuelle Vorsorge als bessere "Alternative" zu verkaufen. Bei genauerem Hinsehen ist das kapitalgedeckte System jedoch in jeder/vieler Hinsicht unterlegen, vor allem ist es riskanter und teurer.

Der vollständige Text ist zu lesen unter:
http://www.attac-austria.org/infos/pensionen.php

Inhalt

A) Langfristige Finanzierbarkeit des Umlageverfahrens
B) Renditechancen und Risken des Kapitaldeckungsverfahrens
C) Finanzierung des Kapitaldeckungsverfahrens
D) Volkswirtschaftliche Auswirkungen
E) Soziale Problematik des Kapitaldeckungsverfahrens
F) Wer sind die Gewinner des Kapitaldeckungsverfahrens?
G) Sinn und Unsinn einer Ergänzung des ULV durch das KDV
H) Internationale und historische Erfahrungen mit dem KDV
I) Schlussfolgerungen
J) Forderungen von ATTAC Österreich

Abb. 1) Langfristige Entwicklung der Pensionslastquote 1970 - 2030
Abb. 2) Entwicklung des mittleren Beitragsatzes zur Pensionsversicherung

Anhang 1) Grüne und Ethik-Fonds?
Anhang 2) Problem des Wirtschaftswachstums aus ökologischer Sicht

Gute oder schlechte Pensionskassen: Die falsche Diskussion

Bernard Bovay

Erste Vorschläge für eine Volkspension

In der Schweiz steckt das vor rund zwanzig Jahren eingeführte System der Altersvorsorge auf der Grundlage des Kapitaldeckungsverfahrens, die sogenannten zweite Säule (Pensionskassen), in einer tiefen Krise. Die hohen Gewinne, welche die privaten Versicherungskonzerne mit dem Altersguthaben der Lohnabhängigen in der fetten Börsenjahren erzielt haben, sind verschwunden. Nun sollen die geringeren Erträge auf den Finanzmärkten nicht mehr zur Finanzierung der Renten der 2. Säule ausreichen. Die Regierung verkündete im Sommer 2002 unter dem Druck der Versicherer die Senkung des Mindestzinssatzes auf Altersguthaben von 4 auf 3%. Dies bedeutet, dass das individuell akkumulierte Kapital bedeutend niedrigere Renten auslöst. Nachdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund sogleich "Verständnis" für die Versicherungskonzerne signalisiert hatte und auf eine echte Mobilisierung der Lohnabhängigen verzichtete, beschloss der Bundesrat im Herbst 2002 die Senkung des Mindestzinssatzes auf 3,25%. Im Rahmen von dringlichen Massnahmen zur Sanierung der Pensionskassen und in Zusammenhang mit der ersten Revision des Gesetz zur beruflichen Vorsorge BVG sind zudem weitere Angriffe auf die Renten geplant. Insbesondere könnte bereits ab Januar 2004 ein Mindestzinssatz von nur 2% gelten, der später ganz abgeschafft werden soll. Während nun für den Herbst eine Mobilisierung mit einer grossen Demonstration am 20. September 2003 geplant ist, versucht dieser Artikel von September 2002 eine grundlegende Alternative zum aktuellen, ungenügenden und ungerechten System der Altersvorsorge aufzuzeigen.

Die Senkung des Mindestzinssatzes auf Altersguthaben wird mit dem Fall der Aktienkurse auf allen Finanzplätzen der OECD-Länder gerechtfertigt. So lag der Swiss Performance Index (SPI), der 280 Wertpapiere berücksichtigt, Ende 1999 bei 5022,86 Punkten, Ende 2000 bei 5621,13 Punkten, Ende 2001 bei 4382,94 Punkten, Ende Juni 2002 bei 4146,93 Punkten und Ende Juli 2002 bei 3623,48 Punkten (1). Seitdem schwankt er um diese Werte, in letzter Zeit mit fallender Tendenz. Seit Ende 2000 sind die Aktienkurse ungefähr um 35% gefallen. Im Allgemeinen – das heisst abgesehen von Werbeanzeigen von Vermögensverwaltern – ist es äusserst selten, Leistungen zu erreichen, die über mehrere Jahre hinweg die Werte des Index überschreiten. Dagegen ist es weitaus einfacher, schlechtere Ergebnisse zu erzielen. Diese Feststellung beweist, dass ein Rentensystem, das auf Kapitalisierung – mit einem beträchtlichen Anteil in Form von Aktien – basiert, von Natur aus unbeständig ist. Es kann daher keinesfalls die Sicherheit garantieren, die ein System besitzen muss, welches einen Lohnersatz (in Form einer Rente) für nicht mehr erwerbstätige Lohnabhängige leisten muss (zu den Themen Soziallohn, Kapitaldeckungsverfahren und Umlageverfahren siehe den Artikel "Le salaire social et les retraites" auf der Webseite www.alencontre.org).

Risse in den Kassen…

Die Versicherer – von der Rentenanstalt bis zu Winterthur – waren Ziel aller Kritiken der Gewerkschaften. An Gründen fehlt es dazu nicht. Wir werden in unserem nächsten Beitrag darauf zurückkommen. Allerdings hat ein solches Vorgehen – das eine sofortige und verständliche Beachtung finden kann – die Funktion (oder Wirkung), von den reellen Schwächen und grundlegenden Probleme der zweiten Säule und des Kapitaldeckungsverfahrens abzulenken.

Die Vermögenslage zahlreicher Pensionskassen verschlechtert sich in einem Rhythmus und in einem Zeitraum, die vom Management der Kassen und den Analysten, an denen sie sich orientieren, genauso wenig vorausgesehen wurden wie die Wende auf den Finanzmärkten. Diese Kassen stellen das wichtigste Segment der zweiten Säule dar: ungefähr 5/6 des Kapitals der beruflichen Vorsorge werden durch diese Kassen verwaltet, während nur 1/6 des Kapitals bei den Versicherungen liegt. Was die Anzahl der Versicherten betrifft, so ist die Verteilung die folgende: 1/3 haben ihre zweite Säule bei Versicherungen, der Rest bei den Pensionskassen.

Die Situation muss nüchtern betrachtet werden. Es reicht nicht zu sagen: "Die Versicherer sind Diebe" oder "Sie malen den Teufel an die Wand". Auch ist es unsinnig zu denken, dass die Pensionskassen von den Schwierigkeiten des Kapitaldeckungsverfahrens nicht betroffen sind, da sie nicht profitorientiert sind. Im Übrigen stecken alle Rentensysteme mit Kapitaldeckungsverfahren – in unterschiedlichen Formen – in einer tiefen Krise, z.B. in den USA oder in Grossbritannien.

In der Schweiz werden Woche für Woche neue Daten über die relative Schwäche der Pensionskassen veröffentlicht. Eine umfassendere Studie von Complementa Investment-Controlling, in der 353 Kassen untersucht werden, die ungefähr 50% des akkumulierten Kapitals verwalten, kam zum Schluss, dass "nur 30% der Kassen ausreichende Reserven haben" (2).

Die Pensionskassen sind in der Regel fähig, ein oder zwei Jahre mit schwachen oder sogar negativen Erträgen auszuhalten. Tatsächlich verfügten sie über Fluktuationsreserven, um diese Art von Schwankungen – die sie bereits im Verlauf begrenzter Perioden, 1993-1994 und 1997-1998, erlebten – zu überbrücken. Aber angesichts eines schleichenden Börsenkrachs – und des Zusammenbruchs gewisser als sicher geltenden Werte wie ABB, Credit Suisse – zeigt sich, dass diese Reserven nach den geltenden Regeln nicht genügen. Denn der Deckungsgrad muss (mit Ausnahme begrenzter Perioden) 100% betragen. Daraus folgt, dass eine Pensionskasse über ein Vermögen verfügen muss, das der Summe der Freizügigkeitsleistungen der Erwerbstätigen und der Renten entspricht, die sie den Pensionierten auf der Basis einer mittleren Lebenserwartung (einfacher: solange sie leben) auszahlen muss.

Diese Verschlechterung der Situation bei den Kassen wird – ausser im Fall eines Krachs wie 1929 – nicht zu einem Zusammenbruch führen, der das Verschwinden des Systems

mit sich bringen würde. Ausserdem werden die Personen, die zur Zeit Rente beziehen, keine Rentenkürzungen erleben, unabhängig von den vorgesehenen Veränderungen. Auf Grund der sehr geringen Inflationsrate wird die Kaufkraft dieser Renten nicht wesentlich abnehmen; auch wenn für einen Teil der Rentner, die über ein "enges Budget" verfügen, ein geringer Verlust an Kaufkraft im Alltag deutlich spürbar ist.
Wenn sich die Situation dauerhaft verschlechtert, werden die zwei möglichen Anpassungsmassnahmen auf dem Rücken der Lohnabhängigen durchgesetzt werden, auch wenn ihre Auswirkungen nicht sofort spürbar sein werden. Die erste Massnahme betrifft die Verzinsung des Altersguthabens: die Senkung des Mindestzinssatzes von 4% auf 3,25%. Die zweite Massname betrifft den Umwandlungssatz, der den Betrag der Rente auf der Grundlage des akkumulierten Kapitals bestimmt; dieser könnte stärker gesenkt werden, als es die steigende Lebenserwartung erfordern würde. Der Nationalrat sieht vor, von 7,2% auf 6,8% überzugehen. Die beiden Räte werden über den schliesslich in der Revision aufgenommen Umwandlungssatz befinden.
"Zusätzliche" Massnahmen können eingeleitet werden. Zunächst kann für ein Viertel der Versicherten, die noch vom System des Leistungsprimats profitieren, dieses System abgeschafft und durch das Beitragsprimat ersetzt werden. Zudem wird die Erhöhung des Rentenalters für Frauen (auf 65 Jahre) bereits umgesetzt, und für Männer und Frauen (auf 67 Jahre) in Betracht gezogen. Schliesslich besteht eine letzte Massnahme in der Erhöhung der Beiträge ohne zusätzliche Leistungen, was bereits von der Rentenanstalt und von Winterthur angewandt wird.
Diese Elemente bestärken – unabhängig von der unterschiedliche Situationen der verschiedenen Pensionskassen – eine Orientierung, die nicht nur die Versicherer denunziert oder transparente Bilanzen fordert. Sicherlich deuten die verfügbaren Zahlen darauf hin, dass die Versicherer während der Börsenhausse ihre Margen erhöht und den Arbeitgebern einige Rückzahlungen gewährt haben. Mit oder ohne Transparenz zeigt sich aber bei immer mehr Kassen, wie fragil das System ist und dass ein beträchtlicher Teil des Soziallohns auf Grund des Kapitaldeckungsverfahrens abgeschöpft wird.

Volkspension: Einige Grundsätze

Die Frage, die sich mittelfristig stellt, ist die Frage des Ausstiegs aus dem System der drei Säulen, das im Wesentlichen (für die zweite und dritte Säule) auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruht. Für eine öffentliche Diskussion – die oft durch die technischen Aspekte und vor allem durch konvergente Interessen diverser "Akteure" (Versicherungen, Banken, Verwalter von Pensionskassen) verhindert wird – müssen zunächst einmal die Schwerpunkte eines Systems aufgezeigt werden, dass ausschliesslich auf dem Umlageverfahren beruht.
Die Schweizerische Bevölkerung ist relativ vertraut mit dem System der AHV/IV (Alters- und Hinterlassenenversicherung und Invalidenversicherung), das auf dem Umlageverfahren basiert. Ausserdem sind einige seiner Mechanismen besonders geeignet für die Ausweitung auf ein umfassenderes System. Aus diesem Grunde stützen wir uns auf einige derzeit für die AHV geltenden Mechanismen, auch wenn es wesentliche Unterschiede gibt zwischen einem minimalen (AHV/IV, erste Säule) und einem umfassenden System (Volkspension), das die Gesamtheit der Einkommensbedürfnisse der RentnerInnen abdeckt.
Um die Problematik besser darstellen zu können, werden wir uns hier ausschliesslich auf die Komponente "Alter" beschränken, welche quantitativ die wichtigste ist. Die anderen Komponenten (insbesondere die Invalidität) müssen auf diese jedoch abgestimmt sein.

Die Ziele und Regeln der Volkspension können folgendermassen formuliert werden:
1. Die Höhe der minimalen monatlichen Volkspension-Rente sollte dem Betrag der maximalen AHV-Rente entsprechen, derzeit 2060 Franken pro Monat für eine alleinstehende Person. Ein solcher Betrag wäre auf der Grundlage der zu einem bestimmten Zeitpunkt geltenden Löhne und des Anteils der betroffenen Lohnabhängigen zu diskutieren.
2. Um die Solidarität zu gewährleisten und den Bedürfnissen der Pensionierten zu entsprechen, sollte das Verhältnis zwischen Minimalrente und Maximalrente eins zu drei sein, d.h. 6180 Franken für eine maximale Rente. Zur Zeit beträgt dieses Verhältnis bei der AHV eins zu zwei.
Das Verhältnis von eins zu drei lässt sich folgendermassen rechtfertigen. Zunächst muss die Volkspension die Sicherheit aller Pensionierten garantieren. Der Begriff der Sicherheit bezieht sich nicht auf eine minimale Norm, sondern auf das Recht, im Alter den während der Erwerbstätigkeit aufgebauten Lebensstil weiterzuführen und diesen zu verbessern, falls man in prekären Verhältnissen leben musste. Zweitens muss ein starker Faktor der Solidarität eingebaut werden. Sehr hohe Löhne leisten prozentuale Beiträge, erhalten aber nur die maximale Rente. In Zusammenhang mit der Volkspension ist zu berücksichtigen, dass die zweite und dritte Säule und insbesondere die individuelle, steuerbegünstigte 3a-Säule abgeschafft würden.
3. Für EhepartnerInnen (die Definition von Partnerschaft müsste an die gesellschaftliche Entwicklung angepasst werden) ergibt sich die Höhe der Rente aus der Summe von zwei Löhnen, geteilt durch 1,5. Im Ruhestand erhält das Paar eine Rente, die 1,5 mal so hoch ist wie die Rente einer alleinstehenden Person. An Hand eines Beispiels lässt sich der Sinn dies Vorschlags erläutern, wobei vom Einkommen auszugehen ist, um die Höhe der Rente zu bestimmen. Denken wir an ein Paar, von dem einE PartnerIn 5500 und der/die andere 3500 Franken verdient. Zusammen verdienen sie also 9000 Franken. Dann nehmen wir eine alleinstehende Person, die allein 6000 Franken verdient (d.h. auf der Basis vorliegender Untersuchungen 9000 Franken geteilt durch 1,5). Es ist also anzunehmen, dass diese drei Personen über den gleichen Lebensstandard verfügen. Diese Gleichstellung gilt es, auch im Ruhestand beizubehalten. Gehen wir davon aus, dass sich aus diesen 6000 Franken ein Rentenanspruch von 4800 Franken für die Einzelperson ergibt. Dann wird das Paar 1,5 mal 4800 Franken – also 7200 Franken – erhalten. So lässt sich der annähernd gleiche Lebensstandard erhalten. Diese Gleichwertigkeit ist selbst dann gegeben, wenn eine der PartnerInnen stirbt: die/der überlebende PartnerIn wird über eine Rente von 4800 Franken verfügen.
Wenn das Paar oder die Einzelperson Kinder haben, so müssten Familienzulagen einen signifikanten Teil der Kosten abdecken.
Die zehnte AHV-Revision hat das Prinzip des Splittings eingeführt, d.h. dass die Lohnsumme durch zwei (statt durch 1,5 wie hier) geteilt wird, um die Höhe der Rente zu

bestimmen. Zudem ist die Summe der Renten auf das Anderthalbfache der maximalen Rente begrenzt. Dies hat zu Verzerrungen geführt. Um hier korrigierend einzugreifen, wurde bei dieser Revision gleichzeitig ein "Erziehungsbonus" eingeführt. Für Kinder sollte eine finanzielle Unterstützung jedoch gewährleistet werden sollte, solange sie eine Belastung sind, und nicht erst beim Eintritt in den Ruhestand.

4. Die Finanzierung der Volkspension stützt sich im Wesentlichen auf die Beiträge aus Arbeitseinkommen. Wie bei der AHV muss das System die ganze Bevölkerung abdecken, also auch jene Personen, die während der Lebensphase, die normalerweise als Erwerbstätigkeit gilt, keine bezahlte Arbeit ausüben. Die Erwerbslosen sind Teil der Lohnabhängigen und entrichten Beiträge an die Altersvorsorge. Für den Fall, dass bei einem Paar nur einE PartnerIn ein Arbeitseinkommen bezieht, ergibt sich die Lösung aus der generellen Teilung der Einkommen durch den Faktor 1,5. Darüber hinaus wird ein Beitrag von Seiten der öffentlichen Hand beibehalten, doch bleibt die Mehrwertsteuer als Quelle der Finanzierung ausgeschlossen.

Elemente für einen Systemwechsel

Theoretisch ist man sich darüber einig, dass der Übergang von System der Kapitaldeckungsverfahrens zum System des Umlageverfahrens einfacher ist als in umgekehrter Richtung. Ein solcher Wechsel ist in einigen europäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogen worden. Doch zu jener Zeit war das Kapitaldeckungsverfahren, wie die Ökonomie im Allgemeinen, bankrott. Infolgedessen gingen die erworbenen Rechte ganz oder nahezu vollständig verloren.

Die Situation in der Schweiz ist heute eine ganz andere. Trotz der Risse in der zweiten Säule behält diese eine beträchtliche wirtschaftliche, institutionelle und politische Bedeutung. Doch aus dem Blickwinkel der Lohnabhängigen ist die entscheidende Frage, welche Rechte sie diesem System gegenüber haben: Sie haben Beiträge eingezahlt, ein Altersguthaben angespart, und – zumindest bisher – die Möglichkeit erworben, das Kapital zum Kauf eines Hauses im Herkunftsland zu nutzen....

Daher ist es unabdingbar, eine Übergangsphase vorzusehen und diese grob zu skizzieren. Die Übergangsphase meint die Periode, während der gleichzeitig eine Volkspension und die BVG-Renten bestehen werden.

Zunächst einmal muss der folgende Grundsatz festgehalten werden: Während dieser Übergangsphase muss die Volkspension ohne Berücksichtigung der BVG-Gelder über genügend finanzielle Mittel verfügen. In den ersten Jahren – d.h. in einer Anpassungsphase von fünf Jahren – müssen für Personen, deren Beiträge (Volkspension anstelle von AHV und BVG) sich sehr stark erhöhen, spezielle Lösungen eingerichtet werden. Die Erhöhung ist auf mehrere Jahre zu verteilen. Denn für Menschen, die lediglich AHV-Beiträge oder nur geringe BVG-Beträge einzahlen, werden die Beiträge an die Volkspension bedeutend höher sein, mindestens doppelt so hoch wie bisher. Dies kann nicht von einem Tag auf den anderen geändert werden, ausser die niedrigen Löhne werden generell massiv erhöht oder man nimmt eine brutale Kürzung der Nettolöhne (nach Abzug der Beitragszahlungen) in Kauf.

Weiter ist es äusserst wichtig aufzuzeigen, wie während einer längeren Zeit – mehreren Jahrzehnten – das System der Volkspension und die aus dem BVG-System entstandenen Rechte gleichzeitig nebeneinander bestehen können. Zur Illustration dieses Problems nehmen wir folgendes Beispiel. Zwei RentnerInnen haben denselben Lohn bezogen. Sie erhalten im gegenwärtigen System eine monatliche AHV-Rente von 1800 Franken. Hingegen gibt es grosse Unterschiede bezüglich Pensionskasse: Die erste versicherte Person erhält eine monatliche BVG-Rente von 800 Franken (also insgesamt 2600 Franken), die zweite eine BVG-Rente von 1200 Franken (also insgesamt 3000 Franken). Hätte das System der Volkspension zu Beginn ihrer Erwerbstätigkeit bestanden, so hätten beide im Ruhestand ein Recht auf eine Rente von 3400 Franken (diese Zahl bezieht sich auf den Lohn, der zu einer AHV-Rente von 1800 Franken berechtigt).

Auf dieser Grundlage können zwei exemplarische Grenzfälle der Kombination von Volkspension und BVG-Rente während der Übergangsphase definiert werden.

1. Die beiden pensionierten Personen erhalten eine Rente von insgesamt 3400 Franken. Der erste erhält 2600 Franken Volkspension und 800 Franken BVG-Rente. D.h. die Pensionskasse überweist diese 800 Franken für eine bestimmte Dauer, bis sich ihr Kapital so sehr verringert hat, dass es vernünftiger ist, die Restdifferenz und die daraus resultierenden Ansprüche in die Volkspension zu integrieren. Die zweite Person erhält ebenfalls 3400 Franken, davon 2200 Volkspension und 1200 BVG-Rente.

In diesem Musterbeispiel ist die bezogene Rente höher als die Summe der früheren AHV- und BVG-Renten, berücksichtigt jedoch die unterschiedlichen BVG-Ansprüche (800 für die eine Person, 1200 für die zweite) nicht. Diese Lösung ist ungerecht, denn sie missachtet erworbene Rechte.

Zudem würden die in der BVG angesparten Beiträge nahezu vollständig in die Volkspension übergehen, was nicht bezweckt wird, denn dann würde die Volkspension einen unverhältnismässigen Anteil des akkumulierten BVG-Kapitals (Kapitalisierung) übernehmen. Denn die Beiträge an die Volkspension sind so berechnet, dass alle Versicherten 3400 Franken Rente erhalten. Jedoch wird von der Volkspension (auf Grund der zusätzlichen BVG-Rente) lediglich 2600 bzw. 2200 Franken ausbezahlt. Daher bleibt ein Rest von 800 Franken und von 1200 Franken in der Kasse der Volkspension, der nicht zurückerstattet wird. Diese Restbeträge häufen sich an von Monat zu Monat an.

2. Im zweiten Musterbeispiel erhalten die beiden Personen von der Volkspension eine volle Rente (3400 Franken) und darüber hinaus die anteilsmässige BVG-Rente (800 und 1200 Franken), was für die erste Person eine Gesamtrente von 4200 und für die zweite von 4600 Franken ergibt. Damit werden die Vermögenswerte der Pensionskassen rasch reduziert, ohne dass sie – wie im oben angeführten Fall – indirekt auf das neue System der Volkspension übertragen würden. Auf der Seite der RentnerInnen, die beide Systeme voll ausschöpfen, ergibt sich eine nicht zu rechtfertigende Erhöhung der Rente.

Daher muss eine Zwischenlösung gefunden werden, die zwischen diesen beiden Grenzfällen liegt. Ein Beispiel soll den roten Faden der Argumentation sichtbar machen. Greifen wird die dargelegten Fakten noch einmal auf, fügen jedoch für jedeN der beiden Pensionierten zwei Variablen für die Renten ein. Die erste pensionierte Person würde eine Gesamtrente von 3700 oder 3900 Franken erhalten. Von diesen beiden Summen wären 2900 Franken (3700 weniger 800, die durch das BVG-System bezahlt würden) oder 3100 (3900 - 800) von der Volkspension garantiert. Ein Anteil von 500 Franken (d.h. 3400 Franken, die den Beiträgen an die Volkspension entsprechen, minus 2900) oder 300 Franken (d.h. 3400

weniger 3100) würden während dieser Übergangsphase von der Volkspension akkumuliert, d.h. nicht verteilt. Für die zweite pensionierte Personen würde die ausbezahlte Gesamtrente 3900 oder 4100 Franken betragen, d.h. 2700 oder 2900 gingen zu Lasten der Volkspension und ein Anteil von 700 Franken (also 3400, entsprechend den Beitragen an die Volkspension, weniger 2700 Franken) oder 500 Franken (also 3400 minus 2900) würde während der Übergangsphase von der Volkspensionskasse akkumuliert.
Die Berechnung der beiden möglichen Renten soll die Notwendigkeit betonen, in dieser langen Übergangsphase einen Ausgleich herzustellen zwischen einer bestimmten Höhe der Rente und dem teilweisen, progressiven und indirekten Transfer des Kapitals der zweiten Säule auf die Volkspension. Diese grobe Skizze müsste verfeinert werden. Noch nicht angeschnittene Fragen wären aufzugreifen: die Gleichwertigkeit von bezogenen Geldern aus der zweiten Säule – beispielsweise zur Förderung von Wohneigentum – und der Anteil aus der dritten Säule, welche die für die Lohnabhängigen festgesetzten Grenzen übersteigt.
Schliesslich wäre es nötig, eine Bilanz der gegenwärtigen Situation der zweiten Säule zu erstellen.

1. La Vie économique, 2000 - 2002, und Finanz und Wirtschaft, 14. September 2002
2. L'Agefi, 10. September 2002

Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Renten : Achtung, Ablenkungsmanöver!

Von Jean Marie Harribey

Aus: Grain de sable 428, 13.6.2003

Die intellektuelle Debatte über die Rentenfrage wird umso angespannter geführt, je stärker die soziale Auseinandersetzung die tieferliegenden Mechanismen zum Vorschein bringt. Der Artikel von Elie Cohen („Für eine nachhaltige Rente" , Libération, 26.Mai 2003), ist in verschiedener Hinsicht raffiniert : es wird eine Vielzahl von Themen behandelt, die die Gegner der Fillon-Reform anschneiden; desweiteren werden einige Punkte aufgegriffen, die richtig sind und gegen die niemand etwas einzuwenden hat, wobei gleichzeitig behauptet wird, dass die Gegner der Fillon-Reform diese leugnen würden. Der Artikel wirft den Gegnern also vor, genau das nicht zu sagen, was sie doch eigentlich behaupten. Und schließlich werden Unwahrheiten dargestellt, die – nach Meinung des Autors – wiederum auf die Kritiker zurückzuführen seien. Das heißt, den Gegnern wird also vice versa angelastet, jene Dinge zu behaupten, die sie eben nicht sagen.

Das Hauptargument Cohens ist nicht neu: seitdem die soziale Bewegung die Diskussion darauf gelenkt hat, dass die Finanzierung der Renten eine Frage der Verteilung der Wertschöpfung ist, wurde dieses Argument immer wieder angeführt. Unser Autor erregt sich über René Passet, der diese These seinerseits – in einem früheren Artikel – zum wiederholten Male entwickelt hat („Renten; Rettung oder räuberische Erpressung?", Libération, 21. Mai 2003). Wie lautet das Argument? Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die die wichtigste Basis für ein Wachstum der Wertschöpfung darstellt, nützt nichts, um unser demographisches Altersproblem zu lösen! Wenn das stimmt, fragt man sich unweigerlich, warum E. Cohen über die Frage eines Wachstums von 2,1% pro Jahr einen Streit mit R. Passet provoziert. Zweifellos ist es vernünftiger, der Hypothese der Rentenkommission (Conseil d'orientation des retraites) zu folgen und mit einem bescheideneren Wachstum von 1,5% statt 2 % zu rechnen. Aber der Logik Cohens folgend, ist dies nicht der entscheidende Punkt, denn wenn der Prozentsatz unabhängig von seiner Höhe ohnehin keine Bedeutung hat, ist es auch überflüssig darüber zu reden.

Hingegen sollte sehr wohl darüber diskutiert werden, ob unsere Annahme, eine zukünftige Erhöhung der Produktivität könne die Finanzierung der Renten sichern, einer Überprüfung standhält oder ob im Gegenteil die Zunahme der Produktivität als „neutral" zu bewerten ist, wie heute viele der Fillon-Reform nahe stehende Experten meinen. So behauptet etwa Cohen kategorisch, dass „der Gewinn (an Produktivität) verschwindet, wenn die Rente an das Durchschnittseinkommen gekoppelt wird". Eine Lösung dieses Dilemmas ist alles andere als einfach, denn sie setzt voraus, dass die impliziten Hypothesen, die die liberalen Wirtschaftler dazu verleiten, ihre Idee der „Neutralität" zu vertreten, von allen Seiten beleuchtet werden.

Der prozentuale Anstieg der nicht arbeitenden Bevölkerung im Vergleich zur berufstätigen bewirkt zwangsläufig eine interne Umverteilung des Lohn- und Gehaltsaufkommens, und zwar zwischen dem Einkommen, das der arbeitenden Bevölkerung ausgezahlt wird und den Renten, vollkommen unabhängig vom Produktivitätszuwachs. Aber bei einer gleichbleibenden Verteilung der Wertschöpfung zwischen Lohn- und Gehaltsaufkommen einerseits und Profit andererseits (zum Beispiel 60% zu 40%), führt diese interne Veränderung innerhalb des Lohn- und Gehaltsaufkommens nur dann zu einer absoluten Einschränkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer und Rentner, wenn der Produktivitätszuwachs nicht ausreicht, um den Anstieg der wirtschaftlichen Abhängigkeit der nicht arbeitenden Bevölkerung von der berufstätigen auszugleichen.
Wenn also das Wachstum durchschnittlich bei 1,75% pro Jahr läge, würde sich die Produktion in 40 Jahren verdoppeln. Die Arbeitnehmer und Rentner kämen somit zwar nicht in den Genuss einer individuellen Steigerung um 100% , aber dennoch um ungefähr 75%, wenn der Anteil des Lohn- und Gehaltsaufkommens an der Wertschöpfung in dieser Zeit konstant bliebe. Im äußersten Falle, dass das durchschnittliche Wachstum in einem Zeitraum von 40 Jahren nur 1% betrüge, was zu einer Gewinnsteigerung von ungefähr 50% führen würde, stiegen die durchschnittlichen Einkommen und Renten trotzdem um 31%, wenn der Anteil des Lohn- und Gehaltsaufkommens an der Wertschöpfung wiederum konstant bliebe.
Ohne große Anstrengung lässt sich jene Verbesserung des Lebensstandards erahnen, die für den größten Teil der Bevölkerung möglich wäre, würde sich innerhalb der Verteilung der Wertschöpfung zwischen Lohn- und

Gehaltsaufkommen einerseits und Profit andererseits ein Richtungswechsel zugunsten des Lohnaufkommens vollziehen.
Daraus muss folgender Schluss gezogen werden: die liberale Behauptung der Neutralität des Produktivitätszuwachses ist ein geschicktes Manöver. Sie zielt darauf ab, den Anschein einer absoluten Neutralität des Produktivitätszuwachses zu erwecken. Dies gilt sowohl für den Anteil, der dem Lohn- und Gehaltsaufkommen zugebilligt wird, als auch für die Summe, die der Finanzierung der sozialen Sicherung zufällt. De facto kann jedoch nur im Bereich der internen Verteilung des Lohn- und Gehaltsaufkommens von einer relativen Neutralität gesprochen werden, und selbst dies erst nach der Festsetzung der Höhe dieses Aufkommens.

Warum also beharren Regierung, Unternehmer und deren Wirtschaftsexperten so sehr auf der Ansicht, es sei notwendig, die Dauer der Beitragszahlungen zu erhöhen, was doch als Hauptkonsequenz zu einer Senkung der Rentenhöhe führen würde? - Weil sie die politische Entscheidung getroffen haben, den größten Teil des zukünftigen Produktivitätswachstums zugunsten der Kapitaleigentümer zu abzuschöpfen. Somit gäbe es tatsächlich keine „mögliche Alternative“ für die Renten, da gleichbleibend viele Arbeitnehmer und immer mehr Rentner sich eine Lohn- und Gehaltsmasse teilen müssten, deren Umfang entweder konstant bleibt, oder bestenfalls langsamer wächst als die gesamte Wertschöpfung. Der liberale Trick besteht darin, den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital in einen Generationenkonflikt umzuwandeln.

Welcher Grundsatz liegt den Vorschlägen aus der sozialen Bewegung zugrunde? Die Minimalforderung lautet, dass die Lohn- und Gehaltsmasse proportional zur Produktivität steigen sollte. Als Folge davon würde sich der Anteil der Lohn- und Gehaltsmasse an der Wertschöpfung stabilisieren, wohingegen dieser Anteil in den letzten zwanzig Jahren um zehn Prozentpunkte gefallen ist. Ein ehrgeizigeres Ziel sähe eine Umkehrung dieser Tendenz vor, indem entweder die Löhne etwas schneller als die Produktivität anwachsen oder die Höhe der Arbeitgeberbeiträge steigen würden. Als dritte Möglichkeit käme die Ausdehnung der Grundlage der Beitragszahlungen auf jegliche Wertschöpfung in Betracht. Obgleich sie sich in ihrer Anwendung unterscheiden, ist all diesen Vorgehensweisen gemein, dass sie dem Profit ein wenig Härte auferlegen; im Sinne des Sprichworts: ‚einmal ist keinmal’. Die Rentenkommission (Conseil d’orientation des retraites) hat die erforderliche jährliche Beitragserhöhung während der nächsten vierzig Jahre auf 0,375 Prozentpunkte pro Jahr geschätzt, was selbst für den Fall, dass das Wachstum der Wertschöpfung bescheiden wäre, leicht realisierbar erscheint.

Die Erregung von Cohen gegen die Besteuerung der Profite beruht auf einer gravierenden Fehleinschätzung. Er prangert diesen Vorschlag an und nennt als Beweggrund, dass die Basis zu schmal sei, um eine hinreichende Finanzierung gewährleisten zu können: nur ein Gegenwert von mindestens 1% des Bruttoinlandsprodukts mache eine solche Basis funktionsfähig .
Nun, im Jahre 2000 betrug der Bruttoüberschuss der Betriebe (einschließlich des gemischten Einkommens der Selbständigen) insgesamt 33,6% des Bruttoinlandsprodukts, die Kapitalbildung betrug brutto 20,5 %, davon 14% Abschreibungen. Wenn man also von den Finanzunternehmen absieht, betrug der Bruttoüberschuss der Betriebe 32,6% des Bruttoinlandsprodukts und die Kapitalbildung 19,3%, davon 14,7% Abschreibungen.
Man sieht, dass der mögliche Handlungsspielraum bezüglich der an die Kapitaleigentümer und Gläubiger verteilten, beziehungsweise nicht zur gewinnbringenden Investition eingesetzten Gewinne ungefähr 13% des Bruttoinlandsprodukts beträgt. Wohlgemerkt ist hier vom realen Bruttoinlandsprodukts die Rede, nicht etwa von der völlig fiktiven Finanzblase, die weder als Basis für die Finanzierung der Renten, noch als Grundlage für eine Besteuerung dienen darf.
François Chérèque(1) täuscht sich, wenn er jeglichen Beitrag des Kapitals mit der Begründung ablehnt, es gäbe keine „ kontinuierlichen Einnahmen, die in der Lage wären, ein Verteilungssystem zu gewährleisten“ (Libération, 2. Juni 2003), denn er verwechselt dabei Wertschöpfung und Börsenfiktionen, auf die, abgesehen einzig von den Verfechtern des Kapitaldeckungsverfahrens, niemand zählt.

Cohen unternimmt zu guter Letzt eine pädagogische Anstrengung, um zu zeigen, wie einfach diese Gleichung seiner Ansicht nach ist: zunächst behauptet er, dass folgende Massnahmen kombiniert werden müssten: „der Anstieg der Beitragshöhe und -dauer sowie die Schwächung der Renten“ – woraufhin er allerdings die erste Variable, nämlich die Beitragshöhe, unter dem Vorwand, dass „der Weg der Erhöhung der gesetzlichen Sozialabgaben versperrt“ sei, schlichtweg vernachlässigt. Das unerschütterliche liberale Dogma dient hier offensichtlich als wichtigster Grundsatz der Rentenreform!

Sobald das Kapitaldeckungsverfahren das Umlageverfahren allmählich völlig zum Schrumpfen gebracht hat, werden die Beiträge, die an die Rentenfonds und privaten Versicherungsgesellschaften gezahlt werden, zwar nicht in den gesetzlichen Sozialabgaben erfasst, aber de facto werden sie obligatorisch sein. Die private Abschöpfung des erzeugten Reichtums ist dann in der gleichen Höhe wie die zuvor an die staatliche Sozialversicherung verrichteten Abgaben, und dies für ein ungefähr gleiches Niveau an sozialem Schutz.

Zweifelsohne handelt es sich hier im wahrsten Sinne des Wortes um eine politische Debatte: Müssen wir hinnehmen, dass sich – bedingt durch die Fillon-Reform – die Umverteilung der erzeugten Reichtümer zugunsten des Kapitals weiter fortsetzt? Oder ist die Allgemeinheit imstande, die Früchte der menschlichen Arbeit gerecht zu verteilen? Jene Argumente aber, die keinen Widerspruch dulden und einst die Grundlage für eine solitäre Sichtweise gebildet haben, werden von nun an einer konstruktiven Debatte um diese Fragestellungen weichen müssen.

Kontakt: harribey@montesquieu.u-bordeaux.fr

1/ Chérèque : Sprecher der Gewerkschaft CFDT
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org
Übersetzt von Brigitte Schulte

WIRTSCHAFT: EIN KRIEG HILFT, WENN ER „UNENDLICH“ IST

Riccardo Bellofiore

Ein rascher, zeitlich begrenzter Krieg wie jener im Irak belebt die Wirtschaft nicht. Anders, wenn der Krieg „unendlich“ ist. Thema Erdöl: geopolitische und finanzielle Aspekte. Die Nachkriegsperspektiven und der Preis, den die USA für den Krieg zahlen könnten. Eine kritische Betrachtung

Im zweiten Golfkrieg, der jenem unter der Führung von George Bush sen. 1991 folgte, kam es rasch zu einer „Lösung“. Doch das nicht ohne „Nebenwirkungen“: Man hat internationale Gesetze übertreten, die europäische Einheit zerstört, den Irak ins Chaos geworfen und damit die Voraussetzungen für künftige Unruhen geschaffen. In der folgenden Analyse möchte ich einige einleitende und schematische - keineswegs vollständige - Betrachtungen über die *rein wirtschaftlichen* Aspekte vorlegen, die hinter dem neuesten Konflikt stehen. Zwar bietet diese Analyse nur eine partielle Sicht auf die Dinge, doch allein diese ist keineswegs unbedeutend.

Die Kosten des Krieges

Lassen Sie mich bei den Kriegskosten beginnen: Auch wenn es nicht viele Studien sind, die zu diesem Thema verfasst wurden, sind diese zweifellos von großem Interesse. Im September prognostizierte Larry Lindsey, damals Berater Bushs, *direkte* Kosten zwischen 100 und 200 Milliarden Dollar.

Einen Tag später wies die Administration Bush diese Zahl zurück und Lindsey wurde entlassen. Schätzungen zufolge, die im Anschluss daran vom *Congressional Budget Office* gemacht wurden, sollten die voraussichtlichen Ausgaben niedriger liegen, nämlich zwischen 22 und 29 Milliarden. Zu einer höheren Zahl kam die demokratische Opposition, der *Democratic Staff of the House Budget Committee*: Auf 31 bis 60 Milliarden Dollar würden sich demnach die Kriegskosten belaufen. Das *Center for Strategic and International Studies* hingegen legte eine Schätzung vor, die einen Betrag zwischen letzteren beiden nennt – 44 Milliarden Dollar. Laut einem am 5. Dezember 2002 in der *New York Review of Books* erschienenen Artikel mit dem Titel „*Irak – Die wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges*“ von William D. Nordhaus, einer Zusammenfassung einer umfassenderen, im Internet veröffentlichten Studie, müsse man mit einer bedeutend höheren Summe – zwischen 50 und 140 Milliarden US-Dollar rechnen; einem Betrag, der vergleichbar ist mit dem von Lindsey vorgelegten. Besonders interessant an den Nachforschungen von Nordhaus ist die Tatsache, dass dieser auf ein weit größeres Spektrum setzte. Nordhaus versuchte, auch die *indirekten* Kosten zu bewerten. Zwei Schätzungen hat er einander gegenübergestellt: Eine “optimistische” (kurzer Krieg mit raschem Erfolg), und eine „pessimistische“ (langer Krieg mit einem für die USA ungünstigen Verlauf), in denen nicht nur die Militärkosten, sondern auch die voraussichtlichen Kosten für Besetzung und Friedenserhaltung, Wiederaufbau, humanitäre Hilfe sowie die Auswirkungen auf die Ölmärkte und das Rezessionsrisiko berücksichtigt sind. All diese Kosten, die in den anderen Studien nicht berücksichtigt wurden, hätten die voraussichtlichen Kriegsausgaben in beiden Fällen auf 121 bis 1595 Milliarden Dollar erhöht: Allein die Kosten zulasten der Staatsbilanz bewegten sich zwischen 106 und 615 Milliarden. Fest steht, dass die rasche Lösung des Konfliktes eine Serie von Variablen verschwinden ließ, die die direkten Kosten des Konfliktes in unterschiedlichen Szenarien angehoben hätten, wie zum Beispiel der Einsatz biologischer und chemischer Waffen durch den Irak, ein Angriff auf Israel, eine Krise in der Türkei und in Saudi-Arabien, neuerliche terroristische Anschläge usw.. Andererseits könnte das durch den Zerfall des irakischen Nationalstaates bedingte Chaos viele Posten explosionsartig in die Höhe schnellen lassen, so dass sie die von den Experten ursprünglich berechneten Ausgaben übersteigen.

Nordhaus´ Berechnungen enthalten, wie bereits erwähnt, auch Schätzungen über die Auswirkungen des Konfliktes auf die Ölmärkte und die Makroökonomie. Einige dieser Faktoren wurden auch in anderen Studien berücksichtigt. Derzeit ist der Marktanteil des Irak am globalen Ölmarkt sehr niedrig (3%), allerdings hält man die Nachfrage nach dem „Schwarzen Gold“ im Allgemeinen für wenig elastisch. Bei den Schätzungen der möglichen Auswirkungen des Krieges auf den Ölpreis spannt sich der Bogen von einer „negativen“ Hypothese (langer Krieg) mit Preisen von 60 Dollar/Barrel im Jahr 2003 und 40 Dollar im Jahr 2004 über Hypothesen, die ein Szenario mittleren Ausmaßes malen (kurzer Krieg mit vielen Toten, Ausschalten des irakischen Ölmarktes für mindestens 6 Monate), mit voraussichtlichen Ölpreisen zwischen 37 Dollar für das Jahr 2003 und 30 Dollar für 2004, bis hin zu einer „positiven“ Hypothese (die man für eingetreten halten kann) mit einem Preis von 26 Dollar im Jahr 2003 und 22 Dollar im Jahr 2004.

Wie ein Teil der “demokratischen” öffentlichen Meinung sprach sich auch Nordhaus gegen den Krieg aus; in diesem Fall auch aus, wie man früher sagte, materiellen Gründen. In erster Linie würde der Krieg keinen sofortigen Wirtschaftsaufschwung mit sich bringen. Das habe gerade der Krieg 1991 gezeigt, als die Militärausgaben um nur 0.3% des BSP anstiegen und kurz darauf die amerikanische Wirtschaft in eine der dramatischsten Rezessionen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stürzte (Ein Vergleich: Der zweite Weltkrieg bewirkte ein Ansteigen der Militärausgaben um 41,1%, beim Koreakrieg waren es 8%, während es beim Vietnamkrieg 1,9% waren). Die negativen Auswirkungen auf die Makroökonomie seien, so Nordhaus, vorwiegend auf die Situation am Ölmarkt zurückzuführen. Diese aber seinen von beträchtlichem Ausmaß. Außerdem habe der Krieg das ohnehin vorhandene Defizit noch verstärkt. In nur eineinhalb Jahren hat die neue konservative Mehrheit den von Clinton übernommenen Überschuss von 300 Milliarden verbraucht und die Staatskasse mit einem mindestens ebenso hohen Defizit in den roten Bereich katapultiert. Dazu kommt, dass der Kongress Bush nach Beginn des Konflikts einen Betrag von 75 Milliarden zur Deckung der Kriegskosten bewilligte. Nordhaus erwähnt als weiteren wesentlichen Aspekt für die Berechnung der Kriegskosten die wachsende Unsicherheit in

einer Zeit, in der man noch in der Rezession steckte. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat die von Nordhaus aufgestellten Thesen in einem Anfang Januar in der italienischen Tageszeitung *Corriere della Sera* erschienenen Leitartikel im Wesentlichen übernommen. Er argumentiert wie folgt: Im Gegensatz zum zweiten Weltkrieg, der die kapitalistischen Länder aus der großen Krise hievte, und auch zum Koreakrieg und zum Vietnamkrieg werde man im Irakkrieg nur eine relativ geringe Zahl an Soldaten für nur kurze Zeit einsetzen und wenige Ressourcen benötigen. Bedeutender hingegen, und das in negativer Hinsicht, sei gerade die durch den Konflikt geschürte Unsicherheit, die sich sowohl im Konsumverhalten, den Investitionen und dem Rohölpreis niederschlage. Außerdem könne der Krieg mit seinen Auswirkungen auf das Budgetdefizit die Wirtschaft in die Deflation stürzen, da diese sich noch zu Bush jrs. unglückseligen Maßnahmen zur Steuererleichterung zugunsten der reichen Bevölkerungsschichten gesellen würde, die nur einen geringfügigen wirtschaftlichen Aufschwung erwarten lassen. Auch die mangelnde Bilanzhilfe für die einzelne Staaten, die bereits auf Grund der Krise der vergangenen Jahre mit Einnahmenverlusten zu kämpfen haben, ist dieser Situation nicht gerade zuträglich. Der Krieg könnte der Gnadenstoß sein.

Es ist offenkundig, dass es aber einen Widerspruch gibt in der Argumentation von Nordhaus und Stiglitz. Einen Widerspruch, der mit dem Ausgang des Konflikts zugunsten der Vereinigten Staaten nicht behoben ist – einen Widerspruch den es lohnt aufzuzeigen, selbst wenn man nicht auf die alles andere als eigenartige Hypothese eingehen will, dass es der anglo-amerikanischen Koalition schwerer fallen wird, den Frieden im Irak zu gewinnen als den Krieg gegen Saddam. Wenn es stimmt, dass ein kurzer Krieg die Kraft hat die schwache US-Wirtschaft in Schlepp zu nehmen, wären seine Konsequenzen für andere Variablen zu tolerieren. Aber wenn der Krieg „unendlich" sein wird – damit ist nicht nur dieser Krieg gemeint, sondern die Gesamtheit der angekündigten Interventionen für die nächsten zwanzig, dreißig Jahre im Krieg gegen die „Mächte des Bösen" und gegen die „Schurkenstaaten" – könnte der militärisch-ölindustrielle-Komplex wieder aufblühen, so wie tatsächlich schon geschieht. Das Verlegen der Schusslinie der US-Neokonservativen gegen Syrien, noch bevor der Krieg im Irak beendet ist, bestätigt diese Überlegung.

Wer bezahlt?

Wenn die Dinge so stehen sind mindestens 6 Variablen zu beachten:1) das Gewicht des militärischen Sektors in der US-Wirtschaft; 2) wer bezahlt die Kosten des Krieges und wer verdient daran; 3) die Frage des Ölpreises; 4.) die Beziehungen zwischen Finanz- und Ölwirtschaft: 5) die Widersprüche zwischen Europa und den USA; 6) die geopolitische Instabilität.

An der Tatsache, daß die Militärausgaben der USA nach dem 11. September in außerordentlichem Maße gestiegen sind, gibt es keinen Zweifel, wie es präzise in den letzten Nummern der Zeitschrift „Krieg und Frieden" dokumentiert wurde. 2001 lag der Militärhaushalt bei 307 Milliarden US$; 2002 ist er auf 339 gestiegen; 2003 wollte Bush jr. ihn auf 379 heben, aber in der Realität wird er mit den zuletzt gewährten Haushaltsmitteln noch stärker steigen: Es geht um eine Erhöhung von ca. 150 Milliarden Dollar in nur drei Jahren, das heißt etwa um die Hälfte der Ausgangssumme. Aber schon in der Anfangsaufstellung handelt es sich nur um Vorspeisen angesichts dessen, daß man 2007 schon 451 Mrd. erreichen wollte. Das entspricht mit Gesamtausgaben zwischen 2002 und 2007 von 2.144 Mrd, und offenbar besteht das Risiko, dass diese Zahlen noch weiter in die Höhe schießen. Eine derartige Belastung, die schon zum Vorwand für die Kürzungen bei den sozialen Ausgaben genommen wurde – mehr noch angesichts des von Bush produzierten Defizits. Eines sei aber klargestellt: Das Problem ist nicht das Defizit sondern die schlechte Qualität der Ausgaben. Die Steuerkürzungen regen die Wirtschaft nicht effizient an. – eine derartige Belastung also kann Niveau und Aufbau des Volkseinkommens kräftig beeinflussen. Im Übrigen wäre die aktuelle Krise weit schlimmer ohne die aktive Steuerpolitik der USA, die sich der mittlerweile unzureichenden expansiven Währungspolitik der Fed angeschlossen hat.

Zum Thema: wer bezahlt für den Irakkrieg und wer könnte daran verdienen? Im Moment ist das Bild alles andere als klar. Man kann allerdings versuchen, daran zu erinnern, was beim vorigen Konflikt 1991 geschehen ist. Die Kosten betrugen ca. 60 Mrd. Dollar, wurden aber nur teilweise von den USA getragen. Für den Rest sorgten die Alliierten und insbesondere Saudi Arabien und Kuwait. Es ist nicht gesagt, daß man nicht auch dieses Mal in analoger Weise Andere bezahlen lässt. So könnte der UNO ex post eine Rolle zukommen, und/oder anderen Ländern, die am Konflikt nicht beteiligt sind oder ihn sogar ablehnen. Das könnte für sie die Voraussetzung sein, um am Bankett des Wiederaufbaus im Irak teilzuhaben. 1991 sorgten die Unsicherheit und Zerstörungen petrochemischer Anlagen für einige Zeit für einen beträchtlichen Anstieg des Ölpreises von 15 auf 42 Dollar pro Barrel. Die „außergewöhnlichen" Ölgewinne wurden zwischen den produzierenden Ländern und den Ölkonzernen, von denen viele (nicht alle) US-Firmen sind, aufgeteilt. Man darf annehmen, dass den USA und US-Privatfirmen ein entscheidendes Stück dieser höheren Einkünfte zugekommen ist, von den Einnahmen der Rüstungskonzerne, auch sie weitgehend in US-Hand, gar nicht zu reden, und auch ohne die Interessen der US-Firmen am Wiederaufbau zu berücksichtigen. Hierüber kommen erste besorgte Informationen von englischen und amerikanischen Wirtschaftszeitungen. In Untersuchungsausschüssen des US-Kongresses wird bereits die direkte Beteiligung von Unternehmen untersucht, die mit hochrangigen Mitgliedern der Bush-Administration in Verbindung stehen-. Weiters ist zu berücksichtigen, welcher Anteil der Kriegskosten direkt durch Einnahmen aus irakischem Öl zu begleichen sein wird. Die Kosten-Nutzen Bilanz des Krieges wird daher erst einige Zeit nach den Ereignissen aufzumachen sein, auch weil es diesmal nicht im Vorhinein klar ist, wer sich an den Ausgaben zu beteiligen haben wird. Aber die Schlußbilanz könnte Überraschungen bereithalten in Bezug auf die aktuellen Vorhersagen.

Ich glaube, es wäre auch nicht richtig, dem ersten Golfkrieg die schlimmen ökonomischen Probleme der US-Wirtschaft 1991-1992 zuzuschreiben, wie es Nordhaus und Stiglitz machen. Eine viel größere Bedeutung hatten die Krisen und der Bankrott zahlreicher Banken und finanzieller Mittelsmänner, in deren Folge Kreditmangel die privaten Investitionen lahmlegte. Zur gleichen Zeit verschlimmerte die Federal Reserve die Dinge, weil sie zu Unrecht ein Aufflammen der Inflation fürchtete und den Geldhahn

zudrehte. Der negative Haupteffekt des Krieges war eine zeitweilige Verringerung des privaten Konsums wegen der negativen Erwartungshaltung.

Erdöl

Kehren wir zu Kernfrage Öl zurück. Ich glaube nicht an das langfristige Risiko eines dauernden und relevanten Anstiegs des von OPEC-Ländern aus dem mittleren Osten entschiedenen Preises. Sicherlich registriert man, wie immer, ein spekulatives Aufflammen am Vorabend des Krieges, das für einige Zeit während des Konflikts anhält und je nach seinem Verlauf mehr oder weniger lang und schlimm sein wird. Aber so wie nach 1979-1980 wird darauf wieder ein Gegen-Schock nach unten folgen: in diesem Fall schätzen sogar manche, daß das schwarze Gold auf 5 Dollar pro Barrel fallen könnte – eine unwahrscheinliche Hypothese, wie ich meine. Man muss in Rechnung stellen, daß der Nachkriegs-Irak nicht nur voll in den Markt zurückkehren wird, von dem er zur Zeit in weiten Teilen ausgeschlossen ist, sondern dass er auch gezwungen sein wird, wegen der Anforderungen des Wiederaufbaus und für die Zahlungen der Kriegsschulden, die ihm wahrscheinlich auferlegt werden, sein aktuelles Angebot von zweieinhalb Mill. Barrel täglich um ein dreifaches zu erhöhen. Manche glauben allerdings, wie Daniel Yergin, dass es erst im Laufe dreier Jahre möglich ist, die irakische Förderung auf 3,5 Mill. täglich zu bringen. Sie auf 5,5 Mill. steigen zu lassen, werde erst bis 2010 möglich sein.

Ich selbst glaube nicht, dass die USA Interesse an allzu niedrigen Ölpreisen haben. Sie haben schon seit langem die Hand auf den Ölressourcen des Kaukasus. Im Moment allerdings lohnt es sich kaum, dieses Öl zu fördern, unter anderem gerade wegen der niedrigen Preise (die Ressourcen schätzt man auf 85 bis 195 Mrd. Barrel, also zwischen 1,5% und 2% der globalen Ressourcen). Sie haben auch direkte Produzenteninteressen, und sie werden bei einer Verteuerung des Erdöls auch nicht die größten Nachteile unter den großen kapitalistischen Regionen erleiden. Ein zukünftiger Preisanstieg wäre aus allen diesen Gründen für sie nicht nur eine schlechte Nachricht. Einen mäßig steigenden Preis zu kontrollieren bedeutet – nach einer langen Zeit der „mageren Kühe“ zwischen der Mitte der achtziger bis zur Mitte der neunziger Jahre– bisher wenig ausgebeutete Vorkommen profitabel zu machen, steigende Transportkosten usw.

Was den Konflikt rechtfertigt, hat zwar mit Erdöl zu tun, aber es ist nicht der Preis, sondern etwas Anderes. Der Irak, sagt man, ist das Land mit den weltweit zweitgrößten Ölreserven (im Moment geschätzt auf 11% weltweit: 112 Mrd. Barrel gegen 262 Mrd. von Saudi Arabien). Er wäre sogar an der Spitze wenn man die in der westlichen Wüste entdeckten Vorkommen hinzurechnen würde. Sie werden vom Energie-Department der Vereinigten Staaten auf 220 Mrd. Barrel geschätzt (die Schätzungen der Experten schwanken in der Regel zwischen 150 und 250 Mrd. Barrel). Das alles kann die Vereinigten Staaten nicht uninteressiert lassen, die mit 4,6% Anteil an der Weltbevölkerung 25,5% des weltweiten Rohöls verbrauchen: 19 Mill. Barrel täglich von 77 geförderten (die Rezession hat in den letzen zwei Jahren diese Zahl ein wenig gesenkt). Diese Ressourcen zu kontrollieren ist auch aus anderen Gründen wichtig, nicht nur um den Preis zu bestimmen: Dadurch kann man zum Beispiel auch verhindern, dass sich das Engagement von russischen, französischen und italienischen Firmen in dieser Region verfestigt, das in den letzten Jahren begonnen und den amerikanischen und englischen Firmen viel Angst gemacht hat. Wie Sergio Finardi in manifesto vom 7. März unter dem Titel „Krieg, der Zweck heiligt die Ölquellen“ (Guerra, il fine giustifica i pozzi) zu Recht hervorhebt, ist das jedoch nur eine Seite der Geschichte, vielleicht nicht einmal die wichtigste. Wenn wir die in der irakischen Wüste versteckten Ressourcen beiseite lassen, über die die Schätzungen im höchsten Grade hypothetisch sind, steht an zweiter Stelle bei den weltweiten Reserven Kanada (vor der Haustür der Vereinigten Staaten), das 2002 180 Mrd. Barrel nachgewiesen hat. Man sagt die Bedeutung des Erdöls sei gewachsen mit der raschen Verknappung der Ressourcen und der andauernden Abhängigkeit der kapitalistischen Ökonomien vom Öl. 1998 betrug der Öl- und Gasanteil 60,7% (25,7% davon Gas), also nicht viel weniger als 1970 (als sie zusammen 64,88% betrugen, davon 19,5% Gas), während die Atomenergie rasch von 0,1 auf 7,4% gestiegen ist. 2030 müßte der tägliche Verbrauch 120 Mrd. Barrel erreichen. Und seit einiger Zeit versiegen die Ölvorkommen schneller als neue entdeckt werden. (Die Höherbewertung der Ölreserven in letzter Zeit sind, muss man sagen, etwas zweifelhaft und scheinen eher künstlich gerechnet. Sie bestehen oft in neuen Eigenschätzungen der Produzenten selbst und sind daher nicht gerade uneigennützig). Aber, auch darauf besteht Finardi zu Recht, mit diesem Tempo sind wenigstens weitere 40-50 Jahre wachsenden Verbrauchs garantiert. Zu vermuten, daß in einem solchen Zeitraum der technologische Horizont unverändert bleibt, ist unvernünftig.

Tatsächlich ist es noch wichtiger die „Korridore“ der Öl- und Gaspipelines zu kontrollieren, die das Öl aus dem mittleren Osten und vom Kaukasus in den Westen und Osten bringen und sie dem Einfluß von Russland und dem Iran zu entziehen. Es ist bekannt, dass die Wahl und die Kosten der Verteilungswege von Öl und Gas zumindest teilweise hinter den Konflikten im Kosovo und Afghanistan stehen, wo die geopolitischen Interessen der amerikanischen Regierung und die Investitionsstrategien der US-amerikanischen Ölfirmen eine große Rolle spielten. Der Krieg in Ex-Jugoslawien zeigte tatsächlich die Schwäche der europäischen Politik und zerschlug den Versuch einiger Länder des alten Kontinents, über andere Versorgungswege (den Korridor Balkan – Schwarzes Meer – Kaukasus – Ostasien) als die von den USA bevorzugten im Energiesektor Autonomie zu erlangen. Der Afghanistan-Krieg sanktionierte dann „wie durch ein Wunder“ die jahrelangen Versuche der USA, einen ihnen passenden „Korridor“ in Zentralasien nach Indien sowie China einzurichten. Es reicht, an die Interessen folgender Firmen in diesem Land zu erinnern: das argentinische Unternehmen Bridas und das US-amerikanische Unternehmen Unocal (verbunden mit Enron, somit auch mit Cheney und Bush), verhandelten mindestens seit 1996-1997 die Möglichkeit eines neuen Transitweges mit den regierenden Taliban. Nebenbei gesagt: den Aufstieg der Taliban sahen die USA mit Wohlwollen (ebenso wie jenen von Bin Laden und Saddam), in der Hoffnung, dass sie Ordnung in das Chaos des „Feudalkriegs“ zwischen den lokalen Kriegsherren bringen würden. Wenig später, 1998 bei der Befragung des Vizepräsidenten der Unocal, John Maresca, durch den Kongress der Vereinigten Staaten, wurden die Taliban-Kontakte mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, lauf längere Sicht durch die Monopolisierung des Energie-Angebots die Entwicklung in China zu kontrollieren. Die Kontakte mit den Taliban, waren dann für einige Zeit unterbrochen, wurden

2001 wieder aufgenommen, bis nur einen Monat vor dem 11. September, und beendet durch die berühmte (und prophetische), von US-Vertretern gestellte Alternative, Afghanistan entweder mit einem Teppich Dollars oder einem Teppich Bomben zu „bedecken". Protagonist dieser jüngsten Kontakte war gewöhnlich Halliburton, deren Geschäftsführer Cheney war, bevor er in die Regierung von Bush jr. eintrat.
Alles in allem: Die Verteilung des Öls im mittleren Osten und im Kaukasus zu kontrollieren bedeutet gewiss viel mehr als nur den Ölpreis zu kontrollieren. Es bedeutet, jene in der Hand zu haben die mehr als die Vereinigten Staaten vom Öl in dieser Region abhängig sind. Das Öl der OPEC macht wenig mehr als ein Drittel des Weltverbrauchs (37,3%, 2002) aus. Die Vereinigten Staaten hängen vor allem von Kanada, Mexiko und Venezuela ab, wenigstens zu zwei Dritteln von nicht OPEC-Produzenten. Europa und Japan hingegen hängen vom Mittleren Osten ab, zu 30% bzw. 81%, während die USA von dort nur 15,5% beziehen. Im Hintergrund steht, wie man gesehen hat, China, der gefürchtete Wirtschaftsgigant des 21. Jahrhunderts.

Schwarzes Gold und USA-Finanzen

Für ein vollständiges Bild der Ölfrage muss man allerdings die enge Bindung in volles Licht zu rücken, die es seit jeher, aber noch stärker nach der doppelten Erhöhung von 1973-1974 und 1979 gibt — wobei, so sei erinnert, während der ersten die versteckte Hand der USA Nixons und Kissingers nicht unbeteiligt war, wie die Erinnerungen des letzteren klarstellen. Vielleicht hatte auch das Bedürfnis, auf politischem Weg eine Rezession zu erzeugen, einiges Gewicht, um dadurch die Arbeits- und Sozialkämpfe im Weltmaßstab zu regulieren — durch die Dynamiken des Finanzwesens. Sehr nützlich sind in diesem Zusammenhang ein bisher noch nicht publizierter Vortrag von Joseph Halevi (US Imperialism, Oil and Finance; bei einem Seminar des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Universität Bergamo am 24. Februar 2003 gehalten) sowie ein aktueller Artikel von Elmar Altvater (Die Währung des schwarzen Goldes, erschienen in Sand im Getriebe 17/2003)[4].
Halevi erinnert an das lange Interesse der Vereinigten Staaten am Öl des Mittleren Ostens, das bis zur Vereinbarung von 1928 zwischen US-amerikanischen, englischen und französischen Unternehmen zur Ausbeutung der Region zurückreicht. Als 1948 bedeutende Vorkommen in Saudi-Arabien entdeckt wurden, gelang es den USA, von diesem Land eine alleinige Konzession zu erhalten. Aber erst Mitte der siebziger Jahre wurde der an das Öl gebundene Finanzkreislauf lebenswichtig für die Hegemonialmacht, deren Vorherrschaft in die Krise geraten war. Nur dank des Recyclings der Petrodollars an der Wall Street via London gelang es damals, das Vertrauen in den Dollar zu erhalten, egal wie sein Kurs im Auf und Ab des Finanzmarkts ist. Dieser Kreislauf hat sich am Leben gehalten, und er ist essenziell. Um nur ein Beispiel zu geben: Saudi-Arabien ist, zusammen mit Japan, seit einigen Jahrzehnten einer der größten ausländischen Finanziers der US-amerikanischen Staatsschulden. Die Renditen daraus werden vorrangig für Waffen in ebendiese Bestimmungsziele ausgegeben.
Die Notwendigkeit, das Vertrauen in den Dollar zu stärken, entspringt dem Umstand, dass die USA seit der Mitte der sechziger Jahre ein Defizit in der Handelsbilanz mit Deutschland und Japan haben und seit der Mitte des folgenden Jahrzehnts ein Defizit in der Handelsbilanz tout court. Letzteres muss, um nicht drastische Ausgleiche hervorzurufen, von einem Überschuss in den Kapitalbewegungen finanziert werden, der auf seine Weise auch notwendig ist, um Investitionen und Innovationen durchführen zu können, die weit über dem liegen, was die internen Ersparnisse erlauben würden (also auch, um wie letztens die New Economy in Gang bringen und unterstützen zu können). Es ist gerade dieser Überschuß, der ein verstärktes Vertrauen in den Dollar voraussetzt, das nicht anders als politisch motiviert sein kann. Jetzt führt diese finanzielle und politische Verankerung jedoch dazu, immer stärker direkt militärisch zu sein.
Das Öl ist also — ebenso wie weltweite Unsicherheit und Kriege (die die „vorsorgliche" Nachfrage von Vorräten aufwerfen) — wesentlicher Teil eines Mechanismus, der den Dollar zur Weltwährung macht und der die amerikanische Vorherrschaft stützt. Das US-amerikanische Handelsdefizit, das sich seit nunmehr dreißig Jahren verschärft, ist nur unter der Maßgabe zu „erhalten", dass dieses Land das weltweite Kapital in den eigenen Finanzkreislauf einbezieht: die finanzielle Globalisierung ist, wie man weiß, in der Realität eine gewaltige Zentralisierung des Kapitals in den USA. Das bedingt einen Zustand der internationalen Ökonomie, der immer dauerhafter einem gewaltigen Schub hin zur Stagnation unterworfen ist, was dazu beiträgt, die Attraktivität der Kurse US-amerikanischer Wertpapiere an den Börsen so hoch wie möglich zu halten. Schließlich bedeutet das Deflation der Warengüterpreise bei Inflation der Wertpapierpreise und zwingt zur gleichen Zeit den Rest der Welt, in die USA vor allem Warengüter, aber auch Kapital exportieren zu „wollen". Das alles erfordert es, dass das Primat des Dollars, koste es, was es wolle, beibehalten wird und dass dieser alle anderen Wirtschaftsregionen beherrscht, insbesondere die jungen Industrieländer und die Entwicklungsländer (dies klärt auch das Interesse der USA, über den IWF die so genannte „Dollarisierung" einem Land nach dem anderen aufzuzwingen).
Unter diesem Blickwinkel ist der letzte Krieg im Irak nicht nur geführt worden, um die Kontrolle über die „Pumpe" des Öls und seine „Wege" zu verstärken, sondern auch um die „finanzielle" Rolle des Öls in der aktuellen Verfassung des internationalen Währungssystems zu festigen. Eine Rolle in Gefahr. Hier kommt in der Tat einer der Hauptpunkte im Interessenkonflikt zwischen Europa und den USA ins Spiel: vor einiger Zeit hatte der Irak begonnen, das Öl in Euro „auszupreisen". Ein Vorstoß, dessen Nachahmung im Keim erstickt werden musste, wenn die imperiale Rolle der USA, untergraben von der Unhaltbarkeit der „New Economy", weiterhin garantiert sein sollte. Natürlich ist dies nur einer der Gründe für den Streit zwischen Europa und den USA.
Dazu kommt der letzte Faktor, die geopolitische Instabilität, die sich in letzter Zeit verschlechtert. Warum, in der Tat, der Irak und warum zu diesem Zeitpunkt? Seit vielen Jahrzehnten ist Saudi-Arabien, zusammen mit der Türkei wegen deren geographischer Lage, der Hauptpfeiler der US-amerikanischen Strategie in der Region, zumal nach dem Sturz des Schahs im Iran, sowohl wegen der direkt das Öl betreffenden Aspekte

[4] [Anm. d. Üb.: *La valuta dell'oro nero* erschien in *Il Granello di Sabbia*, Nr. 92/April 2003 und ist die ital. Üb. von *Die Währung des schwarzen Goldes*, in: *Sand im Getriebe*, Nr. 17/Jan.-Febr. 2003. In der *Rivista del Manifesto* erschien eine weitere Übersetzung unter dem Titel *Una guerra contro l'euro*.]

(die saudische Dynastie besitzt 25% der weltweiten Ölreserven, zusammen mit Kuwait sind dies 45%) als auch wegen der finanziellen.

Geopolitik

Saudi-Arabien ist jedoch in letzter Zeit zu einem unzuverlässigen Bündnispartner geworden (es sagt genug, dass 15 der 19 Attentäter des 11. Septembers von dort kommen) und befindet sich mitten in einem langen und erbitterten Kampf um die Nachfolge. Ein Bündnispartner, der immer abhängiger von den USA wird, aber auch immer stärker in die Krise gerät. Dazu genügen einige neuere Daten (aus Wildkat-Zirkular Nr. 64, im Internet verfügbar). 1981 hatte es 100 Milliarden Reserven in Dollar, aber 2000 beträgt sein Dollardefizit gut 150 Milliarden, zweimal soviel wie das Bruttoinlandsprodukt. Die Situation ist dabei sich noch weiter zu verschlechtern, mit wiederholten Defiziten der öffentlichen Bilanz und explodierenden öffentlichen Schulden: das bedeutet unter anderem, dass die Saudis es in jedem Fall nötig haben, Öl zu verkaufen, aber auch, dass sie von der langen Periode mit fallenden Preisen in den Neunziger stranguliert worden sind. Dieselbe soziale Situation ist auf diese Weise immer problematischer geworden. Man muss sich vor Augen halten, dass die Bevölkerung von fünf Millionen am Anfang der Siebziger inzwischen auf mehr als zwanzig Millionen gestiegen ist, darunter 28% Ausländer, mit einer geschätzten Arbeitslosenquote von 15 bis 20%. Daraus folgt, in regelmäßigen Abständen, die Ausweisung der Immigranten und die Besetzung einer höchstmöglichen Anzahl von Posten mit Einheimischen. Das löst jedoch die internen Probleme nicht, sondern man beschränkt sich darauf, die Widersprüche in die Nachbarländer zu exportieren, in denen die Zahl der Arbeitsimmigranten gleichfalls hoch ist (von 25% in Oman bis 75% in den Vereinigten Arabischen Emiraten), aber auch in einige weiter entfernte Länder wie die Philippinen (10% ihrer Bevölkerung arbeitet in den Golfstaaten, durch ihre Überweisungen tragen diese mit 8% zum philippinischen BIP bei). Die Abhängigkeit aller dieser Länder des Nahen Ostens vom Öl liegt immer noch bei 60% ihres Nationaleinkommens. Auf diesem Pulverfass, der Stagnation des realen Einkommens der gesamten Region (seit zehn Jahren unverändert bei etwas mehr als 6000 Dollar pro Einwohner) und dazu dem Palästinenserproblem, darauf agiert Bin Laden. Die dynastische, politische und soziale Unsicherheit Saudi-Arabiens stellt neben der der gesamten Region auch ein unmittelbares militärisches Problem für die USA dar, außer den schon erwähnten. Seit den Zeiten Reagans bis heute ist das Gebiet vom Mittleren Osten bis zum Indischen Ozean als Stütze einer Militärpräsenz gesehen worden, deren Aufgabe es ist, den geographischen Raum von den Rändern Europas bis zu den denen Ostasiens zu kontrollieren.

Osama Bin Laden wollte bestimmt nicht die New Economy in einem Kamikazeakt niederwerfen, noch weniger die Unterdrückten der Welt oder die Palästinenser verteidigen. Man weiß, dass das wirkliche Ziel Osama Bin Ladens mit den Attentaten des 11. September vor allem dieses war: Einfluss auf Veränderungen in Saudi-Arabien zu nehmen — wie inzwischen sicher scheint, dank Kollaboration oder Nachsicht oder Versäumnissen der politischen und militärischen Administration der USA —, was, durch dessen Destabilisierung, die gesamte Region bis nach Afghanistan hätte durcheinander bringen können: und in der Tat sind die USA letztens von jenem Land dazu aufgefordert worden, ihre Militärpräsenz abzubauen. Von daher war es für die USA dringend notwendig, die Ordnung wiederherzustellen, bei einer möglichen Abtrünnigkeit Saudi-Arabiens eine Alternative vorzubereiten oder zumindest die Möglichkeit zu garantieren, die politische Dynamik steuern zu können, den an das Öl gebundenen Finanzkreislauf in seiner aktuellen Form zu erhalten, und zudem Truppen im gesamten „Bogen“ anzuordnen, der von Israel nach Georgien, vom Irak bis zum Kaukasus, sogar bis nach Afghanistan reicht, die gegen die Gefahren von morgen gerichtet sind.

Paradoxerweise könnte sich jedoch Bush jun. als bester Verbündeter Osama Bin Ladens erweisen, angesichts der Tatsache, dass seine Strategie immer abenteuerlicher wird, und alles Kalkül könnte sich dann als falsch herausstellen. Den Krieg zu gewinnen ohne Frieden zu schaffen könnte auch ökonomische Kosten bedeuten, in einer erweiterten „Buchhaltung“. Eindrücklich ist dazu die Härte eines Kommentars, kurz vor dem Angriff der USA auf den Irak, des Editorial page Editors der Business Week, Bruce Nussbaum, gegen die, wie er sie nennt, „Bush-Doktrin“ (The High Price of Bad Diplomacy, 24. März). Der Krieg gegen Saddam war noch nicht bestätigt. Es gab jedoch die diplomatische Isolierung, die Anmaßung und einseitige Verachtung, die Einschätzung als Feinde der Globalisierung und als Produzenten jener Unsicherheit, die der Fluch für Investitionen und Entwicklung ist. „Eine Welt, die zwischen ökonomischem Multilateralismus und unilateralen Sicherheitspolitiken geteilt ist, ist eine unsicherere und gefährlichere Welt, die zu allem anderen als zu ökonomischem Wachstum und Wohlstand ermutigt.“ Bush hätte den Vor-Krieg also verloren. Wer den Nachkrieg gewinnen wird, wird sich erst noch zeigen. Obwohl es keine anderen Mächte gibt, die in der Lage wären, ihm entgegenzutreten, könnten ihn mit der Zeit die Widersprüche der eigenen Ökonomie und der eigenen Politik sowie ein Ausbreiten des sozialen Protests besiegen.

ÜbersetzerInnen: Cécile Kellermayr;Carola Koehler, Wolfgang Vogel Korrektur: Teres Stockinger
coorditrad@attac.org Ehrenamtliche Übersetzer

Die Ratte im Kornspeicher

Thomas Immanuel Steinberg

Das Öl des Irak wird die Dominanz der USA in der Welt festigen. Zur Sicherung der Vormachtstellung US-amerikanischen Kapitals wird aber ebenfalls beitragen, was die US-Regierung in andern Branchen des jüngst besetzten Landes anstellt. Jeffrey St. Clair, Mitherausgeber der US-Zeitschrift Counterpunch beschreibt, wie die US-Agrarindustrie gerade dabei ist, die irakischen Bauernexistenzen zu vernichten und sich einzuverleiben, was dann noch vom irakischen Markt übrig ist.

Präsident Bush hat den Agrarhandels-Lobbyisten Daniel Amstutz zum Beauftragten für den Wiederaufbau der irakischen Landwirtschaft ernannt. Amstutz war zuvor Top-Manager bei Cargill, einem der weltgrößten Kornhändler. Cargill beherrscht 94 Prozent des Sojabohnenmarkts in den USA und 40 Prozent des US-amerikanischen Futtermais-Exports.

Die Dieseldepots für die irakischen Landmaschinen wurden von der US-britischen Koalition zerbombt, Futtersilos, Hühnerfarmen, Düngerspeicher, Pumpstationen und Bewässerungssysteme vernichtet. Die Iraker gehen einem Hungersommer entgegen. Saaten konnten nicht aufbewahrt, Tomaten, Melonen, Zwiebeln, Gurken und Bohnen - Grundnahrungsmittel im Irak - nicht angepflanzt werden.

Der Bush-Beauftragte Amstutz plant in dieser Situation, den Irak den Agrar-Konzernen zu öffnen, den Markt, wie es heißt, „zu liberalisieren“. Sobald das geschieht, werden die staatlich subventionierten, also billigen US-amerikanischen Agrarprodukte den Irak überschwemmen. Sie werden mit irakischem Ölgeld bezahlt werden. Die irakischen Bauern aber werden ihr unter kümmerlichen Bedingungen Produziertes nicht mehr los werden.

St. Clair scheibt: Obwohl Millionen Iraker unter der eisernen Hand ihres Nahrungsmittel-Prokonsuln einer Hungersnot entgegen gehen, hätte Amstutz' Ernennung kaum Kommentare in den USA ausgelöst. Heftigster Kritiker sei Kevin Wilkins, Leiter der Hilfsorganisation Oxfam in London, den St. Clair wie folgt zitiert:

„Dieser Typ ist einmalig gut placiert, um die Interessen der Getreidekonzerne voranzutreiben... Dan Amstutz für den landwirtschaftlichen Wiederaufbau zuständig zu machen, ist, als ob Saddam Hussein einen Sitz in einer Menschenrechtskommission erhält.“

14. Juli 2003, www.SteinbergRecherche.com

Was ist jetzt zu tun? Ein Friedensplan

David Cortright

In den letzten sechs Monaten erlebten wir die Entstehung einer massiven Anti-Kriegs-Bewegung. Fast schien es, als könnten die Kriegspläne der USA durchkreuzt werden. Jetzt, da der Krieg sogar ohne UN Resolution der Krieg begonnen hat, steht die Anti-Kriegs-Bewegung an einem Scheideweg. Im folgenden stellen wir ein Forum vor, in dem David Cortright eine Diskussion anstößt, welche Ziele die Friedensbewegung in der näheren oder ferneren Zukunft verfolgen sollte. An seinen Aufsatz schließen drei Erwiderungen an.

The Nation April 21 www.thenation.com

In Anbetracht der fortgesetzten illegalen und ungerechten militärischen Invasion des Irak, müssen wir uns stärken für die schwierige Zeit, die vor uns liegt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass unsere Friedensarbeit gerade erst begonnen hat.

Wir dürfen nicht aufhören mit unserer grundsätzlichen Kritik am Krieg von Präsident Bush und wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen und wir dürfen auch nicht schweigen. Dieser Krieg war und ist vollkommen unnötig. Der Irak wurde längst durch friedliche diplomatische Aktionen entwaffnet. Während der Irak zahlreiche Zugeständnisse zu Forderungen der UNO machte, mit der Zerstörung seiner Lenkwaffen begann und seine Waffenprogramme offen zu legen begann, griffen die USA an. Krieg ohne Provokation gegen welches Land auch immer ohne Zustimmung des UN Sicherheitsrates verstößt sowohl gegen die UN Charta als auch gegen US und internationales Recht. Ein Krieg wie dieser ist niemals zu rechtfertigen.

Der Ausbruch des Krieges macht unsere Arbeit noch wichtiger und notwendiger denn je. Wir stehen enormen neuen Herausforderungen gegenüber, aber es eröffnen sich auch neue Möglichkeiten. Wir müssen eine breit angelegte Kampagne organisieren, um auf die Ursachen und die Folgen dieses Krieges hinzuweisen, mit dem Ziel, ein derart sittenwidriges Abenteuer in Zukunft zu verhindern.

Zuerst wollen wir anerkennen, welche großartige Leistungen wir in den letzten Monaten vollbracht haben. Wir haben die größte Friedensbewegung der Geschichte mit der breitesten Basis geschaffen. Eine Bewegung von Millionen von engagierten Menschen hier und auf der ganzen Erde. Nie zuvor haben sich so viele Kirchen in den USA so resolut gegen den Krieg ausgesprochen: Von der katholischen Bischofskonferenz bis zum nationalen Rat der Kirchen. Nie zuvor haben so viele Gewerkschaften die Anti-Kriegs-Bewegung unterstützt. Praktisch in jedem Sektor der Gesellschaft erhoben sich laute Stimmen gegen den Krieg, unter Wirtschaftsmanagern, Frauengruppen, Umwelt-schützern, Künstlern, Musikern, Afro- und Latino-Amerikanern. In Tausenden Orten fanden Anti-Kriegs-Demonstrationen und Mahnwachen statt. Viele Gemeinderäte haben Anti-Kriegs-Resolutionen beschlossen.

Die Tatsache, dass all diese Anstrengungen den Krieg nicht verhindern konnten, beweist nicht, dass unsere Bewegung schwach ist, vielmehr zeigt sie die Mängel der amerikanischen Demokratie und die gewaltige Macht des US Militarismus. Die Bush Administration scherte sich wenig um die öffentliche Meinung weder im eigenen Land noch in der Welt. Sie manipulierte die legitimen Besorgnisse über den Terrorismus und behauptete einen nicht vorhandenen Zusammenhang zwischen dem Irak und Al Kaida. Sie vermied es das amerikanische Volk und den Kongress über die Kosten einer Invasion und einer Besetzung zu informieren, bis der Krieg bereits in vollem Gange war.

Unsere kurzfristige Zielsetzung hängt davon ab, wie sich der Krieg entwickelt. Ob es ein kurzer „erfolgreicher" Krieg wird, oder ob er sich in die Länge zieht mit ständigen Angriffen von Heckenschützen und Guerilleros. Wir hoffen, dass es möglichst wenige Opfer weder unter den Irakern noch unter den Amerikanern gibt. Aber wir wissen, dass ein schneller Sieg genau jene Politik unterstützt, die wir so sehr ablehnen. Wir fordern von unserer Regierung alles zu unternehmen, damit so wenig wie möglich umkommen und dass sich die Zerstörungen in Grenzen halten. Unsere unmittelbare politische Zielsetzung sollte folgende Punkte und Forderungen enthalten:

- Schutz für die Unschuldigen. Die Vereinigten Staaten sollten dem irakischen Volk und anderen gefährdeten Völkern der Region massive humanitäre Hilfe und wirtschaftliche Unterstützung gewähren. Wir sollten den Wiederaufbau und die Entwicklung des Irak unterstützen. Die Hilfe sollte von zivilen Organisationen und nicht vom Pentagon verwaltet werden. Wir sollten exakte Zahlen über die zivilen Opfer verlangen. Wenn sie nicht veröffentlicht werden, sollten wir das tun.

- Unterstützung für die Männer und Frauen bei den Streitkräften. Wir bedauern, dass sie von ihrem Oberkommandierenden mit einer unnötigen und schlecht vorbereiteten Mission betraut wurden. Aber wir respektieren ihren Dienst und sind dankbar dafür. Wir verlangen besondere Unterstützung für das aktive Militärpersonal und die Reservisten, die an den Golf entsandt wurden. Wir verlangen vermehrte Aufwendungen zur Behandlung von Gesundheitsschäden, verursacht durch den Einsatz am Golf. Derzeit gibt es 167 000 Kriegsinvalide vom ersten Golfkrieg. Wir lehnen die Kürzungen der Mittel für Veteranen ab, wie sie der Kongress mit seiner republikanischen Mehrheit verfügt hat und wir verlangen für die Veteranen einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung und anderen Begünstigungen.

- Bringt unsere Soldaten heim! Wir verlangen den ehest möglichen Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus dem Irak. Wir lehnen langfristige oder ständige US Militärbasen im Irak ab.

- Kein Krieg und keine Kriegsdrohungen gegen den Iran. Wie lehnen jeden Versuch ab, den Iran mit der Drohung eines militärischen Angriffs unter Druck zu setzen. Es ist kein Geheimnis, dass die Hardliner in Washington und Israel einen militärischen Schlag gegen den Iran favorisieren als nächsten Schritt im „Krieg gegen den Terror". Das wäre noch eine zusätzliche Katastrophe für die Sache des Friedens und wir sollten uns vehement dagegen wehren.

- Kein Krieg um Öl. Wir lehnen jedes Ansinnen der USA ab, die Kontrolle über das Erdöl im Irak auszuüben oder an den Erträgen aus der Erdölförderung zu fordern. Das irakische Volk allein soll über sein Erdöl verfügen können. Irak war die erste arabische Nation, welche die Erdölgewinnung verstaatlicht hat. Es muss dem Irak gestattet sein, den Ölreichtum für den Wiederaufbau der Wirtschaft und der Gesellschaft zu nützen.

-Frieden im Nahen Osten. Die USA sollen einen echten Friedensprozess zwischen Israel und Palästina aktiv unterstützen. Wir sollten Druck auf beide Seiten ausüben, ein Friedensabkommen anzunehmen, das der Gewalt ein Ende bereitet und zwei souveräne und unabhängige Staaten schafft.

- Hilfe zur regionalen Entmilitarisierung. Das Waffenstillstandsabkommen von 1991 nach dem ersten Golfkrieg definierte die Entwaffnung des Irak als ersten Schritt zur Schaffung einer Zone „frei von Massenvernichtungswaffen" im Nahen Osten. Nach dem Irak sollten in der ganzen Region alle Massenvernichtungswaffen beseitigt werden.

Unsere Antwort auf Krieg und militärische Besetzung des Irak muss auch eine langfristige Vision für eine alternative US Sicherheitspolitik umfassen. Die Bush Administration verlangt wegen des tödlichen Zusammenhangs zwischen Terror und Massenvernichtungswaffen eine radikal neue Außenpolitik mit präventiven Militäraktionen und die einseitige Aufrüstung mit amerikanischer Kriegstechnologie. Diese Politik wurde im Irak angewandt. Wir müssen eine alternative Vision anbieten, die den Terrorismus und die Bedrohung durch seine Ausbreitung ernst nimmt, aber mit einer Strategie für mehr Sicherheit aber mit weniger Aufwand und schließlich mit mehr Erfolg bei der Abwehr dieser Gefahren.

Die Leitlinien unserer alternativen Strategie haben wir in unseren Debattenbeiträgen zum Irak dargelegt. Wir unterstützen die Entwaffnung des Irak, Nord-Koreas und anderer Nationen, die von der internationalen Gemeinschaft als Waffenlieferanten auftreten können. Wir befürworten genaue Kontrollen durch UNO-Inspektoren, um die Entwaffnung zu überprüfen. Wir rufen unsere Regierung auf, mit dem UN Sicherheitsrat auf diplomatischer Ebene zusammen zu arbeiten. Wir sind für gezielte Sanktionen (Kontrolle der Geldströme, Reisebeschränkungen für bestimmte Eliten und ein Waffenembargo) und für andere Mittel, um Staaten, die nicht kooperieren wollen dazu zu zwingen. Wir sind für die Aufhebung von Sanktionen als Anreiz, um Zusammenarbeit zu erreichen. Wir unterstützen die internationale Kampagne gegen den Terrorismus und verlangen eine bessere Zusammenarbeit, um denjenigen, die für die Anschläge vom 11. September verantwortlich sind, die Geldquellen trocken zu legen.

Zugleich fordern wir aber auch eine allgemeine Abrüstung. Die Entwaffnung des Irak muss einhergehen mit einer Entwaffnung der Region und schlussendlich mit einer

globalen Entwaffnung. Die Doppelmoral der USA und anderer Atommächte kann nicht länger geduldet werden. Sie wollen für immer über die tödlichsten Waffen verfügen, während der Rest der Welt abzurüsten hätte. Der Atomwaffen-Sperrvertrag von 1968 basierte auf einem Handel. Die Atommächte rüsten ab, dafür verzichtet der Rest der Welt auf eben diese Atomwaffen. Je länger die Vereinigten Staaten und die anderen Atommächte mit der Abrüstung zögern, desto wahrscheinlicher wird der Bruch des Atomwaffen-Sperrvertrages. Die einzige mögliche Sicherheit vor den nuklearen Gefahren ist ein Bann auf alle Atomwaffen, der auch durchgesetzt wird. Es gibt bereits einen Bann über chemische und biologische Waffen. Die viel größere Gefahr der Atomwaffen kann nur durch ein allgemeines Verbot gebannt werden.

Ein globales Verbot aller Massenvernichtungswaffen ist der beste Schutz vor der Gefahr, dass sie in die Hände von Terroristen gelangen und von diesen eingesetzt werden. Tatsächlich sollten die Abrüstungsverpflichtungen für den Irak auf die ganze Welt angewendet werden. Alle nuklearen, chemischen und biologischen Waffen sowie die Langstreckenraketen sollten überall und für alle Nationen verboten werden. Das ist der einzige Weg zu einer Zukunft mit mehr Sicherheit.

Natürlich wäre ein solcher Bann auf alle Massenvernichtungswaffen bedeutungslos, wenn es keine wirksamen Methoden der Überprüfung und zur Durchsetzung der Abrüstung gäbe. Eine Welt der Abrüstung bedarf wesentlich effektiverer Methoden zur Überwachung und zur Durchsetzung als wir sie heute kennen. Wir unterstützen die Politik zur friedlichen Abrüstung des Irak – rigorose Inspektionen, gezielte Sanktionen, multilateralen diplomatischen Druck. – Diese Politik sollte allgemein angewandt werden, um die ganze Welt von Massenvernichtungswaffen zu befreien. Die UNO Waffeninspektoren bräuchten in etwa die hundertfache Kapazität und Reichweite, um den allgemeinen Bann der Massenvernichtungswaffen zu überwachen. Nationen, die überprüfbaren Abrüstungsforderungen nicht entsprechen, sollten mit gezielten Sanktionen belegt werden und von der UNO oder anderen regionalen Sicherheitsorganen diplomatisch unter Druck gesetzt werden. Nationen, die Abrüstungsvereinbarungen erfüllen, sollten mit Wirtschaftshilfe, Handels- und Technologie-Präferenzen sowie Sicherheitsabkommen belohnt werden. Solche politischen Mittel, kombiniert mit der ernsten Absicht einer nachhaltigen Entwicklung armer Länder, sind eine effektive Methode die internationale Zustimmung zur weltweiten Abrüstung zu erreichen.

Diese Vision ist nicht pazifistisch und schwört nicht jeder militärischen Gewalt ab. Manchmal ist die Drohung mit Gewalt eine notwendige Komponente diplomatischen Drucks. In einigen Fällen kann die tatsächliche Anwendung militärischer Gewalt unvermeidlich sein, idealer weise in einer gezielten und begrenzten Art, unter der Legitimation des UN Sicherheitsrates oder eines anderen regionalen Sicherheitsorgans. Im Gegensatz zur Politik der Bush Administration wäre die Drohung mit oder die Anwendung von militärischer Gewalt das äußerste Mittel, wenn alle anderen diplomatischen Druckmittel erschöpft sind. Alles auch nur mit der Zustimmung des UN Sicherheitsrates oder eines regionalen Sicherheitsorgans. Auf keinen Fall haben die USA oder irgendeinen andere Nation das Recht zu einer militärischen Invasion, um eine Regierung zu stürzen unter dem Vorwand der Entwaffnung. Vielmehr sollten die USA die UNO Charta respektieren und nach Abrüstung streben, indem Differenzen zwischen Nationen auf friedliche diplomatische Weise beigelegt werden.

Unsere aktuelle Herausforderung besteht darin, diese lang- und kurzfristigen Ziele zu verwirklichen und die politische Richtung, in welche die Vereinigten Staaten führen, zu verändern. In den kommenden politischen Debatten müssen wir alle Energien darauf verwenden, Unterstützung für unsere Vision einer alternativen Außenpolitik zu gewinnen und eine politische Massenbewegung zu schaffen, die politische Entscheidungsträger auf diese Vision einschwört. Unsere Chance, kurzfristig ein bevorstehendes militärisches Abenteuer zu verhindern besteht nur dann, wenn es gelingt die Bush Administration aus dem Amt zu entfernen und eine neue Führung zu wählen, die auf internationale Zusammenarbeit und auf Frieden setzt. Das ist eine gewaltige politische Herausforderung. Es wird sehr schwierig sein, dieses Ziel bis zum November 2004 zu erreichen. Wir müssen uns jetzt schon organisieren, um dieser Herausforderung gewachsen zu sein. Zusätzlich müssen wir uns auch auf die Zukunft vorbereiten. Denn es wird notwendig sein, unser Ziel auch über mehrere Legislaturperioden weiter zu verfolgen nur so kann unser Ziel Wirklichkeit werden. Es gibt noch eine andere enorme Herausforderung: Wir müssen die nicht durch Wahlen legitimierte Macht des nationalen Sicherheits-Establishments beschränken. Dieses stellt eine Schattenregierung unabhängig von den gewählten Amtsinhabern. Dieser großen Herausforderung kann nur eine ausdauernde und mächtige Bürgerbewegung begegnen. Eine Bewegung, die langfristig und grundlegend die Rolle Amerikas in der Welt verändern will. Diese Arbeit beginnt jetzt, währen die Invasion des Irak immer noch voran schreitet. Es bleibt keine Zeit für Verzweiflung. Ein ganzes Lebensalter des Organisierens und des Lernens liegt vor uns.

Erwiderung 1.
Ein Plan für Gerechtigkeit.
Von Phyllis Bennis & John Cavanagh

David Cortright hat viele Aspekte eines Hilfsplans für eine Friedensbewegung in den USA. Von den unmittelbaren Aktionen, um den Krieg zu beenden, bis zum Ansprechen neuer Interessenten. Wir möchten einige Ideen nachliefern, wie wir den gewaltigen Herausforderungen begegnen können, die vor uns stehen. Wir brauchen einen umfassenden Plan einerseits für eine globale Friedensbewegung und anderseits müssen wir den Anteil dieser Bewegung innerhalb der USA erweitern.

Zuerst hier im Land: Wir möchten Cortrights Idee eines Plans für mehr Gerechtigkeit unterstützen, wie er schon dargelegt wurde von Organisationen wie „United for Peace“ und von Gerechtigkeitskampagnen. Ebenso wie er in Resolutionen niedergelegt wurde, die in 162 Gemeinderäten

debattiert und verabschiedet wurden. Hier stechen zwei Themen heraus: Schutz der bürgerlichen Freiheiten vor Angriffen - besonders für arabische und andere Einwanderer-Gemeinschaften. Und Schutz vor der noch größeren Bedrohung unserer verfassungsmäßigen Rechte. Die Verlagerung der staatlichen Prioritäten von einem aufgeblähten Militärapparat zu den Bedürfnissen im Land, besonders in Zeiten von Budgetkrisen in Städten und Bundesstaaten. In beiden Bereichen gilt es die Wechselwirkungen zwischen Anti-Kriegs-Bewegung und den Auswirkungen auf unser Land zu beachten. Das ist wichtig um starke Interessengruppen zu mobilisieren.

Wir schlagen vor, unseren Plan dahin zu erweitern, dass er die Tatsache der weltweiten Friedens- und Gerechtigkeits-Bewegungen berücksichtigt. Der internationale Charakter unserer Bewegung hat sich verstärkt, seit am 15. Februar global koordinierte Friedensaktionen in mehr als 600 Städten rund um die Welt stattfanden. Die Friedensbewegungen haben klar erkannt, dass dieser Krieg nicht um Massenvernichtungswaffen oder um Demokratie geführt wird und dass das Thema nicht der aktuelle Krieg im Irak ist, sondern das rücksichtslose Streben der Bush Administration nach Hegemonie und Macht. Unsere Verbindungen mit anderen Teilen dieser internationalen Bewegung wir unsere Identität als Bewegung gegen die Hegemonie deutlicher machen. So auch die Betonung dass unsere Regierung auf die Liste der Lieferanten der Massenvernichtung gehört.

Es ist faszinierend, dass gerade in Frankreich, Deutschland, Italien, Brasilien, den Philippinen und vielen anderen Ländern, (mehr als in den Vereinigten Staaten) die Friedensbewegung hauptsächlich aus den gleichen Kräften besteht wie die Gegner der großen Konzerne, den Globalisierungsgegnern, den Bewegungen für globale Gerechtigkeit die Frieden verlangen und Druck machen für eine globale Ordnung aus Gleichheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Es wird einige Zeit dauern bis ein einheitlicher Plan für eine "globale Friedensbewegung" entsteht. Zusätzlich zum exzellenten allgemeinen Abrüstungsplan den Cortright vorgelegt hat, sollte folgendes inkludiert werden.

- Wir betonen den Primat der internationalistischen und zentralen Rolle der Vereinten Nationen in all unserer Arbeit. Wir betrachten die UNO als unser Eigentum, als Teil der globalen Bewegung für den Frieden. Wir arbeiten daran die UNO zu ermächtigen, der legitime Ersatz für das Weltreich der Vereinigten Staaten zu sein. Wir wollen die USA entmachten. Gerade jetzt, da wir ein unmittelbares Ende des Krieges fordern. Wir müssen wir die Rolle der UNO betonen und nicht die Rolle des Pentagon bei der Lösung der humanitären Krise im Irak.

- Wir engagieren uns derzeit in die Errichtung einer Welt-bewegung für Frieden und Gerechtigkeit in einer Neuen Welt. Wir brauchen eine neue globale Strategie die sehr wohl aufbaut auf einer Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit der Menschen in den Vereinigten Staaten aber noch viel weiter geht.

Erwiderung Nr. 2
Heute der Irak und morgen...?
Von Bill Fletcher Jr.

Der Krieg ist gerade zwei Wochen alt aber die Bush Administration hat sich isoliert wie noch nie zuvor, sogar von seinen historischen Alliierten. Die Ursache dafür ist nicht schlechte Public Relation, sondern das Ergebnis einer weitreichenden Opposition zu den Zielen der Außenpolitik der USA. Für die Massen auf den Straßen entbehrt dieser illegale und aggressive Krieg jeder Glaubwürdigkeit.

Die politische Rechte versucht derzeit Patriotismus als Hammer gegen die Anti-Kriegs-Bewegung zu verwenden. Ich glaube Cortright ist zu vorsichtig in seiner Erwiderung. Wir müssen den Druck aufrechterhalten, dass die Kämpfe sofort einzustellen sind. Wir bestehen darauf, dass Opposition gegen diesen Krieg nicht bedeutet, dass wir die US Truppen nicht unterstützen, sondem das Gegenteil. Wir unterstützen sie, indem wir aufrufen, sie sofort heim zu holen.

Wohl die größte Herausforderung für die Anti-Kriegs-Bewegung wird es sein, den Horizont zu erweitern bis zu einer kompletten Opposition gegen die nationale Sicherheits-Strategie der Bush Administration. Saddam Husseins Regime ist unbeliebt im Irak und in der ganzen Welt. Das hat den Weg geebnet für eine Doktrin für den Präventivkrieg. Die US Regierung hofft, dass eine erfolgreiche Okkupation des Irak einen Blankoscheck für die Umgestaltung anderer Regime irgendwo in der Welt ausstellt. Die Anti-Kriegs-Bewegung in den USA muss den Zusammenhang herstellen zwischen der aktuellen unmoralischen, wahnsinnigen Invasion und der Weltherrschaftsdoktrin dieser Regierung. All dies bedenkend, muss die Anti-Kriegs-Bewegung der USA folgendes Programm propagieren:

- Sofortiges Ende der Feindseligkeiten: Trotz des Fatalismus der von den Medien verbreitet wird, muss die Anti-Kriegs-Bewegung auf einem Ende der angloamerikanischen Invasion bestehen und die UNO wieder als friedensstiftende Macht etablieren.

- Opposition gegen die Weltmachtbestrebungen und Unterstützung für eine demokratische Außenpolitik: Die Aggression der USA hat nicht angefangen mit der Invasion des Irak, und sie wird auch nicht damit aufhören. Die Anti-Kriegs-Bewegung muss direkt gegen die nationale Sicherheits-Strategie der Bush Administration angehen. Wir müssen eine alternative Vision für die Beziehungen der USA mit dem Rest der Welt entwickeln, nicht nur weil wir dadurch mehr Sicherheit gewinnen und wir damit Kosten sparen können, sondern auch, weil das einfach stimmig ist.

- Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen aus dem Nahen Osten: Cortright sagt "Abrüstung muss schlussendlich allgemein sein" aber er vergisst, Israel ausdrücklich zu erwähnen. Israel besitzt eine unbekannte Menge von Massenvernichtungswaffen. Schritte müssen unternommen werden, um den Nahen Osten in eine Zone ohne solche Waffen zu verwandeln.

- Unterstützung für die Selbstbestimmung Palästinas: Es wird keinen Frieden im Nahen Osten geben ohne dass das palästinische Volk seine nationalen Rechte und Sicherheiten erreicht. So lange die israelische Regierung das Land der Palästinenser okkupiert und die Palästinenser unterdrückt, wird Terrorismus und Instabilität einen fruchtbaren Boden vorfinden.

- Die Anti-Kriegs-Bewegung muss verbreitert werden: Der Krieg im Irak und der "Krieg gegen den Terror" werden von der extremen Rechten benützt um ihre Pläne umzusetzen. Arbeiter werden in unserem Land benachteiligt und die Wirtschaftsstrategie will den staatlichen Sektor aushungern, um das Militär zu stärken. Araber, Muslime und Inder werden verteufelt. Die Anti-Kriegs-Bewegung muss auch diese Themen artikulieren. Zugleich müssen wir die Bewegung erweitern, sodass verschiedenen fortschrittliche soziale Bewegungen in den Vereinigten Staaten berücksichtigt werden, besonders was die Gemeinschaften der Farbigen betrifft.

Erwiderung 3
Zu einer weltweiten Bewegung
Von Medea Benjamin

Ich finde den Aufruf von David Cortright sehr nützlich, aber zu eng gefasst. Der aufregendste Aspekt der Anti-Kriegs-Organisation war die globale Reichweite. Während wir in der Bewegung gegen die Globalisierung bereits eindrucksvolle transatlantische Allianzen mit Basis bewegungen schmieden konnten, bot die Anti-Kriegs-Organisation die Gelegenheit geografische Bereiche wie den Nahen Osten zu erreichen, wo die Kontakte vorher nur schlecht entwickelt waren. Wir erreichten eine überraschende Vielfalt an Anhängern in neuen Sektoren wie Frauen und Bürgerrechtsbewegungen wie NOW und NAACP. Was noch wichtiger ist, die Friedensbewegung verband sich mit der Bewegung, welche die multinationale Globalisierung bekämpfte.

Wie können wir auf dieser Bewegung aufbauen? Organisieren, organisieren, organisieren. Lasst uns noch mehr Welt Sozial Foren organisieren, wo wir uns persönlich treffen können und Strategien entwickeln. Lasst und Basisgruppen in die Hot-Spots der Welt entsenden, nach Nord-Korea, in den Iran, nach Syrien, sodass Verbindungen mit lokalen und regionalen Gruppen entstehen, die den nächsten Krieg verhindern, anstatt lebendiger Schilde fünf Minuten vor zwölf zu entsenden. Lasst uns eine globale Kampagne starten, welche die UNO demokratisiert, sodass die UN Generalversammlung gestärkt wird an Stelle des UN Sicherheitsrates. Lasst uns die Antiamerikanische Stimmung in der Welt nützen, um gezielte Boykottaktionen gegen Konzerne zu richten, die vom Krieg profitieren. Lasst uns weltweite Basiskampagnen organisieren, damit die Vereinigten Staaten internationale Abkommen unterzeichnen, wie das Abkommen über den internationalen Strafgerichtshof und das Kyoto Protokoll. In Zusammenarbeit mit Regionen, wo US Truppen stationiert sind, lasst uns Kampagnen starten, „bringt unsere Soldaten heim". Lasst uns die Expansion der US Militärbasen anhalten und Hunderte von US Basen in aller Welt auflösen.

Hier im Land ist unsere größte Herausforderung sicherzustellen, dass unsere Anti-Kriegs-Koalitionen nicht auseinander fallen, wenn die Krise zu Ende ist. Das bedeutet die Opposition gegen den Krieg in Zusammenhang zu bringen mit den schweren Krisen im Land. Koalitionen mit Leuten zu bilden, die sich wehren gegen Einschnitte in den öffentlichen Diensten, die auftreten gegen die Methode mit den Militärausgaben die Schulen, Spitäler und Wohnbauprogramme auszuhungern. Gemeinsame Sache zu machen mit Immigranten und ethnischen Gruppen, die angegriffen werden wegen der Attacken vom 11. September. Zusammenzuarbeiten mit Liberalen und Konservativen, um gegen die Einschränkungen unserer Bürgerrechte aufzutreten.

Cortright hat recht mit der Forderung, Bush im Jahre 2004 aus dem Amt zu entfernen. Aber wir müssen erkennen, dass das Zwei-Parteien-System nicht funktioniert. Die Führung der Demokraten hat Blut an ihren Händen, weil sie diesen Krieg sanktioniert hat. Wir müssen ein Mehr-Parteien-System bilden, das Raum gibt für wirklich fortschrittliche Parteien wie die Grünen, damit die Demokratie in diesem Land Wurzeln schlagen kann.

Die letzten sechs Monate frenetischen Organisierens haben uns gelehrt, dass wir tatsächlich eine gewaltige globale Macht geworden sind. Wenn wir diese globale Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit stärken – eine Bewegung wie sie noch nie da war -, können wir gewaltige Änderungen bewirken. Wer entscheidet über unsere globale Gemeinschaft, wessen Interessen dienen diese Entscheidungen. Wenn diese neue Supermacht- die öffentliche Meinung – ihre Muskeln spielen lässt, dann können wir auf lange Sicht die herrschenden Mächte der Konzerne und Militärs herausfordern. Jene Mächte, die uns in diesen blutigen Krieg verwickelten.

Übersetzer: Herbert Kaser
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Brasilien: Die Gefahr der genmanipulierten Lebensmittel, die Interessen der Multis und die Manipulation der Medien

João Pedro Stédile*

Die brasilianische Gesellschaft wird tagtäglich durch die Lobbys der großen transnationalen Firmen mit falschen Nachrichten gefüttert, die uns genmanipuliertes Saatgut aufzwingen wollen, als sei es eine Notwendigkeit, eine Frage des Fortschritts. Sie weisen dabei nur auf vermeintliche Vorteile hin, verschweigen aber die Gefahren für die Bevölkerung, unsere nationale Eigenständigkeit und die Souveränität im Nahrungsmittelbereich. Was steht hier also auf dem Spiel?

Auf der einen Seite stehen die Profitinteressen und das Saatgutmonopol der multinationalen Firmen wie Monsanto, Cargill, Bung, Du Pont, Sygenta und Bayer. Auf der anderen Seite stehen die Interessen ehrlicher Landwirte und der brasilianischen Bevölkerung. Das ist der wahre Konflikt, der sich hinter der Frage der genmanipulierten Pflanzen verbirgt.

Die Konzerne und ihre Lobbyisten wollen die brasilianische Landwirtschaft kontrollieren und das Saatgut, besonders Soja, Mais, Weizen, Sonnenblumen und Baumwolle monopolisieren. Deshalb predigen sie, die genmanipulierten Pflanzen seien produktiver und gewinnträchtiger als das Saatgut der Konkurrenz. Wenn es die Funktion der Landwirtschaft ist, sich immer den gewinnträchtigsten Produkten zu widmen, dann sollte man den Anbau von Tabak und Marihuana fördern! Aber Landwirte haben die Verantwortung, Lebensmittel zu produzieren, gesunde und sichere Lebensmittel für die ganze Bevölkerung!

Eine Sorte Gen-Mais wurde in den USA schon wegen ihrer Schädlichkeit für die Gesundheit von Mensch und Tier vom Markt genommen. Für Soja gibt es bislang noch keine Studie, die uns Sicherheit geben könnte. Es könnten sich also in Zukunft ebenfalls Schäden für die menschliche Gesundheit ergeben. Erwiesenermaßen schädigt diese Art von Soja nach und nach die Böden und die Umwelt, da für ihren Anbau eine intensive Behandlung mit dem Agrotoxid Roundup notwendig ist.

Deshalb ist seit 4 Jahren ein Gerichtsverfahren gegen den Monsanto-Konzern anhängig, der nicht nachweisen konnte, dass seine Soja keine negativen Einflüsse auf die brasilianische Umwelt hat, wie es die Verfassung vorschreibt.

Weltweit beträgt der Anteil der mit genmanipulierten Pflanzen bebauten Fläche weniger als 10%, und 95% der genmanipulierten Pflanzen werden in nur drei Ländern, den USA, Kanada und Argentinien angebaut, in denen US-Multis den Markt beherrschen.

Auf der ganzen Welt und besonders in Europa und Asien sind die Verbraucher gegen den Konsum von Gen-Produkten, da ihre Unbedenklichkeit für die Gesundheit nicht erwiesen ist.

Wr sind für den Einsatz der Biotechnologie, wie sie von den Landwirten die ganze Menschheitsgeschichte hindurch empirisch angewendet worden ist. Aber es muss eine für unsere Bevölkerung, die Zukunft und die Umwelt verantwortungsvolle Biotechnologie sein.

Wenn wir also unsere Bevölkerung mit anderem, sichererem und gesünderem Saatgut ernähren können, warum sollten wir es mit genmanipulierten Pflanzen riskieren? Nur um die Gewinne von Monsanto zu garantieren?

Monsanto versucht den Anbau genmanipulierter Pflanzen in Brasilien auf Teufel komm raus durchzusetzen, weil es seine letzte Chance ist. In den USA hat es Verluste von über einer Milliarde Dollar verzeichnet und seine Aktien fielen im letzten Jahr um 27%.

Obwohl das Unternehmen einen Tiefststand an der Börse erreichte, erdreistet es sich auch noch, Lizenzen von den brasilianischen Landwirten und Exportunternehmen kassieren zu wollen, die dazu angestiftet wurden, zwei Verbrechen zu begehen: die Roundup-Sojasamen von Monsanto aus Argentinien einzuschmuggeln und sie illegal anzubauen. Man sollte lieber bei der FARSUL abkassieren (einer Vereinigung von Großgrundbesitzern im Bundesstaat Rio Grande do Sul), von der das Saatgut verteilt wurde.

Brasilien braucht eine Rechtsprechung, die das Recht auf den Schutz der allgemeinen Gesundheit gewährleistet und die verhindert, dass die Multis unser Saatgut monopolisieren und damit die nationale Souveränität gefährden. Zur Zeit ist die vorläufige Maßnahme 113 (MP113) in Kraft, die bereits vom Parlament gebilligt wurde und die zeitweilig den Handel mit der genmanipulierten Soja der diesjährigen Ernte aus Rio Grande do Sul erlaubt, die aber auch das strenge Verbot des Anbaus genmanipulierter Pflanzen zu kommerziellen Zwecken aufrecht erhält. Die Regierung bereitet derweil ein neues Gesetz vor, das die MP113 dauerhaft ersetzen soll und dem Kongress im nächsten Monat vorgelegt werden wird.

Eine breit angelegte Debatte in der ganzen brasilianischen Gesellschaft, auch unter den Verbrauchern in den Städten, ist notwendig, um Regierung und Parlamentarier unter Druck zu setzen.

Die US-amerikanische Firma Monsanto gibt Millionen von Dollar an Lobbygeldern aus, mit denen sie Kampagnen und Delegations-Reisen in die USA finanziert, Propaganda in den Medien betreibt, und Journalisten und Kommentatoren bezahlt, nur um ihren Profit zu sichern. Hoffen wir, dass die brasilianische Regierung und das Parlament auf der Seite des Volkes stehen werden und nicht auf der des US-Kapitals. Die öffentliche Gesundheit und die nationale Lebensmittelsouveränität stehen auf dem Spiel. Wenn Regierung und Kongress sich auf die falsche Seite stellen, werden sie vor der Geschichte und vor dem Volk Rechenschaft ablegen müssen!

*João Pedro Stédile ist ein Führer der Landlosenbewegung MST und von Vía Campesina

Servicio Informativo "Alai-amlatina" Agencia Latinoamericana de Informacion - ALAI info@alainet.org URL:

Übersetzung: Andreas Gaul
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org
http://alainet.org

Der argentinische Wirtschaftsminister kündigt Regulierung von Kapitalströmen an

Emir Sader: Herausforderung für den MERCOSUR

Die Entscheidung der neuen argentinischen Regierung, Spekulationskapital zu besteuern, das weniger als 180 Tage im Land bleibt, bringt ein neues Element ins Spiel, welches möglicherweise dem ursprünglich von Brasilien vorgeschlagenen neuen MERCOSUR Form verleihen könnte. Obwohl Argentinien die Aussetzung seiner Schuldenrückzahlungen angekündigt hatte, kam es dennoch für eine massive Einfuhr von Kapital in Betracht, als Resultat der sehr niedrigen Zinsen in den zentralen Ländern des Kapitalismus, angefangen von den USA. Dadurch wird der Kurs des Peso unter Kontrolle gehalten, wird die Exportkapazität des Landes geschmälert und in seine Zahlungsbilanz eingegriffen. Hier liegt der Grund für die Entscheidung des argentinischen Präsidenten.

In Chile existierte vor der brasilianischen Krise von 1999 eine ähnliche Regelung, die jedoch abgeschafft werden musste, da die Nachbarländer die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen hatten, indem sie immer mehr Anreize für die Einfuhr von Finanzkapital schufen. Eine Regelung jener Art kann nicht durchgesetzt werden, wenn die Nachbarländer hohe Zinsen ohne jede Art von Besteuerung anbieten.

Die Maßnahme der argentinischen Regierung stellt Brasilien vor die Entscheidung, etwas Ähnliches einzuführen oder auf das Projekt eines gestärkten MERCOSUR einschließlich eines Parlaments und einer gemeinsamen Währung zu verzichten.
Ohne eine Koordinierung ihrer beider Geldpolitik wird man kaum oder gar nicht vorankommen. Allerdings nimmt Brasilien momentan, nach Ablauf des ersten halben Jahres unter der neuen Regierung, eine neoliberale Haltung gegenüber der Geldpolitik ein, und nichts deutet darauf hin, dass es sich nun Argentinien anschließen wird. Vielmehr würde es, wenn es das nicht tut, trotz verbaler Unterstützung für die Maßahme Kirchners, diese in Wirklichkeit sabotieren, aufgrund des hohen Zinssatzes -höher als noch vor zwei Monaten- und aufgrund der Entschlossenheit der brasilianischen Regierung, weiterhin Spakulationskapital anzulocken.

Die Situation stellt den MERCOSUR vor die unerwartete Herausforderung, zu einer Maßnahme Stellung nehmen zu müssen, die den Block im Moment spaltet. Was die Situation ändern könnte, wäre eine Wende in der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula beim angekündigten Übergang in dessen zweiten Phase. In so einem Fall könnte man Entwicklung mit der Abschreckung von Spekulationskapital verbinden. Aber dafür muss die Regierung Lula ihren derzeitigen Anspruch aufgeben, Entwicklung im Rahmen der Mikroökonomie anzustreben, ohne die Pfeiler der Makroökonomie anzutasten. Wenn sie es nicht tut, wird sie die argentinische Maßnahme in der Praxis zum Scheitern verurteilen und einen Graben zwischen den wichtigsten Mitgliedern des MERCOSUR auftun.

Informationsdienst „Alai-amlatina“ Lateinamerikanische Informationsagentur – ALAI
info@alainet.org URL: http://alainet.org

Erklärung von ATTAC-Argentinien zur Ankündigung des Wirtschaftsministers, Kapitalströme zu regulieren

Die jüngsten Ankündigungen der Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Kapitaleinfuhr in unser Land zu regulieren, haben diametral entgegengesetzte Kommentare hervorgerufen. Die Maßnahme besteht darin, Mindestfristen von 180 Tagen für den obligatorischen Verbleib von eingeführtem Kapital durchzusetzen, mit dem Ziel, die Einfuhr von eindeutig spekulativem Kapital zu unterbinden.

Dieses Konzept stellt zweifellos eine Form dar, die „Diktatur der Finanzmärkte“ zu bekämpfen. Eine andere wäre, wie es ATTAC seit seiner Gründung immer wieder fordert, die weltweit unter dem Namen *Tobin tax* bekannte Steuer einzuführen. Diese Steuer und die Kontrolle der Wechselkurse würden in den Entwicklungsländern die Flüchtigkeit des Kapitals eindämmen helfen, die seit den 70er Jahren durch den Drang des internationalen Großkapitals nach Wiederaufwertung entstanden ist.

Auch wenn es sicher richtig ist, die Einfuhr von spekulativem Kapital, welches auf die Wiederaufwertung unserer Währung Druck ausübt, zu beschränken, steht im Widerspruch dazu, dass gleichzeitig andere Mechanismen zur Devisenausfuhr intensiviert werden, die unsere internationalen Geldreserven nach dem Muster der bereits unter der Vorgängerregierung begonnenen Politik schmälern, und deren derzeitige Weiterführung offensichtlich ist. Dies zeigt die Tatsache, dass im Jahr 2002 die internationalen Geldreserven um 4,5 Milliarden Dollar gesunken sind, obwohl ein Handelsüberschuss von 15,38 Milliarden Dollar erwirtschaftet wurde; Grund dafür sind u.a. die Zinszahlungen ins Ausland im Wert von 6,8 Milliarden Dollar und die abfließenden Finanzströme im Wert von über 11 Milliarden Dollar.

Obwohl also die Politik des vergangenen Jahres stark dem Neoliberalismus zugeneigt war, hat die angekündigte Regulierung des Eindringens von Spekulationskapital zu nicht enden wollendender Kritik seitens des internationalen

Establishments geführt, was im Widerspruch steht zu der weltweit anerkannten Akzeptanz von Kontrollmechanismen, welche die immer wiederkehrenden Finanzkrisen, von denen die Mehrheit der Länder betroffen ist, auf ein Minimum reduzieren oder ganz verhindern. Außerdem unterbindet die angekündigte Maßnahme nicht die Einfuhr von Vermögen und Kapitalgütern, wie US-Finanzminister John Snow willkürlich behauptet, da sie nur dazu dient, die Einfuhr von solchen Mitteln zu unterbinden, die nicht für die Kapitalisierung der Wirtschaft bestimmt sind, sondern für die Spekulation.

Es steht außer Frage, dass solche Kritiken nur darauf abzielen, die Empfehlungen des Konsenses von Washington zu stützen, deren einziges Ziel es ist, die Vorherrschaft des internationalen Kapitals zu festigen, indem man die Liberalisierung der Märkte ausdehnt und ihnen neue Privatisierungen einverleibt. Obwohl in diesem letzten Fall anscheinend nicht bekannt war, dass es in unserem Land fast nichts mehr zu privatisieren gibt, außer natürlich die immer noch schmackhafte Beute der öffentlichen Banken. Der Widerstand richtet sich also gegen jedwede noch so kleine Beschränkung der Freiheit des Kapitalverkehrs und seiner Möglichkeiten, Geschäfte zu machen.

Maßnahmen wie die Tobin-Steuer, die Beschränkung der Rückzahlung von Auslandsschulden und jede andere Regulierung von Kapitalströmen, die für einen gewissen Grad an wirtschaftlicher Unabhängigkeit steht, werden von den herrschenden Kräften immer in Frage gestellt werden. Nur ein entschiedener gesellschaftlicher Druck kann zur Annahme von Maßnahmen führen, die für Argentinien eine stabile Wirtschaft, und daraus folgend die so sehr ersehnte Reaktivierung und vor allem gerechte Verteilung der Einnahmen gewährleisten.